

Worms

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: 3,50 Mk. monatlich, 1,10 Mk. vierteljährlich, 3,90 Mk. halbjährlich, 7,50 Mk. jährlich. Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (steilgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengeluche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
Telegraphen-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 28. Juli 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Negation der Sozialdemokratie.

II.

Nachdem Dr. Bloch die erste Voraussetzung zum Zusammengehen mit den Nationalliberalen dadurch geschaffen hat, daß er an Stelle der sozialdemokratischen die großkapitalistische und großagrarische Politik gesetzt hat, wenn er das natürlich auch „nicht wahr haben“ wird wollen, kommt er zur zweiten Bedingung, die er für die neue Koalition wesentlich hält:

„Dann das zweite und wichtigste: Die sozialdemokratische Partei muß selber den Willen zeigen eine werdende Koalition zu fördern und die Umwandlung der Regierungsweise in Deutschland durch ihre Mitarbeit zu ermöglichen. Es scheint zurzeit nicht zu optimistisch mit einer großen sozialdemokratischen Fraktion im neuen Reichstag zu rechnen. Ich sehe davon ab, daß schon zu deren Zustandekommen ein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien notwendig sein wird, und zwar dergestalt, daß man die Mandatsverteilung, nicht die Wählerstimmenzahl im Auge hat. Indes, mit bloßen Wahlabstimmungen ist es nicht getan. Es darf auch nachher, im Parlament selber, nicht wieder die Methode geübt werden, daß die sozialdemokratische Fraktion im unversöhnlichen Gegensatz zu den anderen Parteien steht, daß sie den agitatorischen Gesichtspunkt voranstellt und sich damit begnügt an sich auf, aber heute unerfüllbare Anträge zu stellen. Es kommt eben nicht nur auf Anregungen an, die in einem späteren Entwicklungsstadium realisierbar sind, sondern auch auf Leistungen, die sofort ihren praktischen Niederschlag finden, und die Regierungsfähigkeit einer Partei zeigt sich nicht in der Mächtigkeit ihrer Forderungen, sondern in der Fähigkeit sie, wenn auch nur zum Teil, durchzuführen.“

Dr. Bloch verlangt also wie vor ihm Quessel und Maurenbrecher, daß die Partei bei den nächsten Wahlen darauf verzichtet, in allen Kreisen Kandidaten aufzustellen. Es müssen Wahlabstimmungen geschlossen werden, um möglichst viel Mandate auch für die verbündeten bürgerlichen Parteien zu gewinnen. Die Sozialdemokratie muß auf ihren Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien verzichten, mit ihnen gemeinsam arbeiten, regierungsfähig werden, seine „unerfüllbaren“ Forderungen, das sind Forderungen, die die herrschenden Klassen für unerfüllbar halten, stellen, sondern sich bescheiden, oder wie Dr. Bloch das ausdrückt, die Sozialdemokratie darf sich nicht „festfahren in der ungeschichtlichen Negation des Bestehenden und damit des werdenden“. Dr. Bloch ist dabei so gütig, anzuerkennen, daß die Partei „bereits seit langem auf vielen Einzelgebieten fruchtbare reformistische Leistungen vollbringt: man braucht bloß an die gründliche und gewissenhafte sozialpolitische Arbeit unserer Gewerkschaftsführer zu denken“. Diese Hervorhebung der Gewerkschaftsführer gehört zu dem Kapitel reformistischer „Taktik“. Es soll nämlich der Schein erweckt werden, als ob die „Politiker“ im Gegensatz zu den „Gewerkschaftsführern“ sozialpolitisch nichts geleistet hätten. Daß Weibel gerade auf diesem Gebiete als erster vorangegangen, daß Wolfenbühler nicht gerade als „Gewerkschaftsführer“ angesprochen werden kann, um von allen anderen zu schweigen, gehört offenbar bei Dr. Bloch in das Verzeichnis der Unbewußten. Man merkt aber die Absicht und lächelt über diese verfehlte Spekulation auf das Unbewußte.

Doch die „praktische Arbeit“ allein genügt Dr. Bloch nicht. Die Sozialdemokraten betrachteten diese nämlich bisher nur als Mittel zum Zweck. Die Reformen sollen das Proletariat kampffähig machen und fähig, die politische Macht zu erobern, um die bürgerliche Gesellschaft durch die sozialistische zu ersetzen. Das kann der neuen Koalition nicht passen. Und deshalb verlangt Dr. Bloch das offene „Bekennen zu einer konsequenten Reformpolitik“. Die „revolutionären Wortgeister“ stören nur die praktische Arbeit.

Das letzte Jahrzehnt dieser parlamentarischen Praxis hat mehrfach gezeigt, daß man die revolutionären Wortgeister, wenn man sie gewähren läßt, nicht wieder los wird; daß sie, den Realisten sehr zur Unzeit, sich gerade dann einstellen, wenn man einen politischen Entschluß durchzuführen sich ansetzt, oder daß sie, wenn man schon das eine oder andere glücklich unter Dach gebracht hat, durch nachträglichen Lärm eine Mißbilligung solcher Tat durch die Gesamtpartei bewirken und so ihren politischen Wert auf Null reduzieren.“

Man sieht, Dr. Bloch ist gar nicht tolerant. Er will das Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Parteien nicht mal durch starke Worte mehr fördern lassen. Die „revolutionären Wortgeister“, wie Dr. Bloch die Sozialdemokraten nennt, müssen deshalb offenbar aus der Partei entfernt werden; das verlangt die „neue Koalition“. Man hat da zugleich einen Beitrag zur Meinungsfreiheit, wie sie die „Reformisten“ meinen.

Allerdings auch wir wüßten nicht, wie anders dem konsequenten Reformismus die Bahn frei gemacht werden sollte, dessen Politik dann folgendermaßen näher bestimmt wird:

„Hat man die Illusion nicht mehr, daß man allein stark genug ist, die Macht zu erringen — und wer kann sie noch haben, der die soziale Struktur der Gesellschaft kennt? —, dann muß man paktieren; aber nicht bloß von der Hand in den Mund, um Bagatellen willen, sondern nach einem bestimmten politischen Plan, der auf der Grundkenntnis basiert: keine perpetuierlich wechselnden Konstellationen — die erleichtern nur eine außerparlamentarische Regierung —, sondern feste Majoritätsbildung auf Grund gemeinsamer nächster Ziele; dann aber auch Mißnahme der

Verantwortung für die durch deren Durchführung bedingte Regierungsmethode!“

In der badischen Budgetbewilligung sieht Dr. Bloch eine solche „offene Einfügung in die gegebenen Faktoren des Parlaments.“

„Diese Abstimmung will besagen, daß die Sozialdemokratie in diesem Staatswesen positiv schöpferisch arbeiten will. Natürlich ist es nicht die Zustimmung zum Finanzgesetz selber, die das beweist; sie wäre an sich ebenso belanglos wie die gleichgültige Demonstrationsgeste der Budgetverweigerung, die unsere Partei im allgemeinen läßt, ohne damit den geringsten Eindruck zu machen. Sie hat jenen Sinn nur, wenn sie dem Gesamtcharakter der Praxis der Fraktion entspricht. Das aber gerade scheint in Baden der Fall zu sein.“

Deshalb verlangt Dr. Bloch, daß diese Politik offen proklamiert wird. Er wirft der radikalen Presse vor, daß sie sich als „Todfeindin der bürgerlichen Gesellschaft“ erkläre und wieder mit „dem sich verschärfenden Klassenkampf raffe“. Davon will Dr. Bloch nichts wissen, denn all das stört die neue Koalition. Schon die „Niederlage“ von 1907 sei der Verkennung der Kolonialfrage geschuldet. Die radikale Presse dürfe die Partei nicht wieder mit ihrer Hervorhebung der Intransigenz kompromittieren. Deshalb keine passive Negation wie bisher, sondern „positive Aktivität“.

Wir wissen bereits, worin diese Aktivität besteht: Wahlbündnisse mit bürgerlichen Parteien schon beim ersten Wahlgang. Unterwerfung unter die schutzdöllnerische Auswanderungspolitik der herrschenden Klassen und Unterstützung der Kolonialpolitik. Dr. Bloch läßt leider manches andere doch noch im Unbewußten. Aber so unerfahren sind wir doch nicht, um weitere Schlüsse uns verjagen zu können. Dr. Bloch ist ein konsequenter Denker. Es kann ihm nicht entgehen, daß, wer Kolonialpolitik sagt, auch Flottenpolitik sagt. Und hat er nicht in seiner Zeitschrift einst von Rother und kürzlich von Leuthner Propaganda für Flottenpolitik und sogar gegen eine Vereinbarung mit England treiben lassen? Und was ist's mit dem Militarismus? Ist Bloch mit Schippel nur in der Wirtschaftspolitik einig und nicht auch in militärischen Fragen? Und will er wirklich die „neue Koalition“, die ja dauernd sein soll — die wechselnden Majoritäten verabscheut Dr. Bloch — an Militärforderungen scheitern lassen? Wir können das nicht glauben. Wir meinen vielmehr, daß Dr. Bloch zu seiner Koalition das Vertrauen hat, daß sie ihre Mitglieder erziehen wird. Haben die Sozialdemokraten erst in der Wirtschaftspolitik und Kolonialpolitik ihre Grundsätze preisgegeben, so folgt das übrige von selbst. Wenn sie hernach im Parlamente sind, wird sich schon alles finden.

Wir haben den Artikel Dr. Blochs deshalb so ausführlich wiedergegeben, weil er mit einer bisher noch nicht dagewesenen Offenheit und Schärfe die Ziele des „Reformismus“ darlegt. Dr. Bloch hält sich nicht bei Kleinigkeiten auf und geht auf's Ganze. Der Reformismus will die politische Macht, aber er hält das Proletariat nicht für fähig, sie aus eigener Kraft zu erobern. Er will also das Proletariat dazu benutzen, um sich den bürgerlichen Parteien als Bundesgenossen wertvoll zu machen. Die bürgerliche Gesellschaft würde sich aber selbst aufgeben, wenn sie dem Proletariat, dessen Klasseninteresse ihren Untergang fordert, politische Macht in die Hände legte. Soll aber die Vertreibung des Proletariats von den bürgerlichen Parteien als Bundesgenosse und Teilhaber an der Staatsmacht akzeptiert werden, so muß das Proletariat vorher auf sein eigenes Interesse verzichten, seiner eigenen Politik abschwören und die bürgerliche akzeptieren. Das sieht Dr. Bloch ein und spricht das aus: Die „revolutionären Wortgeister“, die „Klassenkampfäbeträger“, die „Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft“ müssen entfernt werden, das Proletariat muß seine revolutionären Endziele aufgeben und seine Vertreter sich in „die gegebenen Faktoren des Parlaments“ — Herr v. Bethmann würde von den gottgewollten Abhängigkeiten sprechen — einfügen.

Es ist die offene Negation der Sozialdemokratie, die hier als Ergebnis der Taktik ausgesprochen wird, die die badische Landtagsfraktion seit ihrer Budgetbewilligung und Hofgängerlei eingeschlagen hat. Wir glauben nicht, daß Dr. Bloch seinen Freunden mit seiner Offenheit einen großen Dienst erwiesen hat. Wir fürchten, daß z. B. das „Berl. Tagebl.“ sich von dieser Großblochpolitik sehr enttäuscht abwenden würde, die alle wirtschaftspolitischen Forderungen der Reaktion bedingungslos akzeptiert. Hat doch das Blatt, das sonst mit solchem Eifer jede noch so unbedeutende Neuherung der „Soz. Monatsh.“ gegen die sozialdemokratische Politik auszusprechen sucht, diese Prinzipienklärung des Reformismus völlig ignoriert. Grant ihm vor so reaktionären Teilnehmern seines Großblochs? Oder läßt es sich durch das erhabene Urteil Dr. Blochs über die oberflächliche, rein journalistische deutsche Presse mitbetreffen? Sei dem aber wie immer, wir denken, daß Schweigen spricht laut. Dr. Bloch steht dem „Berliner Tageblatt“ sicher zu weit rechts. Die Isolierung der Fortschrittspartei wird immer bedenklicher. Auch die „Soz. Monatsh.“ erachten sie kaum mehr für Bündnis- und regierungsfähig.

Wir glauben auch, daß unsere badischen Genossen es „nicht wahr haben“ werden wollen, daß ihre Taktik logisch zu den Konsequenzen führt, die Dr. Bloch zieht. Aber von zwei Dingen eines: Entweder ist ihre Budgetabstimmung und ihre Hofgängerlei nur der Anfang einer neuen Taktik — und dies

ist nicht nur die Meinung Blochs, sondern ebenso die Kolos — oder sie ist völlig sinnlos. Entweder kommen die badischen Genossen wirklich den Großblochpartei entgegen, und das heißt nichts anderes, als daß sie auf die rücksichtslose Kampfpolitik und Vertretung proletarischer Interessen verzichten, oder sie müssen zur Taktik des Klassenkampfes zurückkehren. Denn mit bloßen Huldigungen und Ergebnissbezeugungen, wie sie die Teilnahme an den höfischen Kundgebungen ist, geben sich die Herrschenden auf die Dauer nicht zufrieden. Die machen realere Politik.

Die Formulierung der reformistischen Politik aber, die Dr. Bloch als notwendige Fortsetzung jener Politik der badensischen Parlamentarier ansieht, kann das Gute haben, daß sie vielen die Augen öffnen wird, die da meinen, daß es sich bei der Frage der Budgetbewilligung um gleichgültige Demonstrationen handele. Nein, in dem einen hat Dr. Bloch schon recht: Die badische Abstimmung hat darin ihre vornehmlichste Bedeutung, daß sie dem Gesamtcharakter der Praxis der Fraktion entspricht. Und diese Praxis bedeutete, konsequent fortgeführt, das hat Dr. Bloch schlüssig bewiesen, die Negation der Sozialdemokratie.

Noch ist es Zeit, noch ist die Umkehr möglich. Aber sie ist auch notwendig, soll anders die Grundlage unserer Partei und die Einheitlichkeit ihrer Aktion gewahrt bleiben.

Das mögen sich auch diejenigen vor Augen halten, die zwar diese Politik der badischen Fraktion für bedenklich halten, aber noch immer glauben, durch alle möglichen Kompromißvorschlüsse und Ausflüchte um eine entschiedene Stellung herumzukommen. Sie mögen sich in diesen Zeiten, die für die deutsche Sozialdemokratie wahrlich ernst genug sind, der Goethe-woorte erinnern:

„Denn der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gesinnt ist, der vermehrt das Uebel und treibt es weiter und weiter;

Aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich.“

Jetzt gilt es einmal fest auf dem Sinn zu beharren, auf dem Sinn unseres Parteiprogramms, auf dem Sinn unserer alten Taktik des Klassenkampfes!

Abrüütungsbestrebungen.

London, 25. Juli. (Fig. Ver.)

Dem Beispiele des „Berliner Tageblattes“ folgend haben auch die linksliberalen „Daily News“ ein Rundschreiben an 40 bis 50 Redakteure Londoner und Provinzialzeitungen gerichtet, in dem um die Verantwortung folgender Fragen gebeten wird: 1. Ist Ihrer Ansicht nach die Zeit für ein Flottenabkommen reif? 2. Würde ein solches Abkommen die Sympathie und Zustimmung Ihrer Leser haben, vorausgesetzt, daß es die angemessene Suprematie der britischen Flotte sichert? 3. Sehen Sie irgend eine praktische Einwendung gegen einen solchen Plan?

Heute veröffentlicht das Blatt eine Anzahl der eingelaufenen Antworten von Redakteuren der verschiedenen Parteiblätter, die sich mit wenigen Ausnahmen für die Einschränkung der Rüstungen aussprechen. Der Redakteur der „Contemporary Review“ bejaht die beiden ersten Fragen und bemerkt in bezug auf die dritte: „Ich glaube, eine starke öffentliche Meinung zugunsten der Rüstungseinschränkung auf beiden Seiten würde uns zwingen, sie (die Schwierigkeiten) zu überwinden; und das Aufkommen einer derartigen öffentlichen Meinung ist nicht so sehr entfernt, wie manche Leute denken.“ Der Redakteur der konservativen „Morning Post“ schreibt, daß die Kräfte, deren Ansichten er kenn, eine derartige Bewegung sympathisch gegenübersehen würden, wenn anerkannt würde, daß die Beherrschung der See für die Existenz des britischen Reiches wesentlich sei. Herr Manningham von der linksliberalen „Nation“ spricht sich für ein Abkommen aus und fügt hinzu, daß die Haupt Hindernisse die Admiralität, das Ministerium für Auswärtige, die konservative Opposition und die Ausdehnung des Flottengesetzes in Deutschland seien. Der Redakteur der konservativen „Pall Mall Gazette“ ist einem Abkommen nicht abgeneigt; Deutschland müsse sich jedoch zuerst bereit erklären, in Anbetracht der eigentümlichen Lage dieses Landes den Zweinöckel-Standard der englischen Flotte anzuerkennen. Der „Manchester Guardian“, die einflussreichste liberale Zeitung im Lande, bejaht die beiden ersten Fragen und bemerkt in bezug auf die Schwierigkeit, ein Abkommen zu treffen: „Ein Abkommen betreffend die (auswärtige) Politik scheint die beste und sicherste Grundlage zu bieten, um eine Beschränkung der Rüstungen zu erzielen.“

Die konservative und chauvinistische „Daily Mail“ hingegen schreibt: „Es ist nicht wünschenswert, daß dieses Land Deutschland Vorschläge zur Einschränkung der Rüstungen macht, da solche Vorschläge in Deutschland als anstößig und zu dem Zwecke gemacht angesehen werden, Deutschland in eine permanente untergeordnete Stellung zu versetzen.“ Es läßt sich leicht verstehen, daß dieses Heftblatt keine Lust verspürt, sich einen nie verlogenden Agitationsstoff nehmen zu lassen. Aber zweifelsohne ist es die Schuld der deutschen Regierung, daß dieses Blatt heute so schreiben kann. Wenn Redakteure wie folgt schreibt: „Nach meiner Ansicht würde die erdrückende Majorität der Geschäftsleute ein Abkommen zwischen Großbritannien und Deutschland, das eine angemessene Verringerung der Rüstungsausgaben und der Steuern für dieselben sicherte, herzlich willkommen heißen. Man ist sich jetzt des Zusammenhangs zwischen den „super-taxes“ und den „Super-

Dreadnoughts" bewußt und jeder vernünftige Mensch sieht ein, daß 20 Dreadnoughts gegen Deutschlands 10 oder 15 weit besser wären als 40 Dreadnoughts gegen Deutschlands 20 oder 30. Die Schwierigkeit liegt nicht in der öffentlichen Meinung oder dem Parlament oder gar in der Presse, sondern in den beiden Regierungen und den geschickt organisierten Interessen, die direkt oder indirekt Vorteil aus diesen ungeheuren und profitablen Kontrakten der Eisenwarenindustrie ziehen. Natürlich werden beide Admiralitäten verzweifelt gegen irgendeine Konvention ankämpfen, gerade wie sie für die Verbeibehaltung des Preisgeldes und des absurden Rechts, friedliche Kaufschiffe in Kriegszeiten fortzunehmen und zu zerstören, kämpfen werden. Ich befürchte, daß die beiden Regierungen (nach einer höchst christlichen Einleitungsrede) eine Art Krupp-Armstrong-Pakt schließen werden, um das bestehende Tempo der Schiffsbauten beizubehalten. Der einzige Vertrag, der wünschenswert und vollständig sein kann, ist ein Abkommen, das in Deutschland und Großbritannien eine wesentliche Anzahl der verschwendeten Millionen freisetzt, zur Abtragung der Schulden, Verringerung der Steuern und zum nationalen Fortschritt. Diese Anschauungen des „Economist“ scheinen zwar nicht sehr hoffnungsvoll zu sein, sie enthalten aber ein gutes Stück Wahrheit.

Die Redakteure der beiden Londoner linksliberalen Blätter „Morning Leader“ und „Star“ sprechen sich für die Abrüstungsbewegung aus. Auch die liberale „Liverpool Post“ äußert diese Ansicht. Der Redakteur der „Morning Leader“ schreibt: „Ich glaube, daß vernünftig denkende Männer aller Parteien bereit sind, den deutschen Neuerungen zugunsten der Rüstungseinschränkungen Gehör zu schenken, vorausgesetzt, daß wir ein erträgliches Maß der Ueberlegenheit, die für unsere nationale Sicherheit notwendig ist, haben.“ Der auf der äußersten Linken der liberalen Partei stehende „Star“ meint: „Vernünftige Leute hier wünschen eine Flotte nur zur Verteidigung. Wenn diese gesichert ist, so gibt es kein Hindernis zur Rüstungseinschränkung.“ Die „Liverpool Post“ fügt ihrer Zustimmung zu dem Projekte hinzu: „Es besteht keine unüberwindliche Schwierigkeit in Bezug auf einen Plan, der alle Großmächte umfassen würde, aber ein beschränkterer Plan würde unmöglich sein.“ Die Redakteure der unabhängigen „Glasgow News“ und der konservativen „Daily Times and Mirror“ sind beide einem Abkommen nicht abgeneigt; nur meint der erste, es sei praktisch unmöglich, sich mit Deutschland darüber zu verständigen, was eine angemessene Suprematie der britischen Flotte sei, und der andere bemerkt, daß die Abneigung der Deutschen gegen die britische Suprematie überwunden werden müsse. Die liberale „Daily Post“ bejaht die beiden ersten Fragen und verneint die letzte. Desgleichen taten die unabhängigen liberalen „East Anglian Daily Times“. Die unabhängige „Western Morning News“ hingegen hält die Zeit für noch nicht gekommen, beantwortet die zweite Frage bejahend und erklärt die deutsche Forderung der absoluten Gleichheit als ein unübersteigbares Hindernis. Allerdings muß man bei dieser Meinungsäußerung in Betracht ziehen, daß dieses unabhängige Blatt in Plymouth, dem großen Kriegshafen, erscheint. Maurice Dewlett, der bekannte Schriftsteller, schließlich drückt sich über das Zustandekommen eines Abkommens zwischen Deutschland und Großbritannien sehr pessimistisch aus. Er erwartet bekanntlich die Lösung des Problems nicht von den Regierungen, sondern von dem arbeitenden Volk.

Der Pessimismus, soweit die bürgerlichen Parteien und die Regierungen in Betracht kommen, ist wohl berechtigt. Die Beteuerungen deutscher und englischer bürgerlicher Blätter mögen sehr verlockend klingen; aber die Arbeiterklasse wird sich haben wie drüben sagen: „Die Vorherrschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ Und zwar der Glaube an die Echtheit einer Bewegung, deren Urheber bei jedem Ansturm der Chauvinisten zu Kreuze kriechen und dem Marinemoloch die unerhörten Opfer fromm bewilligen. Denn kam es bestritten werden, daß der englische Liberalismus nicht minder als der deutsche in seinem Protest gegen die Flottenausgaben bis jetzt über die leeren Phrasen hinausgekommen ist?

Die Forderung einer Verständigung mit England hat natürlich den Ingrimm unserer Panzerplatteninteressenten und Flottenjäger erregt. Und zweifellos würden sie ein noch weit lebhafteres Entrüstungsgeschrei über die „Würdelosigkeit“ solcher „antinationalen“ Beginns anstimmen, wenn sie sich vor den Reichstagswahlen nicht alle Reserve aufbehalten müßten, um nicht die Illusion zu zerstreuen, als sei einstweilen keine Flottenvermehrung zu erwarten.

Völlig schweigend vermögen die Herren freilich die Anregung nicht hinzunehmen. Nachdem die von interessierten Kapitalistenkreisen ausgehaltene „Post“ sich gegen die Verständigung erweist, geht auch der berühmte Flottenreiter Graf Reventlow in der letzten Nummer der „Deutschen Tageszeitung“ mit dem schärfsten Geschäß gegen die Hochverräter einer Rüstungseinschränkung vor. Er macht dabei eine wahrhaft geniale Entdeckung. Die nämlich, daß ja die Verständigung mit England bereits erreicht sei! Habe doch der englische Premierminister erklärt, daß man in England überzeugt sei, daß Deutschland nicht gegen England rüste! „Da haben wir die Verständigung, die heißersehnte“. Man weiß wirklich nicht, ob man es hier mit einer bloßen, allerdings bodenlosen Ueberheit oder mit einem ebenso bodenlosen Jähzorn zu tun hat. Denn es kann dem Marinegrafen doch nicht unbekannt sein, daß die Verständigung in einer Einschränkung der Rüstungen bestehen soll, während diplomatische Redensarten, wie die Asquiths, gerade dazu dienen, das Beitrittsverbot harmlos erscheinen zu lassen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ läßt also ihren Flottenmitarbeiter über den „Verständigungsrummel“ zetern und die Verständigungsidee für absurd erklären. England möge, wird in dem führenden Bündlerblatt brüskel erklärt, entweder ein für allemal auf seinen Anspruch auf Flottenüberlegenheit verzichten, oder — bis etwa zum Jahre 1930 jährlich acht bis zehn Dreadnoughts bauen! Was einen interessanten Einblick in die Rüstungspläne unserer deutschen Flottenjäger gewährt! Denn wenn für England eine derartige Rüstung zur Aufrechterhaltung einer maritimen Ueberlegenheit notwendig sein soll, müßte doch auch Deutschland bis 1930 jährlich mindestens 4—5 Dreadnoughts bauen!

Nur in einem geben wir dem Grafen Reventlow recht. Ein „Verständigungsrummel“ wird die ganze Breiße über die Verständigung bleiben, wenn nicht in England sowohl wie in Deutschland das Volk und die Volksvertretung die Regierung zwingt, schleunigst durch Verlangsamung der Schiffsbauten die ernstliche Bereitwilligkeit zu einer Rüstungseinschränkung zu beweisen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Juli 1910.

Auch ein Dementi.

Die „National-Zig.“ veröffentlicht ein kurioses Dementi, das allem Anschein nach keinen anderen Zweck hat, als das vermeinte Ansehen, das Wassermann durch die angeblich zwischen ihm und dem Reichskanzler stattgefundene Konferenz in den Augen mancher seiner Verehrer erlangt, etwas zu dämpfen. Das Dementi lautet nämlich:

„In verschiedenen Blättern findet sich die Mitteilung, daß der Abgeordnete Wassermann in Berlin eine Konferenz mit dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg gehabt habe, in welcher der Kanzler den Wunsch ausgesprochen habe, daß der Abg. Wassermann die Führung der nationalliberalen Fraktion beibehalten möge. Daraus habe Herr Wassermann sich entschlossen, sich dem parlamentarischen Leben weiter zu widmen. — An dieser ganzen Nachricht ist nur richtig, daß der Abgeordnete Wassermann mit dem Reichskanzler auf der Fahrt von Karlsruhe nach Berlin eine mehrstündige Konferenz hatte. Alles andere, was über diese Unterredung bezüglich der Verbeibehaltung der Führerschaft usw. gesagt wird, ist von Anfang bis zu Ende erfunden.“

Also Wassermann hat nur mit dem Reichskanzler während einer Eisenbahnfahrt über Politik und Witterung geredet. Er ist nicht vom Kanzler zum Besuch eingeladen worden, dieser hat ihn nicht als Chef der nationalliberalen Partei begrüßt und ihm auch keinerlei Zusagen gemacht. Warum diese Feststellung? Was für ein Interesse hat die „National-Zig.“ daran, diese Mitteilung ostentativ ihren Lesern vorzusetzen? Sollte nicht vielleicht der Zweck der sein, den Lesern zu Gemüte zu führen, daß Wassermann keineswegs in den Regierungskreisen als jene wichtige einflussreiche Persönlichkeit gilt, als die seine engeren Freunde ihn hinstellen.

Der Fall Langhammer.

Nach langem Hader ist der Tapetenfabrikant und Abgeordnete Max Langhammer-Ghemnig endlich in aller Form aus der nationalliberalen Partei Sachsen ausgeschlossen worden. Der Vorstand des Nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen veröffentlicht eine langatmige Erklärung, in der es heißt:

„Der Vorstand des Nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen hat in seiner am 24. Juli 1910 in Leipzig abgehaltenen Sitzung einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: Herr Max Langhammer wird hierdurch aus dem Nationalliberalen Landesverein für das Königreich Sachsen ausgeschlossen.“

Da nach § 1 der Satzungen die nationalliberale Partei Sachsens organisiert ist im Nationalliberalen Landesverein für das Königreich Sachsen, ist damit auch der Ausschluß aus der nationalliberalen Partei Sachsens ausgesprochen.

Der Beschluß erfolgte gemäß den Satzungen auf Grund der Anträge des Nationalliberalen Deutschen Reichsvereins in Dresden und des Kreisvereins für den 21. sächsischen Reichstagswahlkreis sowie auf Grund der folgenden Tatsachen.

Begründet wird der Ausschluß mit dem Verhalten Langhammers in der „Tag“-Affäre, das heißt mit den eigenartigen Manipulationen, die sich Langhammer als Leiter des Tapetenfabrikats, der Tapeten-Industrie-Gesellschaft, erlaubt hat.

Wie sächsische Blätter zu melden wissen, denkt der Abg. Langhammer gar nicht daran, sein Mandat niederzulegen, vielmehr hat er die Absicht, die unzufriedenen Elemente in Sachsen zu sammeln und mit diesen eine links-nationalliberale Parteigruppe zu bilden.

Blinde Justiz.

Die Strafkammer in Duisburg verurteilte drei 10- bis 13-jährige Schulknaben, die auf der Strecke Sterkrade-Neumühl Steine auf die Schienen gewälzt haben, um einen Zug zum Entgleisen zu bringen, zu je einem Jahre Gefängnis, obgleich der Zug das Hindernis ohne Schaden überfahren hatte.

Eine harte Strafe für einen zwar sehr gefährlichen, aber doch immerhin in kindlicher Dummheit ausgeführten Jungenstreich.

Wang besonders schwer aber erscheint dieses Urteil, wenn man es mit einem vor einiger Zeit in Bonn wegen eines ähnlichen Delikts gefällten Urteil vergleicht. Dort hatten Studenten einen Zug der elektrischen Straßenbahn Köln-Bonn geradezu demoliert, die Dammen mißhandelt und bedroht, so daß es als ein wahres Wunder angesehen werden muß, daß ein großes Unglück verhindert wurde. Die Studenten erhielten aber nur Geldstrafen von 30—50 M. Sieben der angeklagten studentischen Radaubröder wurden freigesprochen.

Die dummen Duisburger Jungen erhalten ein Jahr Gefängnis, die Studenten eine gelinde Geldstrafe. Sollten vielleicht die Duisburger Richter die zehn- bis dreizehnjährigen Jungen für einflüchtig, urteilsfähiger und intelligenter gehalten haben als Bonnener Korpsstudenten, die die zwanzig bereits überschritten haben? Ausgeschlossen scheint es nicht; denn sonderbar malt sich in manchen preussischen Justizentwürfen die Welt.

In Sachen Nichthofen

schreibt die „Konservative Korrespondenz“:

Durch die Tagespresse geht eine auf die Aussagen des Wirtschaftsdirektors Karl Rasten gestützte Auffassung der angeblichen Einnahmen und der Steuerdeklarationen des Landrats a. D. Frhrn. v. Nichthofen-Wertisch, Mitglied des Hauses der Abgeordneten. Wir sind hierzu zu folgender Erklärung ermächtigt:

Die durch viele Zeitungen gehenden Mitteilungen des Wirtschaftsdirektors Karl Rasten über die Steuerdeklaration und die Einkommensverhältnisse des Landrats a. D. Frhrn. v. Nichthofen-Wertisch, M. d. S. d. Abg., sind falsch.

Herr Frhr. v. Nichthofen-Wertisch hat am gestrigen Montag vor der Veranlagungskommission des Landkreises Liegnitz auf Grund genauester Nachforschung den Beweis erbracht, daß er sein Einkommen mit peinlichster Gewissenhaftigkeit deklariert und niemals einen Pfennig an Steuern zu wenig gezahlt hat.

Selbstverständlich wird Herr Frhr. v. Nichthofen-Wertisch gegen den Verbreiter der Mitteilungen über seine Einkommensverhältnisse die erforderlichen Schritte unternehmen.

Ohne in der Sache selbst eine Meinung abgeben zu wollen, müssen wir doch erklären, daß uns das Vorgehen des Freiherrn v. Nichthofen bestreulich erscheint. Die betreffende Veranlagungskommission ist unseres Erachtens gar nicht in der Lage, die Berechtigung oder Nichtberechtigung der gegen den konservativen Führer erhobenen Anschuldigungen festzustellen, da sie auf die Angaben und das Material des Frhrn. v. Nichthofen selbst angewiesen ist. Mindestens hätte doch auch der Wirtschaftsdirektor Rasten selbst hinzugezogen werden müssen!

Unserer Ansicht nach trägt aber die Staatsanwaltschaft selbst resp. der Justizminister die Schuld daran, daß der Frhr. v. Nichthofen zu so verfehlten Mitteln greift, um schleunigst die Falllosigkeit der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zu erweisen. Gäbe die Staatsanwaltschaft

auf die erstattete Anzeige hin sofort ein Verfahren eingeleitet, so könnten schon jetzt die für Herrn v. Nichthofen so wichtigen Feststellungen getroffen sein. Jetzt werden erst die Prozesse gegen die Presse Klarheit bringen können.

Schnell belohnt.

Der Oberregierungsrat v. Eisenhardt-Rothke, der bisher in der Besetzung Regierungspräsident war, ist an Stelle des zum Oberpräsidenten von Schlesien ernannten Herrn v. Günther zum Unterstaatssekretär im preussischen Staatsministerium ernannt worden. Wahrscheinlich hat Herr v. Eisenhardt-Rothke sich oben durch eine Rede bemerkbar gemacht, die er Anfang Mai in Elsteden hielt. Damals hatte der Regierungspräsident dort einen neuen Ersten Bürgermeister einzuführen. Diese Gelegenheit schien ihm wohl geschaffen, seiner Abneigung gegen die Sozialdemokratie Luft zu machen. In seiner Ansprache an den Bürgermeister gab er die Meinung zum Besten, es sei die erste Pflicht der Stadtverwaltung, insbesondere des Bürgermeisters, dafür zu sorgen, daß die politischen, sozialdemokratischen Bestrebungen in die Stadtverwaltung nicht hineindringen.

Die objektivste Behörde der Welt.

In dem Prozeß gegen den Genossen Lingenauer in Braunschweig vor dem dortigen Schwurgericht ist durch Zeugen festgestellt worden, daß der Polizeioberwachmeister Steinmann ohne Veranlassung mit dem Säbel auf den Angeklagten eingeschlagen hat. Rechtsanwalt Dr. Jasper erstattete deshalb namens des Angeklagten bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige gegen den Polizeibeamten. Die Staatsanwaltschaft hat diesen Antrag nummehr abgelehnt und begründet das damit, daß der Beamte sich in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes befunden habe und zum Waffengebrauch berechtigt gewesen sei, auch gegen den ganz unbeteiligten Genossen Lingenauer. Letzterer, der sich gegen den polizeilichen Angriff zur Wehr gesetzt hatte, saß vier Monate in Untersuchungshaft und wurde dann zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Abgebligt.

Gegen den Genossen Rechtsanwalt Dr. Jasper in Braunschweig war ein Verfahren vor der Anwaltskammer eingeleitet worden, weil er in dem bekannten Demonstrationsprozeß vor der Strafkammer des Landgerichtsdirektors Hermann sich ungebührlich benommen habe. Eine damals über Dr. Jasper sofort verhängte Ordnungsstrafe von 50 M. wurde vom Oberlandesgericht wieder aufgehoben. Jetzt ist nun auch der Versuch, dem Genossen Dr. Jasper disziplinarisch beizukommen, mißlungen. Der Oberstaatsanwalt beantragte die Einweisung des Verfahrens, in welchem Sinne dann auch entschieden wurde.

Merikale Gewissensnechtung.

Wie unersproren fanatische Zentrumsplebsler in der Bekämpfung der ihnen nicht genehnten Presse vorgehen, dafür hier wieder ein Beispiel. Ein geistlicher Schulinspektor namens Morhardt in Ensfeld stellte einen Lehrer zur Rede, weil er die (gemäßigt liberale) „Köln. Abendzeitung“ lese, und richtete an ihn den folgenden Erlass:

„Da eine derartige Doppelseitigkeit nur dazu führt, den Charakter des Lehrers zu verderben und den christlichen Geist der Schule in schwerer Zeit zu schädigen, so wird der Lehrer Weg gebeten, sich über die schwebenden Fragen der Zeit anderswo zu orientieren als in einer kirchenfeindlichen und der katholischen Bevölkerung Kerkernis gebenden Zeitung. Der Herr Lehrer wird ferner gebeten, dem Unterzeichneten innerhalb der nächsten Tage wissen zu lassen, wie er sich zu dieser Sache stellt, damit ein unnötiger Konflikt vermieden wird.“

Ob diese in die Form einer „Bitte“ gekleidete Drohung den gewünschten Erfolg gehabt hat, wird nicht berichtet. Anzunehmen ist es schon. So geht der ultramontane Klerus systematisch darauf aus, das Volk gegen alle nichtklerikalen Einflüsse geradezu hermetisch abzuschließen. Da ist es freilich kein Wunder, wenn die bayerische Wählerschaft nach wie vor „alleweil treu“ zum Zentrum hält.

Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.

Als kürzlich in der Reichstagskammer der bayerische Verkehrsminister die Entwicklung der Sozialdemokratie mit derjenigen des Christentums verglich, erhob sich bekanntlich der Bischof von Regensburg und protestierte lebhaft gegen diese Parallele. Er gebrauchte dabei die Wendung, der Apostel Paulus habe in seinen Briefen beständig dahin gewirkt, daß man sich in die bestehenden Verhältnisse schiden müsse: wer Knecht sei, solle Knecht bleiben, wenn ihn nicht sein Herr freiwillig der Knechtschaft entsehe.

Mit dieser Keuschung hat der Bischof seinen Zentrumsfreunden arge Verlegenheiten bereitet; machte er sich doch damit einen Standpunkt zu eigen, der der sozialen Bewegung jede Berechtigung abspricht. Die große Verlegenheit des Zentrums kommt denn auch in dessen Presse zum Ausdruck, die nun schon vierzehn Tage lang eifrig bemüht ist, den Nachweis zu führen, daß — der Apostel Paulus wirklich etwas derartiges geschrieben hat, wie der Bischof von ihm behauptet. Um die Hauptsache — daß der Bischof jenen Grundsat, der bei Paulus aus den Zeitverhältnissen heraus verständlich ist, auch für die Gegenwart noch als Norm gelten lassen will — um diese unbedeutsame Tatsache drückt sich die liberale Presse wohlweislich herum. Und doch wäre es beispielsweise für die christlichen Gewerkschaften außerordentlich interessant, zu erfahren, wie das Zentrum darüber denkt und ob es die Auffassung des Regensburger Bischofs billigt!

Doch noch zur Verantwortung gezogen.

Wir meldeten jüngst, daß der preussische Minister des Innern in einem Rundschreiben die Zumberehandlung einiger Gemeindebehörden gegen die Vorschriften des § 4 des Freizügigkeitsgesetzes gerügt hatte, durch die ein Mädchen zur Ermordung ihres unehelichen Kindes getrieben worden war, und wir forderten, daß die schuldigen Gemeindevorstände zur Verantwortung gezogen würden. Wie es scheint, hat man auch im Ministerium des Innern eingesehen, daß mit einer bloßen Rüge die Sache nicht erledigt sein kann. Der Regierungspräsident von Breslau wurde angewiesen, eine Disziplinaruntersuchung gegen die schuldigen Gemeindebehörden einzuleiten, was inzwischen auch geschehen ist.

Was bei der Untersuchung herauskommen wird, bleibt allerdings abzuwarten.

Komm, Bruder, nimm den Vettelstab . . .

In der bürgerlichen Presse ist den Weisungen empfohlen worden, zum vierzigjährigen Gedenken an den deutsch-französischen Krieg Orden und Ehrenzeichen öffentlich zu tragen. Dazu wird der „Berliner Volkszeitung“ aus Veteranenkreisen geschrieben:

„Die Erinnerung an die große Zeit läßt deutlich den Unterschied zwischen einst und jetzt erkennen. Die Felder, die ihre Gesundheit opferien für des Reiches Einheit, darben jetzt vielfach und gebeten voll Ingrimm der leeren Versprechungen, die der Reichstag ihnen gemacht. Vierzig Jahre sind seit dem Kriege vergangen, und über jedig Jahre alt sind die meisten Kämpfer. Wer kann heute, wo junge Kräfte über und über vorhanden sind, mit jedig Jahren noch den Kampf ums Dasein erfolgreich führen! Trotzdem hat das Reich für die armen Kämpfer, von denen viele auf die Gnade von Gemeinden und Angehörigen angewiesen sind, nichts übrig. Die Mittel für sie fehlen, die Mittel

für andere Dinge oder können beschafft werden! Die Aufforderung, die Ehrenzeichen demonstrativ zu tragen, klingt beinahe wie Hohn, das eiserne Kreuz auf schlechtem Rode würde der ganzen Welt künden, daß das große Deutsche Reich nichts übrig hat für die Bedürftigsten seiner alten Krieger.

Daß so viele Veteranen heute tatsächlich Not leiden, ist die Schuld der bürgerlichen Parteien — und zwar aller, ohne Unterschied —, denn sie hätten es in der Hand, die Regierung zur Gewährung der beschlossenen Veteranenbeihilfen zu zwingen.

Der Polizeimittel in der Schuhmannsversammlung.

Am 28. Februar hatten die Schuhmacher in Vamberg eine Versammlung. Ein Mann öffnete ein wenig die Türe, um zu sehen, was da los sei. Da fuhr der Schuhmann Wimmer heraus, verlegte dem Anglerigen mit dem Summelmittel einen Hieb über den Kopf und aus der Wunde seinen Hut aufhob, bekam er einen zweiten Hieb auf den Hinterkopf. Zwei anderen Männern, die eben dazu kamen und sich über die Robeit aufstellten, schlug der Polizist den Knüttel ebenfalls über den Kopf. Das Gericht in Vamberg verurteilte den Polizisten zu — 15 Mark Geldstrafe.

Gefangene als Pflanzspanne.

In Gehren, einem kleinen Orte mit Amtsgericht im Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen, wurde, wie unserem Erfurter Parteiblatt berichtet wird, dieser Tage beobachtet, wie ein Gefängniswärter Gefangene als Jagdtiere vor dem Pfluge zum Anspäßen der Hackstiele benutzte. Diese Art der Gefangenenbeschäftigung wird in den Kreisen der Agrarier scharf verurteilt; schätzt man doch bei ihnen den Lohnslaven sowie nicht höher, eher noch niedriger im Werte ein als das Vieh. Erstaunen muß jedoch die Tatsache erregen, daß es in Deutschland noch eine Gefängnisbehörde geben kann, die zu solcher Beschäftigung ihre Erlaubnis gibt.

Wer freilich weiß, daß das Schwarzburg-Sondershäuser Ländchen eines der reaktionärsten deutschen Staatsgebilde ist, der wird sich auch darüber nicht wundern, wenn in solcher Atmosphäre die Menschwürde der Gefangenen rücksichtslos mit Füßen getreten wird.

Noch ein Dementi.

Wolffs Telegraphenbureau verbreitet folgende offiziöse Nachricht: Kiel, 27. Juli. Durch die Presse geht die Nachricht, vor einigen Tagen habe auf der Kieler Förde an Bord des großen Kreuzers „Möser“ eine Meuterei stattgefunden. Die Nachricht ist erfunden. Das Schiff hat am 12. d. M. Kiel verlassen und befindet sich zurzeit im Verbands der Hochseeflotte in den norwegischen Gewässern.

Das Dementi kommt nicht überraschend; aber man irrt sich an der sogenannten maßgebenden Stelle, falls man meint, das Gerücht werde verkommen, wenn man es kurzweg als „erfunden“ bezeichnet. Eine Aufklärung der Vorgänge ist dringend nötig.

Oesterreich.

Verfassungsmäßig.

Budapest, 27. Juli. Die Indemnitäts- und die Rekrutierungsvorlage sind im Abgeordnetenhaus mit großer Mehrheit angenommen worden. Hierdurch ist der außerordentliche Zustand beendet, welcher durch die Ablehnung des Staatshaushaltsgesetzes und die Verweigerung der Rekrutierungsbewilligung entstanden war.

Frankreich.

Das Urteil im Prozeß Rochette.

Paris, 27. Juli. In dem Prozeß gegen Rochette und Genossen wurde heute das Urteil gefällt. Es lautet gegen Rochette auf zwei Jahre Gefängnis und 3000 Frank Geldstrafe, gegen Decœur auf 4 Monate Gefängnis und 1000 Frank Geldstrafe, gegen Trevoceur und Demayer auf 5000 Frank Geldstrafe, gegen Capdeville auf 2000 Frank Geldstrafe.

Italien.

Die Niederlage der Sozialisten in Catania.

Rom, 26. Juli. (Fig. Ver.) Bei den gestrigen provinzialen Wahlen in Catania sind die Sozialisten der Koalition der bürgerlichen Parteien erlegen. Diese Niederlage macht um so größeren Eindruck, als die Stadtverwaltung in Händen der Sozialisten liegt. Es verlautet sogar, daß Genosse De Felice sein parlamentarisches Mandat niederlegen werde. Der Wahlsieg gab zu verschiedenen Konflikt-Anlässen. Auch wurden einigen kirchlichen Anstalten die Fenster eingeworfen.

Belgien.

Camille Huysmans und der Leopold-Orden.

Man schreibt uns aus Brüssel: Der belgischen Sozialdemokratie ist in der Person des Genossen Camille Huysmans, des Sekretärs des Internationalen sozialistischen Bureaus und Deputierten der Stadt Brüssel eine etwas ungewöhnliche Ehre widerfahren. Der sozialistische Deputierte, dessen Initiative die Aufsehen erregende, in mancherlei Beziehung einzigartige Heimarbeitsausstellung auf der Brüsseler Weltausstellung zu danken ist, ist vom König Albert zum Kommandeur des Leopold-Ordens ernannt worden! Huysmans hat diese Ehre in einem an den Minister des Auswärtigen gerichteten wichtigen, mit politischem Humor reichlich getränkten Schreiben heftig aber entschieden abgelehnt. Huysmans bemerkt darin, daß ihm der Grund, aus dem man ihn mit dieser Gnade überschüttet, höchst unbegreiflich sei. „Glauben Sie mir, Herr Minister,“ heißt es dann, „ich verdiene sie nicht! Mein Sozialismus ist sehr verdächtiger Art und ich erlaube mich sogar dabei, antikerikal zu werden, seit Ihr Kollege, der der Zerstörung des öffentlichen Unterrichts vorsteht, es für nützlich erachtet, die Provinz Hennegau außerhalb des Gesetzes zu stellen. (Der Unterrichtsminister hat nämlich, wie wir seinerzeit berichteten, den Lehrerbildungsanstalten im Hennegau, unter dem Vorwand, daß sie dem „Gefeh“ nicht entsprechen, in Wahrheit, weil sie keinerlei völkischen Tendenzen huldigen, das Defensivrecht verweigert.) Es gibt nur eine Annahme für Ihr Tun: Sie wollen mich kompromittieren! Ich habe Sie arg im Verdacht, daß Sie sich mit dem Präsidenten der Französischen Republik ins Einvernehmen geehrt haben, der meinen Freund, den sozialistischen Stadtverordneten Grimard, deforziert hat.“ (Grimard hat in der Tat anlässlich der Feierlichkeiten, die zu Ehren Alberts in Paris stattfanden und denen Genosse Grimard als „échevin“ der Stadt Brüssel beizuhöhen, den Orden der Ehrenlegion erhalten. Anmerkung des Berichterstatters.) Huysmans meint nun, daß er, da es sich um eine Sache zwischen Belgien handelt, nicht die schonungsvolle Rücksicht, die Grimard gegen sich handhaben brauche, weshalb er sich erlaube, dem Minister folgend das betreffende Stuvort zurückzuschicken. Ironisch fügt Huysmans hinzu, der Minister möge dagegen seinen Namensvetter, den doktrinär-liberal-patriotischen Deputierten Huysmans mit dieser Gnade bedenken, der ein

Freund und eine Stütze des Königtums sei. — Das Internationale sozialistische Bureau wird aber nach wie vor von einem gänzlich unbedarften Sekretär geleitet werden.

Annexion Liberias?

London, 27. Juli. Einem Berichterstatter des Neuterlichen Bureaus gegenüber sprach sich der Gesandte von Liberia in London über ein Angebot der Vereinigten Staaten an Liberia aus, die liberianischen Finanzen, seine militärische Organisation und seine landwirtschaftlichen und Grenzfragen in Obhut zu nehmen und eine Anleihe für Liberia aufzubringen, an der amerikanische, deutsche und französische Banken sich beteiligen sollen. Der Gesandte erklärte, es sei völlig außer Frage, daß Amerika keinerlei Absicht habe, Liberia in Besitz zu nehmen. (?) Amerika habe stets freundschaftliches Interesse für Liberia gehegt und wenn Liberia Hilfe erbitte, so werde es Sorge tragen, ihm zu helfen. Die Regierung zu Washington habe aber in dieser Angelegenheit niemals Schritte getan, ohne die englische, die französische und die deutsche Regierung um ihre Meinung zu fragen, alles mit Rücksicht auf eine freundwillige Politik, bei der Amerika sich in nichts einlasse, was einem Protektorat ähnlich sein würde. Die Anleihe werde sich wahrscheinlich auf 1 500 000 Dollar beziffern.

England.

Die Lage in Indien.

London, 26. Juli. Unterhaus. Der Unterstaatssekretär für Indien Montagu sprach bei der Begründung des indischen Budgets ausführlich die innere Lage Indiens. Er erklärte, es hätten überall politische Unruhen stattgefunden, mit denen niemand sympathisieren könne. Es sei zu Morden, zu Mordanschlägen und Aufregungen, zu Gewalttaten gekommen. Wenn man gestatte, daß sich diese verderblichen Bewegungen ausbreiteten, so würde ein Zustand geschaffen werden, welcher jedem Fortschritt feindselig wäre als die schärfsten Zwangsmahregeln. Die Mehrheit der Indianer erkenne die Gefahr und bemühe sich, die radikalsten Elemente zu unterdrücken, welche die berechtigten Bestrebungen nur gefährdeten. Während der letzten sechs Monate habe sich ein wesentlicher Umschwung zugunsten der Regierung vollzogen. Die Regierung werde gegen jede Aufwiegelung unnahegebig Krieg führen, zu gleicher Zeit aber berechtigten Bestrebungen vermehrte Förderung zu Teil werden lassen. Montagu betonte, daß die im vorigen Jahre erlassene Akte betreffend die Erweiterung der legislativen Mäße und die Einführung eines Wahlsystems zu befriedigenden Erfolgen geführt hätten.

Türkei.

Eine Meuterei.

Saloniki, 26. Juli. Unter den bei Strumitza strafweise beim Straßenbau beschäftigten Soldaten ist eine Meuterei ausgebrochen. Das Wachbataillon griff ein; vier Meuterer wurden getötet, acht schwer verwundet. Acht Mädelöführer wurden festgenommen und die Wache verstärkt. Die Soldaten gehören zu den wegen Meuterei aus Konstantinopel entfernten Truppenteilen.

Amerika.

Aufstand auf Cuba.

New York, 27. Juli. In einem amtlichen Telegramm aus Havana wird mitgeteilt, daß die Regierung über die Insurrektion des Generals Miniet nur die Tatsache erfahren hat, daß dieser mit einem Duzend seiner Leute aus unbestimmter Ursache gemeutert und sich in das Innere geflüchtet hat. Die Meuterer werden von Landpolizei und Militär verfolgt. Die Regierung erklärt zwar, daß der Vorfall ohne Bedeutung sei, es wird aber von der Öffentlichkeit darauf hingewiesen, daß der Präsident den Besuch seines Sommerzuges aufgeschoben hat. Man glaubt, daß die Regierung die Landung von Waffen befürchtet. Die Gerichte von Havana in der Provinz Pinar del Rio haben bisher keine Verhaftung gefunden.

Soziales.

Unterliegen die Korrektoren der Versicherungsspflicht?

Die „Frankfurter Zeitung“ hatte seither alle ihre Korrektoren zur dortigen Ortskrankenkasse angemeldet, welche zumest einen Gehalt von über 2000 M. pro Jahr beziehen. Nun trat die Verlegerin des Blattes an den Vorstand der Krankenkasse mit dem Verlangen heran, die Korrektoren von der Versicherungsspflicht zu entbinden, sofern sie über 2000 M. Gehalt beziehen und machte geltend, daß es sich bei der Tätigkeit dieser Korrektoren nicht um eine mechanische, sondern um eine höhere, mehr geistige Tätigkeit handele. Die Korrektoren befänden sich auch in einer „gehobenen sozialen Stellung“ und könnten ihre Tätigkeit auch nicht etwa mit der eines Korrektors in einer kleinen Druckerei usw. verglichen werden. Die Wirklichkeit bei einer großen, täglich dreimal erscheinenden Zeitung stelle an die Tätigkeit des Korrektors große Anforderungen, sie müßten „geistige Spannkraft, rasches Erfassen, sichere Beherrschung der deutschen Sprache, in Grammatik und Syntax, Kenntnis der Terminologie verschiedenster Wissenschaften, sowie Kenntnisse der wesentlichsten lebenden Sprachen besitzen“.

Der Korrektor müsse in der Praxis sehr oft die in der Faust und Eile des Zeitungsbetriebes vorkommenden Unrichtigkeiten, falsche Namen und Zahlen, unangebrachte Ausdrücke usw. verbessernd abändern. Die Tätigkeit eines Korrektors sei daher sehr schwierig und verantwortungsvoll und auch als Vorschule der Redakturstätigkeit anzusehen.

Anderer Ansicht war hingegen die Verwaltung der Ortskrankenkasse, welche die Korrektoren nicht freigegeben wollte. Sie war der Ansicht, daß die Korrektoren weder Vertriebsbeamte, noch Verlegermeister oder Techniker seien und auch von einer höheren, mehr geistigen Tätigkeit nicht die Rede sein könne.

Die angerufene Aufsichtsbehörde entschied zugunsten der „Frankfurter Zeitung“ und verneinte die Versicherungsspflicht der fraglichen Korrektoren.

In der Begründung wird angeführt, daß die sozialpolitische Versicherungsgesetzgebung ursprünglich von dem Grundgedanken ausgegangen sei, daß nur Personen versicherungspflichtig sein sollten, die durch eine vorwiegend körperliche Arbeit Lohn beziehen. Durch die spätere Novelle und auch durch die Anfall- und Invalidenversicherung sei dieser Grundsatz teilweise durchbrochen worden. Die „Frankfurter Zeitung“ sei eine der größten Zeitungen Deutschlands, genieße den Ruf eines Weltblattes. Es müsse deshalb zugegeben werden, daß die Korrektoren dieses Blattes — 10 an der Zahl — bei Korrekturierung der wissenschaftlichen und sachmännlichen Abhandlungen, sowie bei der Ausübung ihrer sonstigen vielseitigen und verantwortungsvollen Tätigkeit usw. eine höhere, mehr geistige Tätigkeit entfalten. Unerheblich sei der Umstand, daß nicht alle Korrektoren des Blattes mit Hochschulbildung ausgestattet seien. Es genüge, daß der Beruf eine entsprechende weitgehende Vorbildung erfordere. Die Korrektoren der „Frankfurter Zeitung“ gehörten deshalb nicht zu den Personalklassen, auch nicht zu den im Krankenversicherungsgesetz namentlich aufgeführten Berufsgruppen, welche in den Kreis der versicherungspflichtigen Personen hineingezogen worden seien. Dementsprechend sei ihre Versicherungsspflicht — auch bei einem Jahresgehalt bis zu 2000 M. einschließlich — zu verneinen.

Der Leipziger Arztverband gegen die guten Sitten.

Die 5. Zivilkammer des Kölner Landgerichts hatte sich am Montag mit einer Angelegenheit zu beschäftigen, die die Tätigkeit des Leipziger Arztverbandes hell beleuchtet.

Ein Arzt hatte sich gegen Zahlung von 3000 M. bestimmen lassen, sich dem Leipziger Arztverband gegenüber auf Ehrenwort und gegen eine Konventionalstrafe von ebenfalls 3000 M. zu verpflichten, innerhalb zehn Jahren an seinem Orte in Deutschland, wo Sittlichkeitsfragen zwischen Ärzten und Krankenkassen entstanden sind, ärztliche Tätigkeit auszuüben. Trotzdem ließ sich der Arzt im Februar 1900 in Köln nieder und wurde Krankentrassenarzt. Nun klagte der Leipziger Verband beim Landgericht in Leipzig die Konventionalstrafe ein. Das Gericht entschied aber, daß der Vertrag, in dem der Arzt seine Freiheit verkauft hat, den guten Sitten zuwiderlaufe und deshalb ungültig sei. Klagen verlagte der Verband den Arzt beim Kölner Landgericht auf Herausgabe der als Gegenleistung für diese Verpflichtung gezahlten 3000 M. Denn, wenn der Vertrag ungültig sei, habe der Arzt diese 3000 M. unrechtmäßig erhalten. Das Gericht wies den Verband auch hier ab. Es liegt zwar, so sagt das Urteil, auf beiden Seiten ein Verstoß gegen die guten Sitten vor. Das bürgerliche Gesetzbuch bestimmt aber für einen solchen Fall beiderseitigen unbilligen Verhaltens in § 817, daß die Rückforderung des Geleisteten ausgeschlossen sei.

In wieviel Urteilen ist dem Leipziger Arztverband nun bescheinigt, daß sein Vorgehen gegen die guten Sitten verstößt?

Zum Mütterchuh der arbeitenden Frauen.

Die Notwendigkeit eines kräftigen Mütterchuhes ergibt sich sehr eindringlich aus den statistischen Ergebnissen der Leipziger Ortskrankenkasse. Enthaltung der Arbeit während der letzten Zeit der Schwangerschaft ist von hohem hygienischen Werte. Dies erkennt man sehr deutlich, wenn man die gesundheitlichen Verhältnisse der Wöchnerinnen, die ihr Wochenbett als versicherungspflichtige Mitglieder antreten und bis kurz vor der Entbindung arbeiten, vergleicht mit dem Zustande der freiwilligen Mitglieder, die sich während der Schwangerschaft schonen konnten. Auf die Wochenbetten der erwerbstätigen Frauen entfielen 15,5 Proz., auf die freiwilligen Mitglieder mit Arbeitsruhe nur 2,3 Proz. Fehlgeburten; bei den Pflichtmitgliedern kamen 1,7 Proz. Frühgeburten, bei den freiwilligen nur 0,3 Proz. vor. Ferner lehrt die Statistik, daß an den eigentlichen Wochenbettkrankungen die Wochenbetten der Freiwilligen viel mehr, an den anderweitigen Erkrankungen die der Pflichtmitglieder viel erheblicher beteiligt sind. Zweifellos schwächte die Weiterarbeit bis zum Eintritt der Geburt unter den versicherungspflichtigen Wöchnerinnen eine größere Zahl derart, daß sie für andere Krankheiten im Wochenbett anfälliger sind. Wie übel die Fortsetzung der Arbeit bis nahe an die Niederkunft heran wirkt, erkennt man mit aller Schärfe auch bei den eigentlichen Schwangerschaftskrankheiten. Den Zufällen der Schwangerschaft waren nämlich 5,5 Proz. der versicherungspflichtigen Schwangeren, aber nur 2,1 Proz. der freiwilligen Mitglieder unterworfen. Die Statistik lehrt eine besonders starke Ueberschreitung an Früh- und Fehlgeburten bei jenen Arbeiterinnen, die in der Heimarbeit tätig sind. Die verhältnismäßig hohe Zahl der Früh- und Fehlgeburten wird hier zweifellos durch eine zu lange fortgesetzte Erwerbsarbeit verursacht. Am verhängnisvollsten macht sich die Verursachung bei den Arbeiterinnen in Metall bemerkbar. Auch die Tabak- und Fabrikarbeiterinnen zeigen ungünstige Ziffern. Schädigend wirken hier oft neben der zu schweren Arbeit auch die Einwirkung der Gifte, wie z. B. von Blei.

Zwittler-Rechtsverhältnisse.

Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts soll in solchen Streitfällen, wo der Angestellte Handlungs- und Gewerbegehilfe ist, dasjenige Gericht zuständig sein, in dessen Wirkungskreis die Haupttätigkeit des Angestellten fällt. Der vorliegende Rechtsstreit, in dem die Beklagte behauptet, daß das Kaufmannsgericht zuständig ist, weil die kaufmännische Beschäftigung die vornehmere sei, illustriert die neuerdings vom Reichsgericht wiederholt vertretene Auffassung.

Die Beklagte ist eine aus Moudon in der Schweiz stammende geschickte Modistin, die von einer Damenkonfektionsfirma in Elberfeld mit einem Gehalt von circa 200 M. angestellt gewesen ist. Als Direktorin hatte sie das Zuschneiden der Stoffe zu Damenroben, das Anprobieren und die Beaufsichtigung der Fertigstellung durch Arbeiterinnen zu besorgen und leistete teilweise auch kaufmännische Dienste. Entgegen ihrem vertraglichen Abkommen machte die Beklagte sich nach längerer Tätigkeit selbständig, und die Klägerin erhob Klage vor dem Landgericht Elberfeld auf Zahlung der festgesetzten Konventionalstrafe. Das Gewerbegericht, das nach der Auffassung der Klägerin zuständig gewesen wäre, konnte nicht in Betracht kommen, weil die Beklagte ein Gehalt von über 2000 M. bezogen hatte. Die Beklagte behauptete jedoch, daß das Kaufmannsgericht zuständig sei und setzte der beim Landgericht erhobenen Klage die Einrede der Unzuständigkeit des Gerichts entgegen.

Das Landgericht Elberfeld und Oberlandesgericht Düsseldorf verwarfen diese Einrede und verurteilten die Beklagte nach dem Klageantrage. Die Revision der Beklagten ist nunmehr vom Reichsgericht zurückgewiesen worden. In den Gründen heißt es: Der Auffassung der Revision könne nicht beigetreten werden, es komme auf den vornehmeren Teil der Tätigkeit, auf den höheren Rang an. Das Reichsgericht habe vielmehr schon ausgesprochen, daß eine gesetzliche Vorschrift, wonach die Eigenschaft eines Handlungsgehilfen der gleichzeitigen Eigenschaft eines Gewerbegehilfen vorgehe, nicht bestehe. Es komme in streitigen Fällen darauf an, welche Eigenschaft nach den Anschauungen des Lebens die Haupteigenschaft ist.

Weiter heißt es in den Entscheidungsgründen wörtlich: „Ist nun ein Angestellter gleichzeitig Gewerbegehilfe und Handlungsgehilfe, so fragt sich, ob über den Streitpunkt, zum Beispiel den Antritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Arbeits- resp. Dienstverhältnisses das Gewerbegericht oder das Kaufmannsgericht entscheiden soll. Da das Gesetz hierüber keine Bestimmung enthält, so nimmt die Theorie und Rechtsprechung mit Recht an, daß die Haupttätigkeit, die Haupteigenschaft entscheidet. Es handelt sich aber bei dieser Regelung der Zuständigkeit um eine allgemeine Regel, welche in allen Fällen durchgreifen muß, und um eine Vorfrage, welche in erster Linie zu stellen ist. Wird demgemäß in einem Konfliktfall entschieden, daß der Angestellte der Hauptsache nach Gewerbegehilfe ist, so scheidet die Eigenschaft als Handlungsgehilfe und damit die Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts aus. Ergibt sich dann weiter, daß das Gewerbegericht nach dem Inhalte des Gewerbegerichtsgesetzes nicht zuständig ist (§ 3 Absatz 2, § 4 Absatz 2 des Gewerbegerichtsgesetzes), dann tritt nicht die Zuständigkeit des — ausgeschalteten — Kaufmannsgerichts, sondern die Zuständigkeit des ordentlichen Gerichts in Kraft.“

Diese mit der herrschenden Ansicht übereinstimmende Auffassung des Reichsgerichts entspricht dem Schutzbedürfnis des Angestellten und den allgemeinen Rechtsgrundsätzen nicht. Es vermag offensichtlich da, wo keine der beiden Tätigkeiten überwiegt. Den allgemeinen Gerechtigkeitsgrundsätzen entspricht es, die Normen zur Anwendung kommen zu lassen, die jeweilig dem Schicksal günstiger sind. Aus welchem Grunde soll beispielsweise ein Handlungsgehilfe einen Anspruch auf sechsmonatliche Kündigungsfrist haben, wenn er nur als Handlungsgehilfe beschäftigt ist, ein anderer aber den Anspruch verliert, inwieweit er in demselben Umfang mit kaufmännisch tätig ist, außerdem aber als Gewerbegehilfe in noch größerem Maße beschäftigt ist. Noch eigenartiger steht es mit der gesetzlichen Regelung der Zwittler- und Rechtsverhältnisse, wenn ein Angestellter als Handlungsgehilfe, Gewerbegehilfe und Dienstbote beschäftigt ist. Eine ausdrückliche Regelung durch Reichsgesetz ist, solange ein einheitliches Arbeiterrecht nicht besteht, erforderlich, die ausschließt, daß ein Arbeiter deshalb rechtlich schlechter gestellt wird, weil er auch andere Arbeiten verrichtet

Gewerkschaftliches.

Immer wieder Hirsch-Dundersche Streikbrecher.

Der Gewerkschaftsverband der Holzarbeiter, der auch bei der großen Tarifbewegung der Holzarbeiter im Jahre 1907 den Arbeitgebern Arbeitswillige zur Verfügung stellte, hatte seit dieser Zeit versucht, anständiger zu werden. Bei einer Reihe Streiks und auch bei der diesjährigen großen Tarifbewegung hat der Vorstand des Gewerkschaftsvereins mit der Leitung des Holzarbeiterverbandes in friedlicher Weise zusammengearbeitet. Das scheint aber einer größeren Anzahl Mitglieder nicht zu passen, denn in der letzten Zeit mehrten sich die Anzeichen dafür, daß die Gewerkschaftler wieder in die früheren Bahnen einlenken.

Ein typischer Fall dafür hat sich in Stolp in Pommern abgespielt. Dort wurden die mit den einzelnen Arbeitgebern abgeschlossenen Tarifverträge sowohl vom Holzarbeiterverband wie auch vom Gewerkschaftsverein gekündigt. Es wurde vereinbart, die Bewegung gemeinsam zu führen. Als die Unternehmer nennenswerte Zugeständnisse nicht machten, reichten die Mitglieder beider Organisationen die Kündigung ein und verließen auch gemeinschaftlich die Betriebe. Eines guten Tages wurde der Leitung des Holzarbeiterverbandes die Mitteilung gemacht, daß hinter ihrem Rücken der Gewerkschaftsverein mit den Unternehmern einen Vertrag abgeschlossen hatte, der den Arbeitern, insbesondere in bezug auf den geforderten Mindestlohn, nur sehr geringe Zugeständnisse brachte. Trotz Protest des Holzarbeiterverbandes wurden die Mitglieder des Gewerkschaftsvereins gezwungen, zu den vereinbarten Bedingungen die Arbeit aufzunehmen. Aber nicht allein das. Der Gewerkschaftsverein inserierte sofort in einer ganzen Anzahl Zeitungen nach Arbeitskräften „zu den neuen vertraglichen Bedingungen“. Die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes beschloffen, trotz dieses Verrats der Arbeiterinteressen einstimmig den Kampf fortzusetzen. Dem Gewerkschaftsverein ist es denn auch bis heute noch nicht gelungen, die nötigen Streikbrecher für Stolp zu finden, sodaß die Arbeitgeber wohl oder übel sich dazu bequemen müssen, die weitergehenden Wünsche der Tischler zu erfüllen. Den Hirschen wird dieses Verräterstückchen nicht vergessen werden. — Zugung von Tischlern, Drechslern und Maschinenarbeitern nach Stolp ist auch ferner streng fernzuhalten.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Herrenmajordamen! Die Differenzen bei der Firma Rumpff u. Lange, Wilhelmstr. 48/47, sind beigelegt und wird hiermit die Sperrung über die genannte Firma aufgehoben. Verband der Schneider. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Achtung, Formner! In der Görlitzer Maschinenbauanstalt und Eisengießerei hatten vor längerer Zeit die Formner eine Erhöhung der niedrigen Akkordpreise gefordert. Die Firma gab ausweichende Antworten, so daß die Formner annehmen mußten, sie suche die Sache zu verwickeln. Um nun ihrer Forderung mehr Nachdruck zu geben, legten Dienstag sämtliche Formner die Arbeit nieder. Zugung von Formnern, Kernmachern und Gießereiarbeitern nach Görlitz ist streng fernzuhalten.

Nochmals Hirsch-Dundersche Streikbrecherziehung.

In Wonne schweigt der „Gewerkschaftsverein“, daß der den Hirschen angeschlossene als Streikbrecherorganisation gerichtlich gekennzeichnete gelbe Brauerbund wieder einmal Gelegenheit fand, durch Streikbrecherlieferung in großem Maßstabe seine Daseinsberechtigung und seine Würde zu beweisen. Selbst der Vorsitzende des gelben Brauerbundes, Sieger, der durch sein Flugblatt und den beigelegten Zettel die Aufforderung an die Mitglieder des Brauerbundes richtete, unverzüglich nach der Schweiz abzureisen und sich den Schweizer Brauereien als Streikbrecher anzubieten, scheint nachträglich zwar nicht eine Anwendung von Scham, wohl aber eine kleine Ahnung bekommen zu haben, ein wie trauriges Handwerk er übte: er hat vollends die Sprache verloren.

„Anderer der „Gewerkschaftsverein“. Der fühlt sich in seinem Element. Mit einem Eifer ohnegleichen redigiert er den Streikbruch der gelben Brauerbundeshirsche. Vielleicht stachelt die Tatsache seinen Eifer um so mehr an, als der gelbe Brauerbund eine Unmenge Ehrenmitglieder aus den Kreisen der Brauereidirektoren, Beamter, Braumeister, Lieferanten und Brauereiarbeiter usw. hat, die seine Festlichkeiten zieren und zu seinen Kassen beisteuern. Und nicht nur der „Gewerkschaftsverein“ allein ereifert sich so für seine gelben Streikbrecher, sondern auch die Hirsche im Lande.

In Nr. 58 vom 20. Juli triumphierte der „Gewerkschaftsverein“ schon über die Niederlage der Schweizer Brauereiarbeiter und gab der Öffnung Ausdruck, daß die Schweizer Brauereiunternehmer ein Einsehen haben und mit den Streikbrecherorganisationen den Tarifvertrag abschließen werden. Und in Nr. 60 vom 27. Juli schreibt der „Gewerkschaftsverein“, daß der Streikbruch der Hirsche dadurch gerechtfertigt ist, daß auch dem nichtsozialdemokratischen Brauereiarbeiter das gleiche Recht zusteht wie den freien: „auch bei diesen handelt es sich um die Selbsterhaltung, um Sein oder Nichtsein, um die Existenz der Organisation“. Und weil die Freiorganisierten die Vermittlung der Arbeiter anstreben und deswegen der Kampf entstand, sei der Streikbruch der Hirsche aus Gründen der Selbsterhaltung gerechtfertigt.

Es ist dies ein Argument der Streikbrecher überhaupt. In ehelicher Gewerkschaftsarbeit zu egoistisch und zu feige, begründen sie ihre Streikbrecherei immer mit der Notwehr. Aber hier liegen die Dinge so, daß die Schweizer Brauereiunternehmer bisher nach dem Prinzip der allergrößten Scharfmacher in Deutschland handelten und alljährlich Auslese hielten und die verbrauchten und mißliebigen organisierten Arbeiter ausmerzten und vom Auslande gelbe und unorganisierte, junge Arbeitskräfte holten. Das sollte durch die Forderung des Arbeitsnachweises verhindert werden. Und daß es sich nur darum handelte, dafür ist Beweis, daß die Freiorganisierten den geforderten Arbeitsnachweis in der ersten Weile schon bei der ersten Unterhandlung am 18. Mai fallen ließen, weil es ihnen nur um eine Regelung der Arbeitsvermittlung zu tun war. Und daß unsere Angabe über das Wahregelungssystem in den Schweizer Brauereien richtig ist, beweist die Tatsache, daß die Unternehmer auch den parteilichen Arbeitsnachweis und auch die Forderung ablichten, bei Einstellungen die in der Schweiz anständigen Arbeiter in erster Linie zu berücksichtigen. Um diese Forderung der Menschlichkeit kämpfen die Schweizer Brauereiarbeiter, und in diesem Kampf sind ihnen die Hirsch-Dunderschen Streikbrecher in den Rücken gefallen.

Der „Gewerkschaftsverein“ jongliert nun zur Verwässerung seines Verrats mit den „nicht sozialdemokratischen“ Organisationen, die bei einer vernünftigen Regelung des Arbeitsnachweises verschwinden könnten. Darin fühlt er sich eins mit den Schweizer Unternehmern. Aber solche „nicht sozialdemokratischen“ Organisationen sind ja unter den Schweizer Brauereiarbeitern gar nicht vorhanden. Diese gehören fast ausschließlich der freien Organisation an, trotz aller Wahregelungen; das war ja auch der Grund der Streikbrecherziehung. Aber die Hirsche hoffen, durch die Streikbrechervermittlung Anhänger auch in der Schweiz zu erhalten, und daß mit diesen durch die Streikbrechervermittlung noch zu schaffenden Organisationen die Unternehmer einen Tarif abschließen und den kämpfenden Brauereiarbeitern eine Niederlage bereiten, ist der innigste Wunsch des „Gewerkschaftsvereins“.

Stehen die Gelben auch so tief? Juli schreibt der „Gewerkschaftsverein“ in einer Polemik gegen das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften in ihrem Streik um die gelben Brauerbundesvereine:

„Derjenige Verband, der sie aufnimmt, hat also selbstverständlich die Pflicht, dahin zu wirken, daß die Vereine einen gewerkschaftlichen Charakter bekommen.“

Der „Gewerkschaftsverein“ hat diese Verpflichtung schon mit Eifer begonnen; er erzieht die neugewonnenen Brüder zu Streikbrechern! Durch diesen „gewerkschaftlichen Charakter“ scheinen die Hirsche jetzt ihrem erlöschenden Organisationskämpfen neuen Tran aufgießen zu wollen.

Bestrafter Unternehmerübermut.

Vor mehreren Monaten hatten, wie wir seinerzeit berichteten, 24 Arbeiter gegen die Wolfram-Lampen-Aktiengesellschaft Lehhausen Klage auf Entschädigung gestellt. Die Betriebsleitung hatte, ohne erst mit den Arbeitern Rücksprache zu nehmen, eine Reduzierung der bisher von ihr gewährten Prämien vorgenommen, die als ein Teil des Lohnes galten. Die von den Arbeitern zur Betriebsleitung entsandte Deputation wurde kurzerhand entlassen, worauf die übrigen Arbeiter die Arbeit niederlegten.

Das Gewerbegericht Lehhausen erklärte durch Urteil die Arbeitsniederlegung für berechtigt und verurteilte die besagte Firma zur Zahlung des durch die Reduzierung der Prämien verursachten Lohnausfalles. Da alle 24 Fälle gleichgelagert waren, hatte das Gewerbegericht erst einen Fall entschieden, das hier erlassene Urteil galt dann auch für die übrigen 23 Fälle.

Gegen die gewerbegerichtliche Entscheidung hatte nun die besagte Firma Berufung an das Landgericht eingelegt, obwohl die eingeklagten Einzelbeträge eine Berufungsmöglichkeit nicht begründeten hätten. Die Berufungskammer stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß nach der Verbindung sämtlicher Klagen zu gleichzeitiger Verhandlung durch das Gewerbegericht der Streitwert sich aus der Gesamthöhe der eingeklagten Beträge ergebe. Diesem widersprach jedoch der Vertreter der Kläger, der ausführte, daß durch zur Vereinfachung der Sache gerichtliche angeordnete Verbindung der gleichartigen Eingeklagten dem einzelnen Kläger die Wohlthat eines vollstreckbaren Urteils nicht verlustig gehen dürfe.

Das Landgericht Augsburg stellte sich auf den gleichen Standpunkt von prinzipiell wichtiger Bedeutung, daß die Einzelsagen durch die Verbindung ihren Charakter nicht verlieren; es wies die Berufung der besagten Firma kostenfällig zurück.

Daraufhin hat nun die Firma eine weitere, gegen ein Urteil des Gewerbegerichts Lehhausen eingelegte Berufung zurückgegeben. In diesem Falle hatten 310 Arbeiter und Arbeiterinnen gegen die Firma eine Entschädigungsklage in der Gesamthöhe von 6212 M. angestrengt und ein obsehendes Urteil erstritten. Die Urteile des Gewerbegerichts Lehhausen sind nun rechtskräftig und hat die Wolfram-Lampen-Aktiengesellschaft an die Kläger einschließlich der Zinsen rund 7000 M. zu zahlen.

Zum Straßenbahnerstreik in Hanau a. M. wird und berichtet, daß die Vermittlungsversuche des Transportarbeiter-Verbandes von der Direktion bestritten wurden. Mittwochmorgen verkehrten nur drei Wagen, die von Oberführern gefahren wurden. Die streikenden Schaffner und Wagenführer verlangen eine Gehaltsregelung, ferner jeden achten Tag dienstfrei und jeden fünften Sonntag. Der Direktion wird es nicht gelingen, eingefahrene Streikbrecher zu bekommen.

Die Buchbinder sämtlicher Kunstanstalten in Nürnberg haben in geheimer Abstimmung einstimmig den Streik beschlossen, wenn die Unternehmer bis zum Ablauf der Kündigung kein Entgegenkommen zeigen.

Ausland.

Von den österreichischen Gelben.

In einem Verleumdungsprozeß, der vor dem Bezirksgericht Melk, Nordböhmen, unter deutschböhmischem „Arbeiterführer“ und ehemaligen Führer spielt, wird unter Beweis gestellt, daß der Obmann des Reichsbundes deutscher Arbeitervereinigungen Österreichs, Adam Peyerl, 1906 zum Nordböhmischem Industriellenverband — der ärgsten Scharfmachergesellschaft — gegangen ist und dort über den elenden Stand seines antiorthographischen Verleumderblättchens „Deutsche Arbeiterstimme“ gemurmelt habe. Man gab ihm bald darauf 11000 Kronen, die die Industriellen gesammelt hatten. Abrechnung über das Geld legte er den übrigen Nachbarn nicht und den Großindustriellen Baron Klinger veranlaßte er, zu erklären, das Geld sei dem Peyerl zur persönlichen Verfügung übergeben worden. Der Peyerl, der natürlich stets mit den blutigen Arbeitergrößen operierte, von denen sich die Sozialführer mästen, bezog 230 Kr. monatlich als — wie er sich nennt — „Reichsbundeszentralgewerkschaftsobmann“ und 20 Kr. wöchentlich als „Redakteur“ der unbedeutendsten „Arbeiterstimme“. An Diäten hätte er sich auch nicht abgeben lassen. Keiner der in Nordböhmen in der Arbeiterbewegung tätigen Genossen kann sich eines höheren Einkommens erfreuen. — Lustig ist folgendes, dem deutschböhmerischen „Brüder“ „Tagesboten“ entnommene Verzeichnis der Redner eines Bundesfestes der deutschböhmerischen Arbeiterpartei Mährens: Vursovsky, Kretopil, Krecelany, Slamina, Smrz, Rejratz, Smetacek, Strmisko, Perslich, Koval und Horak.

Katholische Gewerkschaftszersplitterer in England.

Die Hauptstärke der englischen Gewerkschaftsbewegung lag nicht zum mindesten in ihrer einheitlichen Tendenz, alles Nichtgewerkschaftliche aus dem Rahmen der Diskussion innerhalb der Gewerkschaft selbst sorgsam auszuscheiden. Wenngleich die berufliche Zersplitterung in den gewerkschaftlichen Organisationen eine auf den ersten Blick auffällige Erscheinung ist, so hätte man bisher doch vergeblich nach verschiedenen Tendenzen innerhalb der Bewegung, wie wir sie z. B. in Deutschland durch die freien, christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften verortert sehen, gesucht. Der Umstand nun, daß die gesamte englische Gewerkschaftsbewegung immer mehr zu sozialistischen Anschauungen neigt, hat auch dort die Zersplitterung nicht ruhen lassen, die — uns Deutsche wundert das gewiß nicht — sich im katholischen Lager fanden. Kürzlich fand nämlich in Saiford eine Konferenz katholischer Gewerkschaftler statt, die der Meinung Ausdruck gab, es sei „nunmehr an der Zeit, von den Gewerkschaftsführern energisch eine den Wünschen der Katholiken entsprechende Haltung zu verlangen; daß die Katholiken wohl gewillt seien, ihre Gewerkschaftsbeiträge zu zahlen, doch dürfe dies in Zukunft nur nach Jubiligung gewisser Zugeständnisse geschehen“. Welche Einflüsse hinter dem Ganzen wirksam sind, zeigt der Umstand, daß der Bischof von Saiford auf der Konferenz den Wunsch ausdrückte, die Bewegung möge mit der Zeit wachsen und stärker werden und daß auf ein an den Papst gerichtetes Telegramm vom Kardinal Merry del Val der Konferenz telegraphisch des Papstes Segen übermittelt wurde. Es wurde beschlossen, regelmäßige katholische Gewerkschaftskonferenzen zu organisieren, zu deren Teilnahme katholische Vertreter katholischer Verbände und Verbandsvorstände eingeladen werden, die den besonderen Interessen der katholischen Gewerkschaftsmitglieder dienen sollen.“

Der Streik der Gasarbeiter in Rom.

Rom, 26. Juli. (Fig. Ver.) Die Streiklage in der römischen Gasarbeiterbewegung ist unverändert. Trotz der Soldaten, die als Streikbrecher verwendet werden, ist die Precision in den Gasometern so gering, daß die Straßen wie mit Kerzenlichtern erleuchtet sind. In den Hospitälern fehlt das Gas zur Sterilisation der Instrumente und zum Heizen des Wassers, sowie für die jeder Station beigegebenen Teelampen. Die Zeitungen klagen, daß das Gas nicht mehr ausreicht, um das Vieh für den Maschinenpark zu schmelzen. Die Arbeiter der Elektrizitätswerke bereiten ebenfalls eine Agitation vor, so daß die völlige Dunkelheit zu befürchten steht. Zum Glück ist Vollmond. In Gegenwart des Präfecten hat heute eine Zusammenkunft der Streikkommissionen und eines Vertreters der Anglo-römischen Gas- und Elektrizitätswerke stattgefunden.

gefunden. Die Gesellschaft hat geruht zu erklären, daß ihr Verwaltungsrat vor morgen nicht zusammentreten kann. Und inzwischen wartet Rom im Dunkeln, daß es den Herren von der Aktiengesellschaft paßt. Im ganzen sind 400 Soldaten mit der Gasherstellung beschäftigt. Die Gesellschaft gibt bekannt, daß sie die pensionsberechtigten Arbeiter ihres Rechtes verlustig erklären wird, falls sie nicht die Arbeit wieder aufnehmen. Spui Teufel!

Aus Industrie und Handel.

Der Bankrott der Niederdeutschen Bank.

Aus Dortmund kommt die Nachricht, daß Herr Dhm, der persönlich haftende Gesellschafter und Direktor der Niederdeutschen Bank, deren Schalter seit dem 13. Juli geschlossen waren, wegen Verdachts der Bilanzfälschung verhaftet worden ist. Ueber das Vermögen der Niederdeutschen Bank ist der Konkurs eröffnet worden. Die erste Gläubigerversammlung findet am 10. August statt. Die Konkursforderungen sind bis zum 10. September anzumelden.

Die Verhaftung des Direktors erfolgte auf Grund des Befehdes der gestern von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmten Bücher der Niederdeutschen Bank. Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen. Das Aktienkapital des Instituts beträgt 12 Millionen Mark, die Verbindlichkeiten weit über 50 Millionen. Die Höhe der Aktiven konnte bisher noch nicht genau festgestellt werden und die Prüfung dürfte noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Doch ist es sicher, daß die Einleger um einen großen Teil ihrer Depositen kommen und auch die Aufsichtsratsmitglieder dürften ihres Vermögens fast gänzlich verlustig gehen. Es mögen 25 bis 50 Proz. in der Masse liegen. In den Zusammenbruch sind fast alle Tochtergesellschaften verwickelt, voran das Dortmundener Brauhaus und die Lüneburger Bank. Der verhaftete Bankier Dhm ist bei seiner eigenen Bank mit gewaltigen Summen verschuldet. Man nimmt an, daß er sich in gewagte Spekulationen eingelassen hat. Die Revisoren von der Berliner Treuhandgesellschaft sind bereits abgereist. Sie halten eine Sanierung für ausgeschlossen.

In Dortmund ist die Erregung sehr groß. Tausende, die für ihre Spareinlagen fürchten müssen, umlagern das Bankgebäude und werden von einem großen Polizeiaufgebot von dem Eindringen in die Bank zurückgehalten.

Der Zusammenbruch der Bank wird nicht nur eine große Anzahl kleiner Sparer schwer schädigen. In Berlin unterhielt die Bank außer zur Berliner Handelsgesellschaft auch zu einer Anzahl kleinerer Bankgeschäfte Beziehungen, die nun große Verluste erleiden werden.

Fortschreitende Konzentration. Wieder einmal ist der interessante Fall zu verzeichnen, daß zwei große Betriebe sich zwecks planmäßiger Arbeitsteilung zusammenschließen. Die „Oberschiefer Eisenbahnbedarfsgesellschaft“ und die „Bismarckhütte“ haben auf die Dauer von zehn Jahren einen Vertrag über Herstellung und Verkauf schmiedeeiserner Röhren abgeschlossen. Wie wir der „D. V. Z.“ entnehmen, ist in dem Vertrag ein vollständiges Programm mit weitgehender Arbeitsteilung zur Herstellung von nabilsten Stahlröhren sowie geschweißten Röhren aller Art von den kleinsten Dimensionen bis zu 18 Zoll äußerem Durchmesser vorgesehen. Es soll dadurch vermieden werden, daß jedes der beiden Werke sich sowohl für die Herstellung von großen wie von kleinen Röhren kostspielige Einrichtungen anschafft. Das eine Werk soll die großen, das andere die kleinen Röhren fabrizieren und sich darauf spezialisieren, so daß eine erhebliche Ersparnis der Betriebseinrichtungen und der Selbstkosten erzielt wird. Zwecks Durchführung des Vertrages haben beide Aktiengesellschaften eine G. m. b. H. unter der Firma „Verkaufsstelle Oberschiefer Stahlröhrenwerke“ mit dem Sitz in Berlin und Zweigniederlassungen in Gleiwitz und Bismarckhütte gegründet.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Beide Beine abgefahren.

Auf der Strecke Mahlsdorf-Berlin stürzte gestern Abend zwischen 9 und 10 Uhr der 19jährige Kaufmann Wilhelm Altersdorf aus dem Zuge und kam unter die Räder. Beide Beine wurden ihm abgefahren. Der Verunglückte wurde mit dem nächsten Zuge nach Berlin und von da nach der Charité transportiert.

Generalstreik der Bauarbeiter in Chicago.

Chicago, 27. Juli. (W. L. B.) Der Generalstreik der Bauarbeiter der Stadt ist beschlossen und heute Abend proklamiert worden. Er wird sich voraussichtlich unmittelbar auf 18 000 Arbeiter erstrecken, mittelbar auf weitere 10 000.

Zum Grubenausfall in Liebin.

Liebin, 27. Juli. (W. L. B.) Der Ausfall in den Gruben von Liebin hat seit heute morgen eine größere Ausdehnung genommen. Es wird nur noch in Schacht Nr. 4 gearbeitet.

Unterleibsruhr in Mex.

Mex, 27. Juli. (W. L. B.) Unter den Truppen der Garnison Mex herrscht noch immer die Unterleibsruhr. Eine große Anzahl von Soldaten, die vom Enturlaub zurückkamen, sind wieder auf Urlaub geschickt worden.

Zur Vetorevolution in englischen Unterhaufe.

London, 27. Juli. (W. L. B.) In der heutigen Sitzung des Unterhauses kündigte Premierminister Asquith an, daß er am Freitag eine Erklärung über die Vetorevolution abgeben werde.

Eine Zeitungshatz.

Helsingfors, 27. Juli. (W. L. B.) Der Generalgouverneur hat den Procureur des finnischen Senats aufgefordert, die Zeitung „Kariala“ wegen einer für die russische Armee beleidigenden Notiz und wegen Veröffentlichung geheimer Nachrichten an die Militärverwaltung zur Verantwortung zu ziehen. Gegen achtzehn andere finnische Blätter soll wegen Abdrucks des betreffenden Artikels in gleicher Weise vorgegangen werden.

Der Aeroplan als Mordinstrument.

New York, 27. Juli. (W. L. B.) Wie ein hiesiges Blatt zu melden weiß, hat die Regierung der Vereinigten Staaten insgeheim Versuche mit dem Werfen von Bomben aus Aeroplanen anstellen lassen. Der Geheimbericht erklärt, daß die Aeroplane ebenso gefährlich in der Luft seien, wie das Unterseeboot im Wasser. Bei den Versuchen wurde eine bide Panzerplatte durch das aus dem Aeroplan geworfene Geschloß glatt durchschlagen. Das für diese Versuche eingesetzte Komitee schlägt vor, eine größere Anzahl von Aeroplanen für Seeres- und Marinezwecke anzukausen.

Aus der Partei.

Die Organisationen über die Budgetbewilligung.

Der „Mannh. Volksst.“ entnehmen wir folgende Berichte: Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Redarau war außerordentlich stark besucht. Ueber das neue Kommunal-Program...

In Furtwangen nahm die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins gleichfalls Stellung zur Budgetbewilligung. Es entspann sich eine lebhaft Diskussion, worauf die Versammlung mit großer Mehrheit der Landtagsfraktion volle Anerkennung für ihre erfolgreiche Tätigkeit...

In Sulzfeld und Redarhausen wurde der Fraktion einstimmig das Vertrauen votiert und die Budgetbewilligung genehmigt. In Redarhausen wurde auch das Vorgehen einzelner norddeutscher Organisationen scharf beurteilt.

Die Generalversammlung des Wahlkreises Jülichau-Schwibbus-Krossen fand am Sonntag in Schwibbus statt. Nach dem Bericht des Vorstandes fanden neben 48 Versammlungen der 6 Parteimitgliedschaften des Kreises 33 öffentliche Versammlungen statt. In dem ganzen, etwa 180 Wahlbezirke umfassenden, überwiegend ländlichen Kreise...

Zur Provinzialkonferenz für Brandenburg wurden delegiert H. Schulz-Schwibbus, Karl Schulze-Sommerfeld und H. Wabitsch-Jülichau. Ein eingehender Antrag des Genossen Rüter-Schöneberg, wiesam ergänzt durch den Parteisekretär A. Schmidt-Berlin über die „Wahltechnik“, leitete die Vorarbeiten zur nächsten allgemeinen Reichstagswahl ein.

Der 10. sächsische Reichstagswahlkreis (Döbeln) hielt seine Jahresparteiversammlung in Döbeln ab. Im ersten Punkt der Tagesordnung gedachte Genosse Wieweg des außerordentlichen Aufschwungs des Parteiblattes, der Chemnitzer „Volksstimme“.

Kleines feuilleton.

„Aecht muß Aecht bleiben.“ Das Wort des Bischofs von Regensburg, Dr. v. Henle — als Inbegriff christlicher Sozialpolitik — kennzeichnet nicht nur die katholische, sondern fast noch stärker die lutherische Auffassung von der menschlichen Gesellschaft.

So hat sich Luther heftig gegen die Forderung der Bauern auf Aufhebung der Leibeigenschaft gewandt: „Es soll kein Leibeigener sein, weil uns Christus befreit hat. Was ist das? Das heißt christliche Freiheit ganz fleischlich machen.“

Selbst die von den Türken gefangenen Christenklaven müssen ausharren; denn er ermahnt sie, wie der Bischof v. Henle: „Du mußt denken, daß du deine Freiheit verloren hast und eigen geworden bist, daraus du dich selbst ohne Wille und Wissen deines Herrn nicht ohne Sünde und Ungehorsam wirken kannst.“

Weder ist Luther nicht immer geneigt, das Evangelium anzuerkennen, mit dem er die aufständischen Bauern niederschlagen sucht. Wenn er das Zinsnehmen, wenn auch nur bis zur Höhe von 6 Prozent gegen das evangelische Zinsverbot, rechtfertigt, schwaltet er die christliche Lehre aus: „Aber das Evangelium ist ein geistliches Gesetz, danach man nicht regieren kann.“

Die neueste Modenart. Ueber den Zwangstod und den „Pfropfenrod“ lesen wir in einem bürgerlichen Blatte: „Obwohl jener „Zwangstod“, der die unteren Extremitäten der Damen so eng umschließt, bereits zentrisch genug erscheint, so wird er doch noch übertrumpft von dem „Pfropfenrod“.

Beim Punkt Parteitag tabelte der Kreisvorsitzende Genosse Thate scharf die Zustimmung der Badenser zum Budget. Er ist unter allen Umständen dafür, daß die Angelegenheit auf dem Parteitag nicht in einer Kommission behandelt werde. Genosse Eger ist der Ansicht, daß die „Volksstimme“ zu der Angelegenheit ihre Stellung hätte kundgeben sollen, das sei leider nicht geschehen.

Eine vom Genossen Eger gestellte Resolution wurde abgelehnt. Zu Parteitagdelegierten wurden die Genossen Lamsch-Sörmig und Drechsler-Döbeln gewählt. Zur Landesversammlung wurde Genosse Spindler-Döbeln gewählt.

Im 15. Kreis (Mittweida-Burgstädt) regte Genosse Semmler-Limbach an, die sächsische Landtagsfraktion aufzufordern, Schritte zu tun, die Erwerbung der sächsischen Staatsangehörigkeit zu erleichtern.

Genosse Landtagsabgeordneter Mehnert teilt mit, daß der Landtagsfraktion eine solche Anregung aus Limbach vorgelegen habe, aber bei der Fülle der Anträge nicht habe erledigt werden können.

Es folgt die Stellungnahme zum deutschen Parteitag in Magdeburg. Eine Debatte wird nicht beliebt. Als Delegierte werden gewählt der Abgeordnete des Kreises, Genosse Stüden, und Fider-Limbach.

Unter Verschiedenem spricht der Vorsitzende Genosse Ehrlich-Obertröna sein Erstaunen darüber aus, daß niemand die badische Budgetbewilligung und die Haltung der „Volksstimme“ zu ihr zur Sprache gebracht habe.

Unter Verschiedenem spricht der Vorsitzende Genosse Ehrlich-Obertröna sein Erstaunen darüber aus, daß niemand die badische Budgetbewilligung und die Haltung der „Volksstimme“ zu ihr zur Sprache gebracht habe. Genosse Heilmann verteidigt in längeren Ausführungen den Standpunkt der Redaktion. Da verständigerweise nicht daran gedacht werden könne, die badische Landesorganisation wegen ihrer freundlichen Stellung zum Budget aus der Partei auszuschließen, müsse man sich mit dem Ausprechen der Mißbilligung für ihre Stellungnahme begnügen.

Auf Antrag des Genossen Böhmchen-Wittgensdorf beschließt die Parteiverammlung widerstandslos, den Disziplinbruch der badischen Landtagsfraktion entschieden zu verurteilen. Im 6. Kreis (Chemnitz und Umgebung) wird beim Vorstandsbericht über die Errichtung eines Parteisekretariats verhandelt. Es wird mit Mehrheit beschloffen, die Notwendigkeit der Errichtung eines Parteisekretariats anzuerkennen.

Im 6. Kreis (Chemnitz und Umgebung) wird beim Vorstandsbericht über die Errichtung eines Parteisekretariats verhandelt. Es wird mit Mehrheit beschloffen, die Notwendigkeit der Errichtung eines Parteisekretariats anzuerkennen.

Im 6. Kreis (Chemnitz und Umgebung) wird beim Vorstandsbericht über die Errichtung eines Parteisekretariats verhandelt. Es wird mit Mehrheit beschloffen, die Notwendigkeit der Errichtung eines Parteisekretariats anzuerkennen.

Im 6. Kreis (Chemnitz und Umgebung) wird beim Vorstandsbericht über die Errichtung eines Parteisekretariats verhandelt. Es wird mit Mehrheit beschloffen, die Notwendigkeit der Errichtung eines Parteisekretariats anzuerkennen.

Im 6. Kreis (Chemnitz und Umgebung) wird beim Vorstandsbericht über die Errichtung eines Parteisekretariats verhandelt. Es wird mit Mehrheit beschloffen, die Notwendigkeit der Errichtung eines Parteisekretariats anzuerkennen.

Im 6. Kreis (Chemnitz und Umgebung) wird beim Vorstandsbericht über die Errichtung eines Parteisekretariats verhandelt. Es wird mit Mehrheit beschloffen, die Notwendigkeit der Errichtung eines Parteisekretariats anzuerkennen.

Im 6. Kreis (Chemnitz und Umgebung) wird beim Vorstandsbericht über die Errichtung eines Parteisekretariats verhandelt. Es wird mit Mehrheit beschloffen, die Notwendigkeit der Errichtung eines Parteisekretariats anzuerkennen.

Im 6. Kreis (Chemnitz und Umgebung) wird beim Vorstandsbericht über die Errichtung eines Parteisekretariats verhandelt. Es wird mit Mehrheit beschloffen, die Notwendigkeit der Errichtung eines Parteisekretariats anzuerkennen.

Im 6. Kreis (Chemnitz und Umgebung) wird beim Vorstandsbericht über die Errichtung eines Parteisekretariats verhandelt. Es wird mit Mehrheit beschloffen, die Notwendigkeit der Errichtung eines Parteisekretariats anzuerkennen.

Im 6. Kreis (Chemnitz und Umgebung) wird beim Vorstandsbericht über die Errichtung eines Parteisekretariats verhandelt. Es wird mit Mehrheit beschloffen, die Notwendigkeit der Errichtung eines Parteisekretariats anzuerkennen.

an, daß die Agitationskomiteebezirke finanziell strenger zusammengefaßt werden sollen. Der Tätigkeit des Parteisekretärs Jungnickel (Erzgebirge) wurde mit großer Anerkennung gedacht, ebenso der Redaktion der „Volksstimme“, die eines der besten Blätter Sachsens geworden sei.

In der Kreisgeneralversammlung für den Wahlkreis Witzenau referierte Genosse Fiedler-Arimmitschau über den Parteitag.

Redner behandelte hierbei die hauptsächlichsten Verhandlungsgegenstände des Parteitags, als die Wahlrechtsfrage, Reichsversicherungsordnung, Genossenschaftsfrage, Waise und die Budgetbewilligung der badischen Landtagsfraktion in eingehender Weise. Bei der Genossenschaftsfrage wurde auch ein Wort über die übertriebene Scheu vor dem roten Fuch, die sich in der Genossenschaftsbewegung breit gemacht habe, gesprochen werden müssen.

In der hierauf folgenden Aussprache fand das Aus-der-Reihe-treten der badischen Landtagsfraktion bei der Budgetbewilligung allseitige Verurteilung, da keine stichhaltigen Gründe hierfür vorgelegt wurden. Es wurde aber auch hervorgehoben, daß der Rürnberger Parteitag durch die widerprüchliche Entgegennahme der Erklärung von den 66 süddeutschen Delegierten die Badenser zu ihrem Verhalten geradezu angezweifelt habe.

Dr. Quessel schreibt uns: „Der Umstand, daß die Redaktion des „Vorwärts“ es für passend findet, die Auslassungen der Genossen Bernstein und Eisner als gegen mich gerichtete hinzustellen, obwohl diese zur Abwehr gegnerischer Angriffe geschrieben wurden, die gerade durch die von mir kritisierten Sätze des „Vorwärts“ unangenehm hervorgehoben worden sind, veranlaßt mich, zur Abwehr das Wort zu ergreifen.“

Ich bestreite zunächst der „Vorwärts“-Redaktion das Recht, rein agitatorische Redensarten, wie die „wir sind und bleiben Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft“ als „programmatische Sätze“ oder gar als „Darlegung unserer Ziele“ zu bezeichnen. Derartige Redensarten, die nur Wasser auf die Mühlen der Schärmacher leiten können, wird die „Vorwärts“-Redaktion in den Schriften der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus vergebens suchen. Marx und Engels haben stets die Ansicht vertreten, daß die bürgerliche Gesellschaft eine notwendige Entwicklungsstufe sei, und daß die sozialistische Gesellschaft sich aus der bürgerlichen mit derselben historischen Notwendigkeit entwickeln müsse, wie sich die bürgerliche Gesellschaft aus der feudalen entwickelt hat.

zeitchriften und Preislisten zusammengestellt ist, wobei zu bemerken wäre, daß sämtliche angegebene Typen — außer dem Blériot-Apparat — in Deutschland hergestellt werden.

Table with 5 columns: Type der Maschine, Geschwindigkeit in km pr. Stunde, Personen, Preis in Mark, Motor-Pferdestärken. Rows include Santos Dumont, Blériot I, Blériot II, Grade I, Grade II, Grade III, Farman, Wright, Euler, Antoinette.

Theater.

Schillertheater O. (Sommergastspiel): „Das Mädchen von Schönberg“, Poffe mit Gesang von Mannstädt. Die Ausgrabung der vor vierzig Jahren geschriebenen, mit allerhand Couplets und Kalauern neu aufgearbeiteten Poffe fand ein äußerst dankbares Publikum. Der gute Wille, sich zu amüsieren, trotz jeder Hemmung, so oft eine der alten Berliner Poffen, deren Andenken eine freundliche Legendenbildung verklärt, hervorgeholt wird, staunt man immer wieder, durch wie billige Mittel der Aufvollständigen Humor erworben werden konnte.

Rotizen. — Ausstellungen. Der Verband „Deutscher Eigenbauer“ veranstaltet im Künstlerhaus, Wellebuefste 8 am 2. und 3. August eine Ausstellung aller italienischen Webereigen und Geigen und Celli moderner Herstellung (von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags).

oder kapitalistische Gesellschaft nur eine bestimmte historische Form einer Gesellschaft, einer auf Klassengegenständen beruhenden Gesellschaft ist und wir als Kämpfer für die sozialistische Gesellschaft, in der die Klassengegenstände aufgehoben sind, unmöglich Feinde jeder Gesellschaft sein können. (Ann. d. Ned.)

Nun noch ein Wort über das republikanische Glaubensbekenntnis. Ich habe in einem Artikel „Sind wir Republikaner?“, der auch der Redaktion des „Vorwärts“ bekannt geworden ist, nachzuweisen versucht, daß die Demokratie, d. h. die Herrschaft des Volkes durch und für das Volk, sich nicht notwendigerweise nur durch den Umsturz der Monarchie erreichen lasse, sondern daß auch ein anderer Weg zu diesem Ziele führt, indem man die Rechte des Monarchen derart beschränkt, daß seine Machtbefugnisse nicht größer sind wie die eines Präsidenten einer demokratischen Republik. Nach dem Urteile hervorragender Rechtsgelehrter giebt es heute schon Monarchen, deren Rechte nicht ausgedehnter sind wie die eines Präsidenten einer demokratischen Republik. Ob ich nun mit meiner Auffassung, daß sich die Demokratie auch vertikalwärts durch die Ausschöpfung der monarchischen Machtbefugnisse, die übrigens heute in einigen monarchischen Staaten schon sehr weit gediehen ist, in der Partei allein stehe oder nicht, kümmert mich wenig, da ich von ihrer Wahrheit durchdrungen und überzeugt bin, daß sie sich schließlich doch durchsetzen wird. Obwohl ich es deshalb für prinzipiell richtiger halte, zu sagen, wir sind Anhänger der Demokratie, der Herrschaft des Volkes durch und für das Volk, ist es natürlich das gute Recht des „Vorwärts“, die Parteigenossen als Anhänger der Republik zu bezeichnen, nur sollte er dann niemals vergessen hinzuzufügen, daß wir gar nicht daran denken, irgendwelche ungesetzliche Schritte zu unternehmen, um die bestehende monarchische Staatsform zu beseitigen. Gerade die gegenwärtige „Vorwärts“-Redaktion möchte doch wissen, daß als Genosse Kurt Eisner und Genosse Jaurès von der deutschen Partei eine scharfe, auf die Beseitigung der Monarchie hinzielende Aktion verlangten, die Forderung von der Gesamtpartei einstimmig zurückgewiesen wurde. (Wozu wir nur bemerken wollen, daß es etwas ganz verschiedenes ist, in eine unmittelbare Aktion auf Beseitigung der Monarchie einzutreten, und wieder etwas anderes, unsere republikanische Hebezeug durch Hofgänger zu verduffeln. Im übrigen glauben wir auf jede weitere Polemik über diese monarchische Ausschöpfungstheorie verzichten zu können. Ann. d. Ned.)

Reichstagskandidaturen. Die zuständigen Instanzen haben die Reichstagskandidaturen in den bayrischen Kreisen Fürth, Lauf-Hersbruck wieder dem Genossen Martin Segler, in Rothenburg o. T. dem Genossen Klampfer-Firndorf und in Kitzingen dem Genossen Kern, Parteisekretär in Würzburg übertragen. In Jena I und II kandidiert wieder, wie 1907, Genosse Haupt-Magdeburg. In Weismar-Knechtelsleben ist unser Kandidat wiederum Genosse Ritsch, der dort schon 1907 in die Stichwahl kam.

Der bulgarische Parteitag.

Aus Sofia geht uns folgender telegraphischer Gruß zu: „Der Parteitag der bulgarischen Sozialdemokratie sendet nach einer imposanten Kundgebung des revolutionären Sozialismus gegen den reaktionären Panславismus, die hier in Sofia unter Beteiligung von Vertretern unserer russischen, tschechischen, serbischen und ruffenischen Bruderparteien organisiert worden war, der sozialistischen Internationale die warmsten Grüße des organisierten bulgarischen Proletariats. Der Parteitag giebt die Versicherung, daß hier in diesem Lande, das der Faschismus zur Wiederherstellung seines Prestiges bestimmt hat, die junge sozialistische Garde wacht und kämpft für die Sache der Freiheit und des Sozialismus in den Balkanstaaten.“

Es lebe die völkervereinende Sozialdemokratie! Das Telegramm ist von dem Vorsitzenden des Parteitags Genossen K o l o z o w unterzeichnet.

Die amerikanische Landwirtschaft.

Wer die Ursachen der jetzigen Teuerung kennen lernen will, muß seinen Blick nach Amerika wenden und die Umwälzungen studieren, die sich in der amerikanischen Landwirtschaft vollzogen haben. Seit den sechziger Jahren beherrscht Amerika den Weltmarkt, und wie die Preise niedriger Getreidepreise durch die transatlantische Konkurrenz eingeleitet war, so bildet das Versagen dieser Konkurrenz die Grundursachen der jetzigen Teuerung. Was gab Amerika die Möglichkeit, die Herrschaft auf dem Getreidemarkte zu gewinnen?

Im dritten Bande des „Kapitals“ erklärt diese Tatsache Marx wie folgt:

„In minder fruchtbaren Gebieten dieser Art (die neu bebaut werden und durch „keine Kultur beledet“ waren) kommt der Ueberfluß heraus, nicht durch die hohe Fruchtbarkeit des Bodens, also durch den Ertrag pro Acre, sondern durch die Masse der Aeres, die in oberflächlicher Weise bebaut werden kann, da dieser Boden dem Bewohner nicht oder mit andern Ländern verglichen, verschwindend wenig kostet. . . . Dazu kommt noch die fast kostenlose Viehhaltung auf natürlichen Weiden, ohne künstliche Grasdüngen. Was hier entscheidet, ist nicht die Qualität, sondern die Quantität des Bodens. Die Möglichkeit dieser oberflächlichen Bebauung wird natürlich mehr oder minder rasch erschöpft im umgekehrten Verhältnis zur Fruchtbarkeit des neuen Bodens und in direktem Verhältnis zur Ausfuhr seiner Produkte. . . . In Ländern älterer Kultur machen die Eigentumsverhältnisse, der durch den Preis des bebauten Bodens bestimmte Preis des unbebauten usw. derartige extensive Wirtschaft unmöglich.“ (II, S. 211.)

Es sind also, nach Marx, zwei Momente, die die Konkurrenzfähigkeit solcher Länder wie Amerika bedingen: freier Boden, der

nichts oder fast nichts kostet und „oberflächliche Bebauung“, also extensive Wirtschaft, die geringere Produktionskosten erlaubt. Beide Momente können auf die eine Ursache zurückgeführt werden: die d a n n e Bevölkerung, infolge deren der Boden wertlos ist und „oberflächlich bebaut“ werden kann.

Nun sehen wir zu, wie steht es jetzt in Amerika. Die Hälfte des amerikanischen Bodens ist immer noch nicht bebaut. Aber hauptsächlich im Westen und zum großen Teil solcher Boden, der künstliche Bewässerung fordert. Dagegen ist man im Zentrum, Norden und östlichen Gebieten zu intensiver Kultur übergegangen. Die Produktionskosten und folglich auch die Getreidepreise sind deshalb gestiegen.

Betrachten wir die Entwicklung der amerikanischen Bevölkerung, so wird es uns sofort klar, daß die amerikanische Konkurrenz den europäischen Landwirten nicht mehr droht. Die Vereinigten Staaten zählten 1850 bloß 23,2 Millionen Personen, 1880 aber schon 60,1 Millionen Personen. In dreißig Jahren hat sich die amerikanische Bevölkerung verdoppelt. Das gab den Vereinigten Staaten die Möglichkeit, die Getreideproduktion gewaltig auszudehnen. In gleicher Zeit stieg das bebauten Ackerland von 118,0 auf 284,8 Millionen Acres, also um 2 1/2 mal. Die Anwendung von Maschinen gestattete, diesen Boden zu bewässern. Die Produktion aller Getreidearten stieg von 871,04 (im Jahre 1849) auf 2099,41 Millionen Bushels im Jahre 1879, also um das Dreifache. Daher konnten die Vereinigten Staaten auch gewaltige Getreidemengen ausführen: 60,4 Millionen Meterzentner gegen 23,2 in den Jahren 1870/5.

Seit den 80er Jahren hat die Bevölkerung wiederum gewaltig zugenommen. Sie stieg 1900 auf 76,8 Millionen Personen und 1908 auf 87,19 Millionen, verdoppelte sich also wiederum. In einigen Gegenden hat sich die Bevölkerung auch bedeutend verdichtet, wie aus folgender Tabelle ersichtlich ist:

Table with 4 columns: Region, 1900, 1880, 1850. Rows include Vereinigte Staaten, Nordatlantische Staaten, Südatlantische Staaten, Nordzentralstaaten, Südzentralstaaten, Westliche Staaten.

Die nordatlantischen Staaten weisen also eine bedeutende Bevölkerungsdichte auf.

Die Anbaufläche ist von 284,77 im Jahre 1880 auf 414,50 Mill. Acres im Jahre 1900 oder um circa 50 Proz. gestiegen. Im Verhältnis zur Bevölkerungsdichte ist die Gesamtanbaufläche zurückgegangen, und zwar von 5,7 auf 5,4 Acres pro Kopf. Dagegen ist die mit Getreide bebauten Fläche von 118,8 auf 185,0 Millionen Acres oder um 55,7 Proz. gestiegen. Pro Kopf der Bevölkerung berechnet, stieg sie von 2,36 auf 2,42 Acres pro Kopf. Die Produktion von Getreide stieg von 2099,41 auf 4434,70 Millionen Bushels oder um 64 Proz. Pro Kopf der Bevölkerung berechnet stellte sich die Getreideproduktion 1879 auf 55,2 Bushels und 1909 auf 59,6 Bushels.

Die Entwicklung der Getreideproduktion hat sich also relativ bedeutend verlangsamert.

Die Ausfuhr von Getreide und Mehl ist dennoch gestiegen, bis auf 98,6 Millionen Meterzentner in den Jahren 1895-1900. Die Ausfuhr von Nahrungsmitteln überhaupt betrug 1880 459,4 Millionen Dollar und 1900 545,4 Millionen Dollar. Seitdem geht aber die Ausfuhr rasch zurück. 1905/06 stellte sich die Ausfuhr an Getreide und Mehl noch auf 63,4 Millionen Meterzentner, 1906/07 schon auf 50,8 und 1908 gar auf 42,1 Meterzentner.

1901 bildete die Ausfuhr von Weizen und Weizenmehl noch 41,36 Proz. der Weizenproduktion, 1908 nur 25,7 Proz.

Die Vereinigten Staaten verbrauchen also selbst ihr Getreide.

Wichtig ist noch, daß sich das Zentrum der Getreideproduktion nach Westen verlegt. So war der Ertrag in Prozenten der Gesamtgetreideproduktion:

Table with 3 columns: Region, 1880, 1900. Rows include Nordatlantische Staaten, Südatlantische Staaten, Nordzentralstaaten, Südzentralstaaten, Westliche Staaten.

Die westlichen und Südzentralstaaten haben ihre Getreideproduktion bedeutend erhöht, die nordatlantische Gegend hat dagegen um etwa 2 Proz. ihre Getreideproduktion eingeschränkt. Relativ hat sich die Getreideproduktion auch der Nordzentralstaaten seit 1880 von 74,8 auf 78,3 Proz. vermindert.

Vergleicht man diese letzte Tabelle mit der oben angeführten über den Grad der Bevölkerungsdichte in verschiedenen Gegenden, so tritt der Zusammenhang zwischen diesen beiden Momenten deutlich hervor. Die dichtbevölkerten nordatlantischen Staaten schränken ihre Getreideproduktion ein, weil die extensive Wirtschaft im Westen die Getreideproduktion hier unvorteilhaft macht. Die mit Getreide bebauten Fläche ist hier um fast 10 Proz. zurückgegangen. Ebenso leidet die Getreideproduktion der südatlantischen und zum Teil die der Nordzentralstaaten, die eine verhältnismäßig bedeutende Bevölkerungsdichte aufweisen, unter der Konkurrenz der westlichen und Südzentralstaaten. In den nordatlantischen und südatlantischen Staaten ist auch der Farmpreis von Weizen der höchste (0,68 bzw. 0,72 Dollar per Bushel), im Westen dagegen der niedrigste — 0,49 Dollar per Bushel.

Dagegen geht man in den dichtbevölkerten Gegenden zur intensiven Viehzucht über. Noch Anfang der 90er Jahre schrieb Fr. Kägel: „Es ist eine Abstufung gleich der der Bevölkerung und

*) Denselben Gedanken finden wir auch bei Kägel über die Konkurrenz Amerikas. Nach ihm ist „die viel oberflächliche Arbeit des amerikanischen Landwirts für weite Räume“ ausgiebiger als die gründliche Ausnutzung des Kleinbesitzes. (Politische und Wirtschaftsgeographie der Ver. Staaten, S. 421.)

intensiveren Wirtschaft von dieser Steppenviehzucht im Westen, die meist Jungvieh liefert, zur Mastung in den mittleren Staaten und zur Milchviehzucht in den östlichen. Aus Gründen, die mit den in Mitteleuropa wirksamen viel Ähnlichkeit haben, hat sich die Viehzucht in den nordöstlichen und mittleren atlantischen Staaten von der Zeit an höher entwickelt, als der Weizenbau zurückging, dessen Einseitigkeit bei dichter Bevölkerung und teurerem Boden durch mannigfaltigere Kulturen ersetzt werden muß.“ (Politische und Wirtschaftsgeographie der Vereinigten Staaten, S. 405.)

Und in der Tat ist der Wert des Viehes per Acre in den nordatlantischen Staaten seit 1880 bis 1900 von 4,21 auf 4,90 Dollar gestiegen; in den südatlantischen von 1,29 auf 1,86, im Nordzentralraum von 3,78 auf 4,97 Dollar. Dagegen sank der Wert des Viehes per Acre im Westen von 4,50 auf 3,92 und in dem südlichen Zentrum von 2,51 (1880) auf 2,89 Dollar.

So sehen wir, daß sich die Vereinigten Staaten zu den Reithoden der landwirtschaftlichen Kultur wenden, die auch in Europa üblich sind, und daß die weitere Ausdehnung der Getreideproduktion kaum genügen wird, um den Bedarf der amerikanischen Bevölkerung zu decken. Die Schutzzollmauern haben keinen Sinn mehr; denn kein Feind droht mehr.

Die Vereinigten Staaten leiden selber unter gewaltiger Teuerung. Der Londoner „Deonismist“ brachte (am 4. Juli) folgende Angaben der Konsum. Der Preis ist in dem letzten Jahrzehnt gestiegen bei:

Table with 2 columns: Commodity, Price increase. Rows include Weizen, Hafer, Roggen, Kartoffeln, Speise.

Nach den Berechnungen Sauerbelds befindet sich das Preisniveau für Nahrungsmittel fast auf der Höhe, auf der es zum Beginn der amerikanischen Konkurrenz gestanden. Das Preisniveau für 1867 bis 1877 gleich 100 gesetzt, erhält Sauerbeld:

Table with 3 columns: Year, Animal food index, Vegetable food index. Rows include 1878-1887, 1888-1897, 1897-1906, 1907, 1908, 1909.

Trotz der zweifellosen Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft (Prof. Ballab schätzt sie auf 75 Proz.) ist das Preisniveau auf der alten Höhe angelangt. Und dennoch neue Klagen über die „Rot“ der Landwirte . . .

Verfammlungen.

Verband der Fabrikarbeiter. In der Generalversammlung des Verbandes, die am Sonntagvormittag im „Englischen Garten“ stattfand, erbatte E. Brun den Vorstand über das zweite Quartal 1910. Was am Ende des 1. Quartals schon vorausgesehen war, erfüllte sich in reichem Maße; der Vorstand hatte mit 27 Bewegungen der Fabrikarbeiterschaft zu rechnen. In verschiedenen Fällen wurden befriedigende Abschlüsse erzielt und Lohnerhöhungen oder Verkürzung der Arbeitszeit durchgesetzt. In anderen Fällen gelang es, kleinere Vergünstigungen, wie Gewährung von Urlaub und dergleichen, zu gewinnen oder dem Verbands Anerkennung zu verschaffen. Die Organisation hat in einigen großen Betrieben stärker eingesetzt als bisher, als Frucht einer eifrig geführten Agitation und besseren allgemeinen Bedingungen. — Die Grenzstreitigkeiten mit dem Deutschen Metallarbeiterverband in bezug auf die Schloßplattenpreller und Gummiarbeiter sind in zufriedenstellender Weise geschlichtet worden.

Die Abrechnung vom zweiten Quartal lag gedruckt vor. Danach blanzieren die Einnahmen und Ausgaben der Haukassa mit 34 834,45 M. Unter den Ausgaben stehen verzeichnet für Erwerblosenunterstützung 11 019,55 M., für Rechtschutz 75 M., für Gemeinwohlunterstützung 1027,20 M., Umzugsgeld 607 M., Steuerbezug 788,50 M., Streikunterstützung 1871,85 M. In der Kassa bilanzieren Einnahmen und Ausgaben mit 38 295,86 M. Für Streikunterstützung wurden 668,15 M., für Extraunterstützungen 430,05 M. ausgegeben.

Nach kurzer Diskussion erteilte die Versammlung der Geschäftsleitung Decharge. Brun machte noch bekannt, daß der Bezirk Adlershof beschloffen habe, den Einheitsbeitrag von 50 Pf. zu zahlen. Mit einer Anregung, auf dem nächsten Verbandstage dahin zu wirken, daß den jugendlichen Mitgliedern die „Arbeiter-Jugend“ geliefert werde, erklärte er sich einverstanden. — Als Hauskassierer wurde B ä c h t e r von der Versammlung gewählt.

Wasserstands-Nachrichten

Table with 4 columns: Location, Date, Water level, Remarks. Rows include Remel, Zühl, Bregel, Weichsel, Thorn, Oder, Ratibor, Strossen, Frankfurt, Warte, Schrum, Landberg, Rege, Jordanau, Elbe, Leitmeritz, Dresden, Berda, Magdeburg.

*) + bedeutet Hoch, — Niedr. — Unterpegel. — *) Höchster Wasserstand am 25. um 6 Uhr nachmittags: 290 cm.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Frankfurter Viertel. (Bezirk 307.) Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Jwider Max Papke Friedrichsbergerstr. 9 gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Segelklub Wendenschloß. Den Sportkollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied Karl Schreiber am 25. Juli verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Rummelsburger Kirchhofes aus statt. Rege Beteiligung erortert Der Vorstand.

Dankfagung. Für die Beweise inniger Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres Erbers Ludwig Wehrle lagen mir allen Beteiligten unseren besten Dank. Gustav Schulz, Familie Wehrle. Dankfagung. Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters. Otto Schossteg nebst Tochter.

Dankfagung. 1406 Sage allen Freunden und Bekannten für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters Otto Drews meinen herzlichsten Dank. Frau Drews, Böblichstraße 35. Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, des Restaurateurs Hermann Lange sprechen mir allen Verwandten und Bekannten sowie den Mitglidern des Wahlvereins Lichtenberg unseren herzlichsten Dank aus. 2942 Die trauernden Hinterbliebenen Witwe Auguste Lange nebst Tochter.

Maßanzüge sehr elegant, 32-35 M., fertige Anzüge 3,25 an. Lichte sehr große Auswahl. Kosten engl. Stoffe u. Anzugstoffe billig. Wenn schiden wir unsere Vertreter mit Ruster ohne Kaufverpflichtung. Tuchgesellschaft Kotludwergdam 16-17 (Kochh.) Vorzeiger d. Jahres erhält 5% Rabatt.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Wanderfahrten am Sonntag, den 31. Juli 1910: 1. Eldmalde-Ernter. Abf. Görlitzer Bahnhof 7⁰⁰ vormittags. 2. Fürstentum-Teigl. Abf. Leichter Bahnhof 1⁰⁰ nachmittags. 2/6 Gäste willkommen. Ausführliche Programme bei Heise, Wogenstr. 19 zu haben. Na ja, kaum hat man den Rücken gewandt, dann geht es los — in Nible's Festsälen Dennowitzstraße 13. Jeden Donnerstag, Sonnabend und Sonntag: 1925⁰ Großer Ball.

Ristaus Restaurant und Garten-Lokal Friedrichsfelde, Schloßstr. 17 empfiehlt den geehrten Gästen seine großen Garten-Salons und Vereinszimmer zur gefälligen Benutzung. 2932 Vereinszimmer noch für einige Tage zu vergeben.

Verband der hausgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Zweigverein Berlin und Umgegend. Sonntag, den 31. Juli, vormittags 10 Uhr: General-Versammlung im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 1. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom zweiten Quartal 1910 und Bericht der Revisoren. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Ausschuhmitgliedes. 4. Verbandsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Einlaß. Vollständiges Erscheinen der Kollegen erortert. 30/3 Der Zweigvereinsvorstand.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden. Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie. Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges. BERLIN, Leipziger Straße 92. Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

42 eigene Dampfer

Von frischen Fängen unserer Flotte

empfehlen wir in Ia Qualität:

ff. große lette Schollen, 1- bis 4pfündig, pr. Pfd. 18 Pf.
 ff. fetter Kabeljau, im Anschnitt pr. Pfd. 20 Pf.
 ff. fetter Seelachs, " " pr. Pfd. 20 Pf.
 ff. fetter Schellfisch, " " pr. Pfd. 25 Pf.
 ff. fetter Schellfisch, 1- bis 4pfündig, pr. Pfd. 25 Pf.

Außerdem sehr preiswert:

Rotzungen, Austernfisch, Knurrhahn.

Deutsche Dampffischereigesellschaft „Nordsee“
 Größte Hochseefischerer Deutschlands
 Hauptgeschäft: Berlin C. (Bahnhof Börse) Tel. Amt III 8804
 Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.
 Eigener Seehafen.

Herren-Anzug-Woche

Ueberraschend billige Angebote

- Posten 1: Herren-Anzüge gestreifter und kariertes Stoff 9.-
- Posten 2: Herren-Anzüge Cheviot und Kammgarn-Charakter 21.50
- Posten 3: Herren-Anzüge Lausitzer u. Rheinische Stoffe 28.50
- Posten 4: Herren-Anzüge bewährte Meltons und Kammgarn-Mischungen 37.-
- Posten 5: Sport-Anzüge Joppe und Hose in geschmackvollen Phantasiestoffen 15.-
- Posten 6: Strand-Anzüge Jackett, Weste und Hose. Etwas angestaubt Soweit Vorrat 6.-
- Posten 7: Knaben-Wasch-Anzüge offene u. hochgeschloss. Blusenfas. Größen 1-6, durchweg 1.70
- Posten 8: Knaben-Manchester-Anzüge in den schönsten Farben. Größen 1-6, durchweg 3.60

Lodenpelerinen für Herren u. Damen, Knaben u. Mädchen.
 Sommer-Paletots und Ulster spottbillig

BaerSohn

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
 Gr. Frankfurterstr. 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog No. 39 (Neueste Moden) auf Wunsch kostenlos und portofrei.

Soeben erschienen:
Der Sozialismus und die soziale Revolution.
 Von Parvus.
 Preis 25 Pf.

Das soziale Problem unserer Zeit.
 Von Parvus.
 Preis 40 Pf.

Expedition des „Vorwärts“
 Berlin SW.
 Lindenstraße 69 (Aden).

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten!!
 Woll- Reste! Moquets *
 Plüsch- Reste! Satteltaschen

Zimmer- und Treppen-Läuferstoffe

Kocos, Haargarn, Velour etc.

Muster bei näherer Angabe franko.

Teppich - Spezialhaus

Emil Lefèvre
 Berlin, Oranienstr. 158

Wegen Aufgabe unserer Verkaufsräume, Köpferstraße 2
Anzugstoffe, Winter-Paletostoffe, Damenuische
 spottbillig, unter Preis. 2782
 Koch & Seeland, Gesellschaft m. h. H.
 Köpferstraße 2.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuester Katalog
 Dr. Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. f. H. Hager, Gummiswarenfabrik
 Berlin NW., Friedrichstraße 119

Versüßung! *aus der Zeit der goldenen Jahre*
Goldraucher nicht nur für die Hand

Gesundheitstobak.
J. Goldfarb
Preuss. Stargard.
 D.R.W.Z. 10652.

Health snuff tobacco.
 Tabac à priser de santé.
 Tabaka do zazywania dla zdrowia.
 Tabacco da naso alla salute.

Verkäufe.

Teppiche! (sehrbaste) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Godelscher Markt 4, Bahnhof Börse. (Liefer des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Wandbilderrahmen, Rüstleinplatz 7, spottbilliger Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Dekorative, Schmuckwaren, Goldwaren, Silberwaren, verschiedene Wänder. 2492R

Vorwärtsler erhalten ausnahmsweise diese Woche 5 Prozent Extrarabatt selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Dresdenplatz. 894R

Kinderwagen, Gummiräder, neu 20,00 Andreasstraße 53. 951R

Teppiche (sehrbaste) Gelegenheitskauf. Fabriklager Wauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Vorwärtsler 5 Prozent Extrarabatt. Sonntags geöffnet.

Teppichdecken billigt Rohrl Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Gardinenhand. Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 2491R

Gitarrenverkäufer, Jober, Gilmann, Badmannen. Spezialfabrik Bläserstraße 12. Liefer 5 Proz.

Teppichdecken Spezialhaus Emil Leschore, Oranienstraße 158. Kleinauswahl Teppichdecken, Stimmleiste (Seidenersatz) 4,25 bis 20, Koffert, 6,50 bis 24, Normaldecken 1,65 bis 10. 594R

Bermannplatz 6. Allerbilligste Wandbilder. Sommerpaletots, Jackenanzüge, Schrankmöbel, Herrenhosen. Extra billiger Bettenverkauf. Vermietungsbett. Brautbetten. Kuchentische. Wäscheauswahl. Gardinenauswahl! Teppichauswahl! Plüschdecken. Steppdecken. Wanduhren. Tischuhren. Goldwaren. Großberlin allerbilligster Warenverkauf im Handeltreibhaus Hermannplatz 6. Auch Sonntags geöffnet.

Vitzners Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte spottbillig! Eitelstraße 99, Barckauerstraße 67.

Billige Hosenwahe. Hohelegante Herrenhosen aus feinsten Rohstoffen 7-15 Mark. Tennishosen. Fernhandhaus Germania, Unter den Linden 21.

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Rohstoffen 30-40 Mark. Fernhandhaus Germania, Unter den Linden 21. 112R

Berzugschalter Spielzeuge, Kasse, Gasosen und verschiedenes mehr. Berner, Ebertstraße 41. 713

Tischlerwerkzeug (Nachlag), über 150 Teile, verkauft billig Köpferstr. 12. 1123

Extraangebot. Herrenanzüge, Herrenpaletots, zurückgegebene, hochverehrte, verkauft spottbillig! Deutsches Fernhandhaus Jägerstraße 63 I.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den

Teilzahlungen. Dreijährige Garantie. Spezial-Garantierat 55,00, Kaffe. Invalidenstraße 20, Wilhelmshafenstraße 73. 760R

Strahrentrenner, Holzsegen, Drahtreifen, billig. Kraus, Andreasstraße 54. 190/13

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, modern, gut erhalten, ganz billig. Große Frankfurterstraße 14, Hof, Keller. 82/6

Möbel.

Möbel-Belegungskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnungseinrichtungen bedeutend billiger als regulär. Ergänzungsmöbel. Büfette 120, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trumeaus 30, Schränke, Vertikals 26, Kronen, Teppiche, Bilder, Küchensmöbel, Klaviesel, Ledersofas, Umbau, Lederhühle usw. spottbillig. Lemmer's Möbelgeschäft, Lothringersstraße 55, Rosenthaler-Tor. Die Möbel sind in vier Tagen aufgestellt. 959R

Brautpaare, Pensionate, Wiederverkäufer können jetzt enorm billig einfache, auch gebiegene bessere Möbel kaufen. Dinnigki, Andreasstraße 30, geradenber Marktstraße.

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. In jedem Stadt deutscher Preis. Ueberaus billig! Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldbaum, Jostenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. Kein Abzahlungsgeschäft! 2901R

Voebel, Voebel, Rorkplatz 58. In meinem seit 31 Jahren bestehenden Möbelgeschäft stehen in fünf Etagen komplette Wohnungseinrichtungen zu niedrigsten Fabrikpreisen zum Verkauf. Als Spezialität liefere: Schlafzimmer, enthaltl 197, modern mit Ankerfen 208, Wohnzimmer, modern 290, Speisezimmer 355, Herzzimmer 200, 1 Zimmer und Küche 205, 354, modern 479, 2 Zimmer und Küche 563, 667, englische Bettstelle mit Matratze 43, Kleider-schrank 30, Trumeau, geschliffen 34, Schlafsofa 36, Büchsofa 55, Umbau 50, Teppiche. Niefenlager. Beschäftigung erbeten. Transport und Lagerung kostenfrei. Eventuell Zahlungsvereinfachungen. Gedfmet 8-8, Sonntags 8-2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude, Rusterbuch P. gratis und franco. 597R

Möbelangebot, gebrauchte und neue Einzelstübel und ganze Einrichtungen, einfache, elegante Speisezimmer, Herzzimmer, Schlafzimmer, dieselben gewaschen, verfallend, spottbillig. Niefenlager, 5 Etagen. Möbelgeschäft. Neue Kömiger, 5/6, Fabrikgebäude, Teilzahlung gestattl. Sonntags geöffnet. 281/14

Gneisenaustr. 10, Ede Rohrl. S. Braun, bekannt als beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung.

Metallbetten, zwei, modern, spottbillig veräußert Jostenerstr. 10, Gutgeschäft. 83/4

Möbelfabrikerei, Garmad, Tischlermeister, gegründet 1901, Stadtschreiberstraße 57 (Rorkplatz), liefert komplette Wohnungseinrichtungen zu niedrigsten Fabrikpreisen. Unabgetroffene Leistungsstärke. Enorme Auswahl. Zahlungsvereinfachung. Vorwärtsler 3 Prozent. Kein Laden. Verkauf Fabrikgebäude. 1077R

Wichtig! Möbel, gebrauchte und verleihe gemelene, Kleiderständer 18,00, Bettstelle mit Federmatratze 17,00, Ausziehtisch 14,00, Stühle 2,00, Kommode 12,00, Kleiderständer mit Decke 18,00, Badstühl 8,00, Garderobenspiegel 33,00, Plüschgarnitur 65,00, geschmückte Säulenschranke, Bücherregale, Ankleideständer 65,00, Ausziehtische 16,00, Saiten-Schlafzimmer, pfeifen, 290,00, Herrenschreibtisch 28,00, Lederstühle 8,00, Herzzimmer, Speisezimmer, Standuhr, Federbetten, Stand 16,00, Saalteppich 20,00, bunte Kissen 55,00, Säulentrumeau 30,00. Gebe auch Möbel auf Teilzahlung. Sonntags geöffnet. Stargard, Lothringersstraße 69. 283/19

Musik.

Piano, großes, goldgravier, 115,-, Zornstraße 8 I. („Vorwärts“ liefern Rabatt). 82/15

Sprechmaschinen auf Teilzahlung, eine Mark wöchentlich, Reparaturen aller Systeme, Halberstraße 31. 425

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollenbung), gibt erprobener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts“. [

Klavierkursus. Etwa 20 Schülern Schneidmehode. Monatspreis 3,00, Klavierkursus frei. 20 Klavier. Musik-akademie Oranienstraße 147, Rorkplatz. 82/11

Verschiedenes.

Automobilnummer gesucht. Der Chauffeur, welcher am Dienstag, den 26. Juli, von 7-9 Uhr in Rixdorf, Rogatzstraße 15, mit Automobil Sachen abgeholt hat, wird gebeten, sich bei Georg Kerler, Rixdorf, Rogatzstraße 15, zu melden.

Barantawalt Bejel, Gilmann, Straße 94.

Chauffeur-Ausbildung, theoretisch und praktisch. Auto-, Flugtechnik. Tages-, Abendkurse. Vorwärts! Automobiltechnikum, Charlottenburg, Fritschestraße 27 n. 1052R

Technikum, Berlin, Reanderstraße 3 (Schinkel-Akademie). Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Ingenieurkurse, Lehrerkurse, Werkmeister-, Konturkurse, Innungsmeister-, Polierkurse, Architekturstudienkurse, Abendkurse. 1077R

Darstellende Geometrie, Maschinenzeichnen, Bauzeichnen, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 25, III rechts.

Wäsche wird sauber gewaschen, freieren reprodukt, Latex, Leibwäsche 0,10. Abholung Sonnabends. Frau Pantkrath, Köpenick, Müggelheimerstraße 40. 253/20

Vermietungen.

Wohnungen.

Prachtwohnungen Goldbierstr. 32. Stube und Küche, 18-25 Mark, Oranienstraße 2a. 110

Balkonwohnungen, 2 Stuben, Küche 33, 1 Stube, Küche 25, sofort, Kleine Markstraße 2. 168R

Zwei, Einzimmer-Wohnungen sofort, auch später Goldbierstraße 16.

Zwei, Einzimmer-Wohnungen sofort, auch später Sonnenburgerstraße 27. 137R

Mainsbergerstraße 17, an Vorhagenstraße, helle, renovierte Wohnungen sofort und Oktober vermielbar.

Zimmer.

Möbliertes Stübchen, Herr, Planufer 92, Unter Seifenstraße III, Lemmin. 788

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für Kleinmieten bei Kubert, Hufelandstraße 16, Gartenhaus II, am Friedrichshagen.

Schlafstelle, einzelnen Herrn, Driehstraße 35, vorn III rechts.

Möblierte Schlafstelle, Herr oder Dame, Drieh, Berderstr. 31, Niedenz.

Schlafstelle, freundliches Balkonzimmer, Bräunig, Rogatzstraße 130, vorn IV, Ausgang Gennigsdorferstraße. 1137

Mietsgesuche.

Handwerker sucht alleine Schlafstelle im Süden oder Südosten. Offerten mit Preisangabe erbeten unter T. 88, Postamt 16. 1285

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Marmorsteifer, tüchtige, auf Bauarbeit verlangt Marmor-Industrie d. Anort, Weihensee, Fallendergerstraße 7. 1255

Marmorsteifer, tüchtige, werden verlangt Marmorwerk Eder, Weihensee, Lehderstraße 74-76. 1089R

Waldereinhörer, welcher auch Glas schneiden kann, verlangen Gebr. Schniger, Ritterstraße 71. 1255

Wamsfeld auf Mädchenjackett, Mädchenmäntel, Eising, Gutsenstraße 40. 1137

Wamsfeld, nur tüchtige, glatte, schwarze Damenpaletots, 4,- bis 7,50, dauernde Beschäftigung im Hause, verlangt J. Holz, Oranienstraße 10, Konior. 1311

Arbeiterin auf Damenpaletots, Briefl, Schamneberstraße 63.

Reinigungsfrauen sofort gesucht Rixdorf, Berlinerstraße 41. 82/17

Reinigungsfrauen sofort verlangt Schützenstraße 24/25. 82/14

Botenfrauen werden verlangt Pringstraße 41. 82/15

Chirurgische Branche.

Tüchtige Metallarbeiter, Wärlter und Schreier, welche auf Chirurgie-Instrumente gut eingearbeitet sind, werden für dauernde und lohnende Beschäftigung nach Süddeutschland gesucht. Bewerber wollen sich persönlich vorstellen im Hotel Berolina, Landbergerstraße 50, Berlin, Sonnabend, den 30. Juli, von 5-7 nachmittags, Sonntag, den 31. Juli, von 9-11 vormittags, Montag, den 1. August, von 9-11 vormittags oder von 6-7 abends. Näheres zu erfragen, beim Hotelportier. 2912

Geivert wegen Differenzen:
 Bauschleier E. Kaselow, Rixdorf, Leipziger Str. 104.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Crisverwaltung Rixdorf.

Wegen Streit und Lohn Differenzen sind gesperrt:

Leistenfabrik Quast, Treptow, Karpentierstraße.
 Möbelfabrik Lukat, Dieffenbachstraße 35.
 Kelsch, Tischfabrik, Bruchstraße 32.
 Nordmächerei der Stralauer Glasfabrik.

Das Berliner Arbeitswilligenvermittlungsbureau d. geiben-Handwerker-Verbandes.
 Die Crisverwaltung Berlin d. Deutich. Holzarbeiterverband.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den

Die Berliner Genossen über den Disziplinbruch in Baden.

Die elf Generalversammlungen in Groß-Berlin, die sich, wie wir gestern schon in kurzen Vorberichten mitteilten, in der Hauptsache mit der Budgetbewilligung in Baden beschäftigten, dauerten teilweise lange über Mitternacht hinaus. Dennoch konnten nicht alle Versammlungen die Tagesordnung voll zu Ende führen, sondern mußten wichtige Punkte noch vertagen. Im allgemeinen wurde die vom Verbandsvorstande der Wahlvereine vorgelegene Resolution angenommen. Es charakterisiert aber die Empörung der Berliner Parteigenossen über den Disziplinbruch der badischen Abgeordneten, wenn man trotz des Ergebnisses der Abstimmung überall keinen Zweifel lieh, daß die vorgeschlagene Resolution dem Empfinden der Genossen noch nicht voll Ausdruck gab. In der Tat ist es in Berlin wohl noch nicht vorgekommen, daß hier — wo man die Einheitslichkeit der Aktion doch über alles schätzt — ein nicht unerheblicher Teil der Kreise zu einer Verschärfung der von den Parteinstanzen vorgeschlagenen Kundgebung überging. Von 7 Kreis-Wahlvereinen, die bisher gesprochen haben, gaben nicht weniger als 3, der erste, der sechste Kreis und Niederbarnim, ihrer Empörung noch besonders Ausdruck.

Bei der Wichtigkeit der Debatten glauben wir nicht umhin zu können, unseren Lesern heut noch ausführliche Berichte über die einzelnen Versammlungen geben zu müssen.

Sie mögen hier folgen:

Erster Wahlkreis.

Wie schon in der gestrigen Nummer unseres Blattes kurz erwähnt, war die Versammlung sehr gut besucht, woraus zu ersehen ist, wie sehr die letzten Ereignisse die Mitglieder in Spannung halten. Genosse Kunez als Referent erklärte in seiner Einleitung, daß es außerst wertvoll für ihn sei, gerade im ersten Kreise, dem Mitglieder aus allen Stadtteilen angehören, zu sprechen, da man somit von der Stimmung dieses Kreises auf die übrigen schließen könne. Auf den internationalen Kongreß eingehend, sprach Redner die Ueberzeugung aus, daß ohne Ausnahme alle Punkte, auch das Genossenschaftswesen glatt erledigt werden dürften. Nur in der Frage internationaler Solidarität werde man allerdings einigen Nationen, um ihnen ihre Verpflichtungen begründlich zu machen, den Kopf waschen müssen. Im Verlaufe seiner Besprechung der Parteitageaufgaben kommt Redner auf den Parlamentarismus und damit auch auf Baden zu sprechen. Zu einem „Rusterlande“, wie Baden scherzweise genannt wird, gehöre aber mehr, als was die Badenjer erreicht hätten. Er wolle die Budgetfrage recht kühl behandeln, vom organisatorischen, vom prinzipiellen und vom taktischen Standpunkte. Und da sei man mit einem Male außerhalb der Kantons-Politik, nicht mehr in Baden, sondern mitten im Deutschen Reich. In erster Linie müsse es heißen: ich beuge mich dem Organisationsstatut. Wenn der Parteitag, als höchste Instanz, gesprochen hat und ich füge mich nicht, dann scheid ich innerlich aus der Partei aus, auch wenn ich äußerlich noch dazu gehöre. Nun sagen Kolb und Genossen: das, was wir getan, war ja nur ein nebenhändlicher Verstoß gegen die Taktik. Ja, wodurch werde denn die Taktik festgelegt? Doch durch den Parteitag! Der generelle Beschluß in der Budgetfrage liege vor, deshalb sei die Sache sehr ernst aufzufassen. Wenn man von Feinden rings umstellt sei, dann müsse man Disziplin üben, wer hier versagt, versage vor dem Feinde. Die Handlung komme Berrat gleich, wenn sie bewußt geschehen sei. Hier seien die Wurzeln der Ersting der Partei angefaßt, hier sei eventuell Verhängung der schwersten Parteistrafe am Platze. Was solle man sagen, wenn dies alles schon geschehe, weil der Großherzog von Baden persönlich ein guter Mann sei und ein famoser Minister in der Sozialdemokratie einen berechtigten Kern finde. Ihm deshalb schon den Bruderhalm zu geben, sei jedenfalls fatal. Nein, unsere badischen Abgeordneten wollten eben bündnisfähig bleiben, wollten die Blodbrüder als Bundesgenossen behalten und von diesen bei den nächsten Wahlen nicht im Stich gelassen werden, ja sie wollten vorbildlich für das Reich wirken. — Wie siehts denn nun mit den Prinzipien? Gehört Baden nicht auch zum Klassenstaat? Sind wir in Deutschland in mancher Hinsicht nicht schlimmer daran als die Untertanen des Zaren in Rußland? Wir sind Republikaner und müssen es sein! Was sei denn nun eigentlich in Baden an Erobtaten erreicht? Am Tage vor der Budgetbewilligung sei eine schlechte Gemeindeordnung mit einem elenden Wahlrecht bewilligt worden. Man vergleiche das badische Schul- und Steuerwesen mit unseren grundständlichen Forderungen! So siehe es auf allen programmatischen Gebieten. Das Programm der Genossen in Baden ist unfer aller Programm. Sie aber handeln gerade so, als sei es ein Fremdkörper in ihrem spezifisch badensischen Organismus. Wir wollen im Klassenkampf treu zu unserer Fahne stehen, ja wir müssen es bei Strafe des Untergangs, nur dann können wir auf Sieg rechnen! — (Großer Beifall.)

Reinhardt: Was die Resolution des Zentralvorstandes sage, stehe ja schon längst fest. Die Badenjer Lachen uns ja bloß aus, sie machen ja doch was ihnen paßt. Er erinnere nur daran, wie sich die süddeutschen Genossen in Nürnberg gezeigt haben; man habe nicht mehr gewußt, ob man überhaupt noch mit Sozialdemokraten zusammen sei. Die Badenjer ständen nicht mehr allein. Der größte Fehler liege bei der Kasse, die jedem Doktor, der zu uns komme, entgegenjubele und ihm gleich ein Reichstagsmandat präsentiere. Das sehe man an Maurenbrecher, der heute noch nicht Sozialdemokrat sei. Der Parteitag mag die Resolution annehmen, in kurzer Zeit machen die Genossen doch wieder was sie wollen.

Publik: Er sei einverstanden mit der Resolution bis auf den Schlusssatz. Vorkehrungen seien schon öfter getroffen worden und doch hätten wir immer Disziplinbrüche zu verzeichnen. Die Erklärung der 88 in Nürnberg war eine Ohrfeige für den Parteitag. Dieser hat es ruhig hingelassen, ergo sei er schuld an den jetzigen Ereignissen. Der Disziplinbruch sei bewußt geschehen, deshalb gäbe es nur eins: Ausschluß aus der Partei. In Berlin habe man schon oft wegen geringerer Vergehen ausgeschlossen. Die Kasse fehle bald zur Ueberzeugung zurück, wenn die Ausgeschlossenen ohne den Nimbus der Partei dastehen.

Woldt: Er spreche für die Resolution. Diese sei aus denselben Erwägungen, die der „Vorwärts“ und auch Mehring zum Ausdruck gebracht haben, diktiert worden. Wir wollen uns die jetzige Situation nicht durch diesen Vorfall vermannen lassen. Die Resolution kennzeichnet unseren Standpunkt scharf, verhilft aber zugleich, daß die Badenjer sich als Märtyrer ihrer Ueberzeugung hinstellen können. Gegenstände seien vorhanden, doch könne man mit Verbiegung sehen, daß die Badenjer in ihrem Vorgehen so ziemlich allein in der Partei stehen. Er bitte, die Resolution, die alles sage, anzunehmen. In Magdeburg werde man den Badenjern den Standpunkt mit aller Schärfe klar machen.

Gutmann: Die Situation, die die Badenjer geschaffen hätten, sei einzig in der Parteigeschichte. Man solle doch endlich davon abkommen, immer Ruhe und Frieden zu rufen, sondern einmal energisch vorgehen. Die Mühsarbeit höre sonst niemals auf. Man solle nicht nur gegen kleine Genossen schmeißig vorgehen, sondern auch gegen die Großen. Alex Bloch vertritt denselben Standpunkt und meint, daß die Revisionisten in der Partei radikal, die Radikalen aber flau seien. Die Badenjer können ja ruhig alles tun, sie wüßten ja,

daß ihnen nichts geschehe. Der Herausgeber der „Sozialistischen Monatshefte“ trete für Schutzgälle ein usw., Maurenbrecher, Quessel und andere tanzten ebenfalls Extratouren. Die Partei solle endlich mal ein Rechtswort sprechen. Diese Genossen dürften nicht länger in unseren Reihen bleiben. Dr. Friedberg und andere habe man ausgeschloffen und mit Recht: sie waren keine Sozialdemokraten mehr. Dasselbe treffe aber auch auf andere zu. Gleiches Recht für alle. Das mindeste sei, daß die Badenjer ihre Ämter niederlegten.

Körsten: Alle seien sich in der Beurteilung der Badenjer einig, um so mehr, als ihr Vorgehen gerade in die jetzige Situation falle, die zu den besten Hoffnungen berechtigt. Man solle sich aber hüten, auf eine Dummheit eine zweite zu setzen. Die Dinge würden nun einmal in Süddeutschland anders aufgefaßt. Man sehe ja, wie sich die badischen Parlamentarier überall in ihren Kreisen Vertrauensvoten holen. Er rate, kaltes Blut zu bewahren. Wir sollten uns fragen, ob wir den betreffenden Genossen nicht einen Gefallen täten mit unserm scharfen Vorgehen. Keinem von uns kann etwas daran liegen, eine Spaltung herbeizuführen. Täuschen wir uns nicht, es sieht mehr auf dem Spiele als einige Personen. Es seien auch schon Radikale zu Hofe gegangen, da habe man sich weniger aufgeregt. Wir sollten uns unsere Position nicht verderben lassen, ganz besonders nicht, wo heute zwischen Partei und Gewerkschaften eine erfreuliche Einigkeit bestehe. Mehring habe die Lage richtig geschildert, man solle den berufenen Faktor entscheiden lassen: den kommenden Parteitag!

Dr. Sohn: Würden Worte töten, dann wären die Badenjer sicher schon tot. Sachlich stimme er den Genossen, die sich entrüsten über die Efeleien der Badenjer, vollkommen bei. Selbst vom Standpunkt der Badenjer hätten sich die badischen Abgeordneten höchst dumm benommen; sie hätten sich viel zu billig weggegeben im Hinblick auf das, was sie erreicht haben. Sie hätten sich Beuten an den Hals geworfen, die sie gar nicht gesucht hatten. Aber er müsse auch fragen: muß denn jeder süddeutsche Rückenstich in Norddeutschland immer gleich zum schärfsten Erzeh verführen? Im Verhältnis zu dem großen Norddeutschland sei das badische Vorkommen doch nur ein Juden. Könne man denn das Ausschließen nicht immer noch dann vornehmen, wenn es uns paßt? Verstaft müsse ein derartiger Disziplinbruch werden, das Wie sei aber eine Frage der Taktik. Es wäre ein großer Fehler, wollte man die Delegierten mit dem strikten Auftrag, für den Ausschluß zu stimmen, nach Magdeburg schicken. Der Revisionismus der „Sozialistischen Monatshefte“ werde wieder weit gemacht durch den Radikalismus des Genossen Bloch. Er, Redner, habe die Ueberzeugung, daß der diesjährige Parteitag klipp und klar auszusprechen werde, was sein soll, und diesmal keine Erklärung zugelassen werde. Alles weitere werde davon abhängen, wie die Badenjer sich in Magdeburg benehmen.

Kunze: Es wäre besser gewesen, die Resolution Frohme wäre damals angenommen worden. Jetzt mache man aber den Badenjern den Vorwurf, daß sie nicht nach der Resolution Frohme gehandelt hätten. Wenn wir eine Mainlinie ziehen wollen, dann ziehen wir aber einen Riß durch ganz Preußen. Allerdings müßten Beschlüsse gehalten werden. Warum habe man denn die Erklärung der 88 ruhig eingestekt? Kein Gewerkschaftskongreß ließe sich so etwas gefallen.

Woldt wendet sich gegen die Bezeichnung „Revisionist“ seitens Bloch. Wenn er Revisionist sei, dann sei es fast die ganze Partei. Er wende sich nur gegen einen Scheinradikalismus à la Bloch. Der Ausschluß der Badenjer würde eine Spaltung bringen. Wenn es zu einer solchen komme, dann wollten wenigstens wir Norddeutschen sie nicht herbeiführen. Auch er schließe sich Mehring an, der gewiß nicht im Verdachte des Revisionismus stehe und bitte, die Resolution anzunehmen.

Wittner wendet sich gegen Körsten. Wer Fran! kenne, wisse, daß zwei Seelen in ihm wohnen. Er betrachte die Sache wie ein Geschwür, das man immer wieder heilen wolle. Dabei kommen wir auf den Freisinn und die schiefe Ebene.

Nachdem noch Referent Kunez in seinem Schlusswort einige Punkte richtiggestellt hatte, wurde die Resolution bis auf den letzten Absatz einstimmig, dieser gegen 8 Stimmen, angenommen. Ferner nahm die Versammlung noch folgendes Amendement Gutmann mit 80 gegen 88 Stimmen an:

„Die Versammlung erklärt, daß sich die badische Fraktion mit ihrem Verhalten außerhalb der Partei gestellt hat. In Rücksicht darauf, daß Parteitage von Nürnberg usw. den Organisationen die Pflicht auferlegt haben, Lokalorganisierte wegen Vergehens gegen die „gemeinschaftliche“ Disziplin auszuschließen, ist es keinesfalls zu umgehen, daß bei so absichtlicher Durchbrechung der Parteidisziplin auch hier die letzten Konsequenzen gezogen werden.“

Als Delegierter wurde Woldt mit 73 Stimmen gewählt.

Zweiter Wahlkreis.

Die Genossen des zweiten Kreises hatten ihre sehr stark besuchte Versammlung im großen Saal der Wobrauerei am Tempelhofer Feld.

Genosse Richard Fischer führte in seinem Referat aus: Mit einem Gefühl der Freude und der Hoffnung und mit einem gewissen Siegesbewußtsein haben wir dem Parteitage entgegen. Denn die politische Situation habe sich so gestaltet gehabt, daß die Aussichten für die Partei die allergünstigsten waren. Alle Voraussetzungen für den Verlauf eines agitatorisch wirksamen Parteitages seien gegeben gewesen. Da kam, wie ein bürgerliches Blatt richtig sage, eine Bombe mitten in diese Situation hineingeflogen, die Bombe der badischen Budgetbewilligung. Weiter die Teilnahme einer Anzahl badischer Genossen an der letzten Sitzung des Landtages und die Delegation von zwei Genossen zur Silberhochzeit des Großherzogs, also eine förmliche Huldigung vor der Monarchie. Jeder dieser Punkte allein könne uns den Appetit verderben. Was wir so besonders bedauerlich, sei das Frivole des Disziplinbruchs, wofür keine Notwendigkeit und so gut wie keine Entschuldigung erkennbar sei. Die Sozialdemokratie sei immer stolz darauf gewesen, daß in ihr eine Disziplin herrsche, wie in keiner anderen Partei. Nach allen Meinungskämpfen hätten wir immer sagen können, wir seien Brüder, eine einzige gefühlvolle Bruderpartei. Das sei seit der Einigung von 1876 gewissermaßen ein Wahrzeichen der Partei gewesen. Darum sei der Disziplinbruch der badischen Genossen an dem Nürnberg Beschlusse über die Budgetabstimmungen um so bedauerlicher, weil er begangen sei nicht aus Rücksicht auf die Partei, sondern aus gewisser Rücksichtnahme auf die Gegner. Schon in Nürnberg habe Fran! gesagt, man könne sich keine Marschrouten vorschreiben lassen, weil bei ihrer Befolgung die Gegner und ausländen würden. Es sei ja begreiflich, daß der Nürnberg Beschlusse den Genossen nicht angenehm war; vielleicht sei er auch in der Form nicht der beste gewesen. Aber er sei für die Genossen bindend, so lange er bestand. Redner gab dann einen Ueberblick über die Behandlung der Budgetfrage auf den verschiedenen Parteitag. In Nürnberg sei dann festgelegt, daß als Ausnahme von der Regel der Ablehnung des Budgets nur zugelassen werden solle der Fall der Zwangslage, daß durch eine Verweigerung des Budgets ein etwas besseres Budget zu Fall käme und statt dessen ein schlechteres angenommen würde. Eine Stimme in der Presse sage, die Badenjer hätten der Meinung sein können, daß, wenn man gegen das Budget stimme, die Regierung und die Parteien ein späteres Budget schlechter gestalten könnten. Das sei aber eine derartige Tisflei, daß kein Wert gelegt werden könne

auf diese Stimme in der „Dressener Volkszeitung“. Das Charakteristische sei, daß die gesamte Parteipresse mit Ausnahme von sehr wenigen Stimmen, man könne sagen: die ganze Partei sich einig sei in dem Bedauern über das Verhalten der Badenjer und in der Mißbilligung desselben. Die Erklärung Fran!s bei der diesmaligen Budgetzustimmung lasse einen Hinweis darauf vermissen, daß die Abstimmung kein Vertrauensvotum sein solle, welche Erklärung bei der früheren Budgetzustimmung abgegeben worden sei. Das fall! auf. Diesmal habe eben die Zustimmung in gewissem Grade ein Vertrauensvotum sein sollen, insoweit, als die politische Stellung des Großblocks in Betracht kam. In der diesmaligen Erklärung sei die Budgetablehnung als eine Demonstration bezeichnet worden, auf die man mit Rücksicht auf besondere politische Verhältnisse verzichte. Wie komme aber eine Faktion dazu, ohne Grund zu erklären, was ein Parteitag beschloffen habe, sei eine leere Demonstration und man verzichte darauf, eine solche Demonstration hier zu machen? In Nürnberg hätten jene Genossen erklärt, sie seien für die Resolution Frohme, worin gesagt wurde, daß, wenn der Gedanke aufkäme, man solle für das Budget stimmen, die Landtagsfraktion gehalten sein solle, mit dem Landesvorstand und dem Parteivorstand in Verbindung zu treten. Man hätte glauben sollen, daß man das gegenüber dem viel entschiedeneren Nürnberg Beschlusse tun würde. In der Presse hieß es, das sei nicht geschehen, weil der Beschluß, nicht für das Budget zu stimmen, von einem Tage zum anderen umgestoßen worden sei. Redner schildert die Vorgänge in Baden, wie sie durch die Presse bekannt geworden sind, und meinte, es sei nicht erfindlich, wieso in der Aeußerung des Ministers Wohman in der Ersten badischen Kammer ein Grund liegen solle, entgegen einem Parteitagbeschlusse dem Minister ein Vertrauensvotum zu geben. Darauf komme es an. Eine Anerkennung der Gleichberechtigung liege darin auch nicht, wenn er erklärte, es sei berechtigt, daß man die Sozialdemokratie zur Mitarbeit heranziehen müsse, daß man aber ihre gegen die Monarchie und die Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen bekämpfen müsse. Die Aeußerung lasse erkennen: er ziehe sie heran, wenn sie gewillt seien, ihr antimonarchisches und antikapitalistisches Programm aufzugeben. Eine andere Auffassung sei doch nicht möglich. — Uebrigens treffe für eine Reihe der Beteiligten der Wechsel der Ansicht von einem Tage zum anderen nicht zu. Redner geht auf verschiedene Artikel Kolbs ein, gegen die er sich wendet, indem er zugleich der badischen Landtagsfraktion für ihre Tätigkeit und ihr geschicktes Wirken im Landtag seine Anerkennung ausspricht. Aber selbst das alles anerkannt, müßte er doch sagen, es sei eitel Eberde, wenn gesagt worden sei, man würde sich in Baden um die Erfolge der letzten 10 Jahre und um Einfluss und Ansehen gekümmert haben, wenn man gegen das Budget gestimmt hätte. Die Sozialdemokratie in Baden sei gewachsen, weil die Sozialdemokratie im ganzen Reich gewachsen sei. Die Partei in den einzelnen Ländern habe immer für sich das Gewicht der ganzen deutschen Bewegung. Es sei auch nicht wahr, daß die Sozialdemokratie ihre Tätigkeit in irgendeinem Parlament als reine Agitationsarbeit betrachtet habe. Ueber die Idee eines Großblocks, wie sie in Baden vertreten worden sei, könne man verschiedener Meinung sein. Er habe sich im Verdacht, daß er gegen das Zentrum genau so gehandelt hätte, wie die badischen Genossen, wie er auch der Meinung sei, daß wir die Aufgabe hätten, den reaktionären Block zwischen Zentrum und Konservativen zu brechen. Die Frage sei nur, wie das geschehen solle. Er glaube nicht daran, daß die Voraussetzungen dafür im Reich gegeben seien, wie in Baden. Uebrigens müßten die badischen Genossen auf der Hut sein, daß es ihnen nicht gehe wie den Freisinnigen im Reich, daß sie nicht den Fußtritt erleiden. — Was sei nun zu tun gegenüber dem Disziplinbruch der badischen Genossen? Ueber die Frage der Budgetabstimmung müßten die Genossen aus Baden erst auf dem Parteitage offiziell gehört werden. Es sei ja möglich, daß sie eine falsche Auffassung hätten. Schärfer noch als die Stellungnahme zum Budget beurteile er die Delegation aus Anlaß der Silberhochzeit des Großherzogs. Er sei kein Buchstabenmensch. Er mache kein Hehl daraus, daß er es als Fehler betrachte, sich von der Annahme der Stellung als Vizepräsidenten im Parlament abschrecken zu lassen durch die sogenannten höflichen Verpflichtungen. Er würde keine unangenehme Empfindung haben, wenn er in solchem Amte in die Lage käme, sich bei Wilhelm II. vorstellen zu müssen. Unangenehm könnte es höchstens demjenigen sein, der die Sozialdemokratie für eine Horde von Menschen erklärt habe, die nicht würdig sei usw., wenn er gezwungen wäre, in Folge der zunehmenden Macht der Sozialdemokratie einen ihrer Angehörigen zu empfangen. Wenn ein Sozialdemokrat in dieser Lage komme, höre die höfliche Verpflichtung auf. Schon weil er sich das sage, wäre er dafür, solche Amter anzunehmen. Hierbei gehe er von dem Standpunkt des gleichen Rechts aus. Etwas ganz anderes sei es, ob man als Sozialdemokrat an einer monarchischen Huldigung oder Feierteilnahme, wo man nicht derjenige sei, der das Recht habe, sondern eine Reberetng erweise, eine Huldigung, worin eine Anerkennung des monarchischen Prinzips liege. Deshalb schäme er sich des Beschlusses der badischen Kammerfraktion, zur silbernen Hochzeit zwei Mitglieder des Kammervorstandes zu entsenden. Ein Sozialdemokrat habe dabei nichts zu tun.

Was müßten wir nun tun, um Disziplinbrüche der vorliegenden Art, für den bis jetzt keine Rechtfertigung vorliege, für die Zukunft zu verhindern. Es sei gesagt worden, man müßte die Genossen hinauswerfen. (Sehr richtig!) Er höre: „Sehr richtig!“, aber das sei leichter gesagt, als getan. Einmal strehe noch nicht alles fest, um ein abschließendes Urteil zu fällen. Man müsse die Leute erst hören und es den auf dem Parteitag versammelten Delegierten überlassen, so zu entscheiden, wie es das Interesse, das Ansehen und die Ehre der Partei gebieten. (Zwischenruf: Ausschließen.) Ja, wenn sich nun die badischen Genossen auf den Standpunkt der Fraktion stellen? (Zwischenruf: Dann sollen sie eine Sonderpartei bilden!) Es sei sehr leicht, einen Beschluß zu fassen. Wissen Sie denn aber, ob die Genossen die Absicht hätten, die Partei zu schädigen? (Auf: Kolb.) Das anzunehmen, habe ich keinen Grund. Er gebe ihm das Recht, zu sagen: ich handele so, um der Partei zu nützen. Wenn wir Beweise hätten, daß Genossen in einer Absicht der Parteischädigung handelten, dann allerdings: fort mit ihnen. („Programmverletzung“) Aber lieben Leute, wir sind doch keine katholische Kirche und haben keine Glaubenssätze, noch Leich- und Aufhehrichtungen. Wir hätten mit Männern zu tun, die sehr lange bei uns seien und von denen wir voraussehen müßten, daß sie es im Interesse der Partei seien. Sie könnten ja auch Verantwortung gehandelt haben. Wie können wir sie zur Disziplin zurückbringen? So sei zu fragen. Durch einen Ausschlußantrag könnten nur die übrigen Süddeutschen an die Seite der Badenjer gerieben werden. Er habe allerdings allen Muthen, daß sie in Magdeburg keine Solidaritätserklärung für sie abgeben würden. Aber sehr milde Richter würden sie ihnen sein. Solchen Muthen, die er ja an sich verheißt, könne man nicht folgen. Er habe das Vertrauen zu dem Parteitag, daß er nach Anhörung der Badenjer den rechten Weg schon finden werde, um eine Wiederholung solcher Vorfälle zu verhindern. Er empfehle deshalb die Resolution des Vorstandes der Organisation von Groß-Berlin. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Diskussion wurde durch Wüchel eröffnet. Eine Auseinandersetzung mit den Revisionisten habe früher oder später kommen müssen. Die badischen Genossen hätten sich außerhalb der Partei gestellt. Die Groß-Berliner Resolution sei lenkend. Er schlage deshalb vor, die Resolution Stadthagen anzunehmen, die in Niederbarnim angenommen ist.

Reimann und Dr. Alfred Bernstein schlagen eine Resolution vor, die nach scharfer Würdigung des Verhaltens der Genossen im badischen Landtag vorschlägt, der Parteitag möge den Ausschluß der Betreffenden beschließen.

Dr. Bernstein wendet sich gegen einige Ausführungen Fischers und verteidigt die Auffassung, daß die Wadenfer uns mit Absicht provozieren wollten. Schon in Nürnberg hätten sie kundgegeben, daß sie auf den Beschluß pfiffen. Die Idee des großen oder kleinen Blochs sei eine Utopie. Bei den letzten Reichstagswahlen 1907 hätten sich die Freisinnigen in ihrer ganzen Größe gezeigt. Wenn an das hurrarantistische Gefühl appelliert werde, dann ständen alle bürgerlichen Parteien gegen uns. Die Frage der Budgetbewilligung sei eine prinzipielle. Die Bewilligung dürfe nicht ausgesprochen werden. Ob ein Ministerium darüber fürze und welches, sei ganz gleichgültig. Aber auch die Delegation zur Silberhochzeit usw. sei aufs schärfste zu verurteilen. Nach reichlicher Ueberlegung habe er seinen Namen unter die Resolution Reimann gesetzt. Erst wenn wir unsere Reihen gesäubert hätten, könnten wir daran denken, bei den Wahlen Erfolge zu erzielen. (Lebhafter Beifall.)

Reimann tritt für seine Resolution ein. Es sei nicht anzunehmen, daß die württembergischen und bayerischen Genossen den Wadenfer in der bürgerlichen Verberzierung ihres Großherzogs folgen würden. Wenn auch die Resolution Stadthagen besser sei als die des Zentralvorstandes von Groß-Berlin, so sage sie doch auch nicht, was er wolle, während seine (des Redners) Resolution die letzte Konsequenz ziehe.

Stadthagen: Einem großen Teil des ersten Teils der bisherigen Ausführungen könne er zustimmen. Er gehe aber nicht auf die Einzelheiten ein. Er lasse beiseite die Frage der Hofgänger, die Frage, ob ein Budget zu bewilligen sei oder nicht, auch gehe er nicht ein auf die Frage des Abschlusses von Bündnissen usw. Er halte sich lediglich an den Disziplinbruch und daran, was die Partei hier zu tun habe. Die Resolution des Vorstandes sei nicht tragend. Die Schlusssätze der Resolution bedeuteten: wir haben kein Mittel gegen das Vorkommis, aber in Zukunft dürft ihr nicht wieder so vorgehen. In der Tat komme es ihm so vor, als fürchte man sich. Das scheint auch aus den letzten Worten Fischers hervorzugehen. — Im übrigen verteidigt Redner den Standpunkt, der schon aus dem Bericht über die Versammlung in Riedern bekannt ist. Der wesentliche Unterschied zwischen seiner Resolution und der des Zentralvorstandes sei der, daß seine Resolution ganz besonders betone, daß vor allen Dingen Disziplin halten müßten die Genossen, die in Vertrauensstellungen seien. Es müsse der Mut und die Selbstüberwindung verlangt werden, mit seinen Gefinnungsgenossen auch dann zu stimmen, wenn man glaube, sie haben geirrt, die oberste selbstgeschaffene Parteiinstanz den vermeintlichen Irrtum aber für das Richtige halte, das fordere die Demokratie und das Lebensinteresse jeder gewerkschaftlichen und politischen Partei. Nicht die Fraktionen, sondern der Parteitag habe zu bestimmen. Die Resolution auf Ausschluß aus der Partei bilde er nicht anzunehmen, da sie eine brave, christliche Verständigung erschweren könnte. Redner fand lebhaften Beifall.

Genosse E. Dittmar ist für die Resolution des Vorstandes, die den Weg einer Verständigung offen lasse und von der die Resolution Stadthagen eigentlich wenig abweiche. Durch Annahme eines Ausschlußantrages auf dem Parteitag würde in Süddeutschland nicht nur unsere politische Bewegung, sondern auch die gewerkschaftliche Bewegung auf Jahre hinaus gehemmt, zum mindesten gewaltig erschwert werden. Der Parteitag müsse ausprechen, daß solche Disziplinlosigkeiten nicht mehr vorkommen dürften. Darüber hinaus möge sich dann der einzelne vor Augen halten, ob er die Beschlüsse halten und bei der Partei bleiben wolle oder nicht.

Clarius spricht für die Resolution Reimann—A. Bernstein als der schärfsten aus den Gründen der beiden Antragsteller.

Emmanuel Wurm: Er sei auch gegen die Ausschlußresolution. Er halte den Zwischenfall in Baden nicht für eine vorübergehende Erscheinung, die man mit einem Rufe, wie einen kranken Jahn, durch Ausziehen beseitigen könne. Er sehe etwas Schlimmeres darin. Nämlich das Resultat einer jahrzehntelangen Bäharbeit, eine Frucht des Revisionismus. Die Artikel in der badischen Presse und die Zustimmung der Organisationen in Baden zeigten, daß es sich um mehr handele als um das angebliche plötzliche Ereignis. Den Dingen müßten wir in das Auge sehen. Was tun? Auch er meine, daß die Resolution Stadthagen nicht mehr sage als die des Zentralvorstandes. Diese treffe das Richtige. Falls, wie er behauptete, Koll und Frank sagen würden, sie würden doch weiter so handeln, dann liege auch in der Resolution des Zentralvorstandes, daß der Parteitag sagen müsse: Dann gehört ihr nicht zu uns, dann geht hinaus. — Nachdem Redner noch einen Artikel Dr. Blochs in den „Soz. Monatsheften“ für seine Auffassung des revisionistischen Ursprungs der badischen Vorgänge herangezogen hatte, empfahl er unter lebhaftem Beifall, die der Stadthagenischen gleichbedeutende Resolution des Zentralvorstandes anzunehmen, um so die Einheitlichkeit innerhalb Berlins zu wahren. (Lebhafter Beifall.)

Am Mitternacht wurde ein Schlußantrag angenommen. Es folgten einige persönliche Bemerkungen und das Schlußwort des Genossen A. Fischer. In diesem betonte er u. a., Bloch nehme doch niemand ernst, der sei seit Jahren nationalliberal. Darauf wurde die Resolution des Zentralvorstandes gegen etwa 20 Stimmen angenommen. Die anderen Resolutionen waren damit erledigt.

Zum Parteitag wurden delegiert die Genossen Schwemke, Raichmann, Franke, O. Baader und als Ersatzmann der Genosse Reimann.

Als Delegierte zur Provinzialkonferenz wurden die Genossen Appel, Raeder und Schimelpennig, sowie Siemer als Ersatzmann gewählt.

Dritter Wahlkreis.

Der Wahlverein des dritten Kreises versammelte sich im Gewerkschaftshause, wo Genosse Ströbel einen Vortrag über den bevorstehenden Parteitag hielt. Der Redner hob einige Aufgaben des Parteitages besonders hervor. Dann ging er zur Frage der Budgetbewilligung über. Man wolle anerkennen, daß die badischen Genossen aus bester Ueberzeugung handelten, aber jene hätten auch und zuerst anerkennen müssen, daß ihre Gegner aus bester Ueberzeugung den Nürnberger Beschluß gefaßt haben und daran waren die Parteigenossen gebunden. (Sehr richtig!) Die Genossen im badischen Landtag schienen den Klassenkampf, sie treiben die Politik des Entgegenkommens, um die Regierung und die bürgerlichen Parteien günstiger zu stimmen. Dafür haben wir kein Verhängnis! (Zustimmung.) Sie gingen sogar unter Aufsicht zweier Jeremiasmeister zu dem Schlußakt der Ständerversammlung, die als ein höfliches Schaustück aufgeführt wurde. Der Redner verließ unter großer Heiterkeit der Versammelten das Jeremiasche Einladungs schreiben. (Zuruf: Das reine Postheuer!) Wir spotten sonst über die Ordensverleihungen an die Freisinnigen (Zuruf: Kriegen auch bald Orden!) und über ihre Zufriedenheit mit den kleinsten Zugeständnissen, und doch ist dergleichen bei ihnen ganz natürlich, denn sie sind keine Gegner der Monarchie und der damit verbundenen Einrichtungen. Aber wir sollten vorsichtig mit dem Spott sein, wenn wir bei unseren Genossen Zustände sich entwickeln sehen wie jetzt in Baden. Woher sollen wir den Mut nehmen zur Kritik der Gegner, wenn die Politik des Entgegenkommens bei uns Fortschritte macht? (Sehr richtig!) Mit der diplomatischen Schlaubeit kommen wir nicht weit. Wir sind so groß und stark geworden, weil wir die Interessen der Massen vertreten. (Lauter Beifall.) Die Gegner vertreten die Interessen bestimmter kleiner Kreise. Vergleichen wir auf große radikale Reden, dann können wir auch keine großen radikalen Reden mehr halten und von den Tribünen der Parlamente aus keine Agitation mehr entfalten. (Zustimmung.) Wir sind Republikaner, wir sind Aufklärer, uns kann die Diplomatie nichts nützen. Unsere Aufgabe muß sein und bleiben: die zielbewußte Sammlung aller

entrechteten Massen im Volke! (Lauter Beifall.) Der Redner forderte zum Schluß seiner Ausführungen, daß der Parteitag den 17 Mitglieder der badischen Landtagsfraktion die schärfste Abgabe wegen ihrer Klassenkampfeindlichen Politik zuteil werden lasse. Die Versammelten gaben zu dieser Forderung lebhaft ihre Zustimmung zu erkennen, erhoben aber vielfach Widerspruch, als Redner die gedruckt vorliegende Resolution des Zentralvorstandes zur Annahme empfahl, die vielen Genossen zu milde gehalten war. Ströbel erklärte, daß man den badischen Genossen Zeit gönnen müsse, sich wieder auf ihre Pflichten zu besinnen, daß es kein Zeugnis von Schwäche sei, wenn man den Genossen gegenüber Toleranz übe, und daß man den großen Wahlkampf gemeinsam mit ihnen führen wolle.

In der Diskussion nimmt zuerst Genosse Wobus das Wort, um eine Resolution zu begründen, in der er fordert, daß der Magdeburger Parteitag den badischen Genossen nicht nur einen scharfen Tadel ausspricht, sondern dafür sorgt, daß die betreffenden Abgeordneten das höchste Ehrenamt, das die Partei zu vergeben hat, nicht mehr bekleiden dürfen. Die Resolution des Zentralvorstandes sei weder frisch noch frisch, man müsse bestimmt aussprechen, was zu geschehen habe, wenn Beschlüsse des Parteitages so mißachtet werden. Solche Sozialdemokraten wie in Baden müßten sich ja vor Demoralisation von Dreiklassenrichtung verteidigen. Der Redner bittet die Versammelten, seine Resolution anzunehmen. (Beifall.)

Dagegen wendet sich Genosse Hysch, der die erste Resolution verteidigt und besonders auf den letzten Satz derselben hinweist. Es sei Sache des Parteitages allein, daß er Vorkehrungen trifft, um seinen Beschlüssen unter allen Umständen Geltung zu verschaffen. Die Entscheidung, was zu geschehen habe in dieser wichtigen Angelegenheit, sollte nicht in einer Wahlvereinsversammlung, sondern auf dem Parteitage gefaßt werden, das sei der ganzen Sachlage angemessener.

Auch Genosse Behrmann tritt für die erste Resolution ein und mahnt die Wichtigkeit eines geschlossenen Vorgehens bei den bevorstehenden großen Wahlen nicht zu vergessen. Sehr bedauerlich sei es, daß die Parteigenossen in Baden selbst nicht energisch gegen die Haltung ihrer Führer protestieren. Der Redner fürchtet, daß das Vorgehen der badischen Genossen in Bayern Nachachtung finden könnte; er warnt vor übereilten Beschlüssen, um die Gefahr einer Spaltung nicht heraufzubeschwören. Man habe die Pflicht, so vorzugehen, wie es das Interesse der gesamten Partei erfordert; das müsse von allen Genossen verlangt werden. Die erste Resolution sollte einstimmig angenommen werden.

Als Süddeutscher (aus Schwaben) stellt sich Genosse Werner vor, der sich ebenfalls für die erste Resolution erklärt und das Verhalten der Wadenfer verurteilt.

Genosse Krielle legt zu der ersten Resolution ein Amendement vor. Er wünscht darin, daß den Delegierten des dritten Kreises die Pflicht auferlegt werde, den schärfsten Maßnahmen des Parteitages gegen die badischen Genossen zuzustimmen.

Genosse Schneider behauptet, daß auf den Parteitagen so oft dergleichen innere Streitigkeiten zum Austrag kommen; die Genossen würden angewöhnt davon. Die Mehrheit könne sich das Recht nicht nehmen lassen, Respekt vor ihren Beschlüssen zu verlangen und darin müsse sich die Minderheit fügen.

Die Genossin Frau Steinopf betont, daß die Beschlüsse in der Partei auch für die Führer maßgebend und bindend seien. Wie schwer würde es bei jedem Arbeiter in der Gewerkschaft wie in der Partei verurteilt, wenn er sich über die Beschlüsse seiner Genossen hinwegsetze. Wir brauchen keine Diplomatie und Hofgänger, wir könnten auf unsere Kraft bauen; der Klassenkampf habe uns groß gemacht, ihn sollten wir fortführen und nicht davon abbringen lassen. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wurde angenommen.

Genosse Ströbel machte dann noch einige Ausführungen gegen die Resolution von Wobus und gegen das Amendement von Krielle. Man solle es ruhig dem Parteitag überlassen, bestimmte Beschlüsse zu fassen, die den Parteinteressen förderlich sind. Er empfahl nochmals die erste Resolution, die dann auch unter Ablehnung der anderen Anträge mit großer Mehrheit zur Annahme gelangte.

Die Wahl der Delegierten zum Parteitag fiel auf die Genossen Julius Rittig und Gustav Küller. Als Ersatzmann wurde Gottfried Schulz gewählt.

Die nächsten Punkte der Tagesordnung wurden der vorgelegten Zeit wegen vertagt und sollen in der Versammlung am 2. August zur Erledigung kommen.

Vierter Wahlkreis.

Die Generalfammlung tagte, wie immer bei solchen Gelegenheiten, in Kellers Festsaal in der Koppentstraße, dem größten Saale des Oflens und Subofens. Etwa 4000 Genossen und Genossinnen nahmen an ihr teil.

Genosse Vorgan hielt das Referat über den bevorstehenden Parteitag in Magdeburg. Der Punkt 8 der Tagesordnung: „Parlamentarische Berichte“ wurde diesmal einen besonderen Charakter gewonnen, da sich herausgestellt hat, daß die Tätigkeit unserer Abgeordneten in den Parlamenten der einzelnen Bundesstaaten in den Kreisen der Erörterungen gezogen werden müsse. So haben unsere Vertreter im badischen Landtag kürzlich wieder eine Stellung eingenommen, die sich mit den Grundfragen der Partei in Widerspruch befindet. Ohne jede Notwendigkeit haben unsere badischen Vertreter für das Budget gestimmt. Daß die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigen Budgets verhindert worden wäre, ist wohl nicht der Fall. Nach der Erklärung des Abgeordneten Frank hat man Rücksicht zu nehmen gehabt auf die innerpolitischen Verhältnisse und deshalb auf die demonstrative Verweigerung der Mittel für die Regierung des badischen Klassenstaates verzichtet. Redner geht dann des näheren auf die innerpolitischen Verhältnisse sowie auf die Tätigkeit unserer badischen Abgeordneten, auf deren Erfolge die letzteren sich so sehr etwas zu gute tun, ein. Insbesondere zeigte er unter wiederholten Beifallsausbrüchen der Versammlung, an der neuen badischen Gemeindeordnung, daß nicht die geringste Ursache vorliege, auf die parlamentarischen Erfolge so besonders stolz zu sein. Haben doch unsere Vertreter, als sie für das neue Gesetz stimmten, auch gleichzeitig die Verantwortung für Dreiklassenwahlrecht in den badischen Gemeinden mit übernommen. Während die badische Regierung es ablehnte, die hungernden Tabakarbeiter, die Opfer der Reichsfinanzreform zu unterstützen, bewilligten unsere Vertreter die Revision für den Großherzog. Während wir bestrebt sind, den Reichsfinanzunterstützung aus der Volksschule herauszubringen, sind unsere badischen Vertreter stolz darauf, daß es gelungen sei, die Simultan-schulen erneut zu besetzen. Es lasse sich zwar nicht leugnen, daß gewisse Fortschritte erzielt worden sind. Aber es ist selbstverständlich, daß gewagte Vertreter einen nicht unerheblichen Einfluß haben. Und wenn die Regierung und bürgerlichen Parteien entsprechend diesem Einfluß Entgegenkommen zeigen, so ist das kein Grund, für das Budget zu stimmen. Es sei kein einziges Moment vorhanden, um innerhalb 24 Stunden einen wohl-ermöglichten Beschluß über den Hausen zu werfen durch einen Beschluß, von dem man wußte, daß er den größten Widerspruch der Parteigenossen finden muß. Die badischen Abgeordneten müssen sich aber absehen über die Verteilung ihrer Maßnahmen nicht vorher verständigt haben. Während Genosse Koll behauptete, daß sie am Tage zuvor noch gegen das Budget zu stimmen willens waren, wies Genosse Frank in der „Ranger Volkszeitung“ darauf hin, daß sie, weil sie die ausschlaggebende Partei im Landtage wären, längst den Beschluß gefaßt hätten, für das Budget zu stimmen. Nach dem Nürnberger Beschluß war es dann aber seine Pflicht, wenigstens den Versuch einer Verständigung darüber mit dem Parteivorstande zu machen. Dies sei aber nicht geschehen. Halten die süddeutschen Genossen den Nürnberger Beschluß für einen nicht besonders glücklichen, so sollen sie seine Wänderung erkräften, aber ihn nicht verlieren. Damit sich etwas dergleichen nicht wiederhole, müsse der Parteitag solchen differenzierenden Elementen Schranken setzen, selbst auf die Gefahr hin, daß sich eine Reihe geistiger Kapazitäten bei und nicht wohlfüßen. Wer zu und kommt, kommt frei-

willig. Freiwillig unterwirft er sich den Beschränkungen, die dem einzelnen gesetzt werden. Ein jeder hat die völlige Freiheit, wieder zu gehen. Damit soll nicht gesagt sein, daß wir sie gern gehen sehen. Aber ehe das Gesamtinteresse geschädigt wird, müssen wir darüber hinwegsehen können. Eine Kampfsportie muß ihren Gliedern gewisse Schranken und Fesseln anlegen, weil es nur dadurch möglich ist, zu einheitlichen Aktionen in bestimmten Fällen zu kommen. Das, was die Wadenfer haben, ist ein großer Verstoß gegen Parteistandarten, der auf keinen Fall gebilligt werden kann. Und wenn die betreffenden Abgeordneten diesen großen Disziplinbruch, den sie begangen, nicht einsehen wollen, so müsse darauf gesehen werden, daß die betreffenden die Konsequenzen ziehen. Es ist unter allen Umständen vorzuziehen, als eine völlige Desorganisation in der Partei einzutreten zu lassen.

Es ist aber nicht möglich, wenn wir schon jetzt mit den schärfsten Waffen dreinschlagen. Er, Redner, habe die Ueberzeugung, daß der Parteitag mit übergroßer Majorität die differenzierenden Elemente zurückrufen und ihnen zeigen wird, wie falsch sie sich bewegt haben. Namens des Berliner Parteivorstandes, empfahl Redner dessen Resolution zur Annahme; in ihr werde mit aller Schärfe der richtige Standpunkt zum Ausdruck gebracht.

Bei Eintritt in die Diskussion wird zunächst ein Antrag, die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken, angenommen.

Redner hätte gewünscht, daß der Referent etwas mehr Bedeutung der Wahlrechtsfrage beigemessen und einen größeren Teil seiner Rede auf sie verwandt hätte, anstatt die Budgetbewilligung in Baden so ausführlich zu behandeln. Es gelte neue Wege zu zeigen, den Wahlrechtskampf in andere Bahnen zu lenken. Anstatt dessen wird die Masse der Parteigenossen von den Führern als unbedingtes Hindernis behandelt. Anders könne man es nicht bezeichnen, wenn z. B. Kautsky schreibt, in der Zeit der Erregung wäre es nicht angelegentlich gewesen, solche Fragen zu erörtern. Man solle mit dieser Behandlung der Hunderttausende von Parteigenossen aufhören. Sie alle warten schon auf den politischen Klassenkampf. Es müsse deshalb auch das Thema öffentlich erörtert werden. Die Budgetbewilliger haben die jetzige Zeit für sich auszunutzen versucht, in der Hoffnung, daß ihnen der Parteitag mit Rücksicht auf die für die Partei günstige Zeit nichts anhaben wird. Sie konnten es auch weil sie die Gewerkschaftsführer hinter sich wissen. Deshalb sei die Annahme der Resolution des Parteivorstandes nicht zu empfehlen. Es sei zwecklos, vorher einen gehörigen Theaterdonner zu machen, wenn nachher alles beim alten bleiben soll.

Redner unterbreitet der Versammlung eine Resolution, die den Ausschluß der badischen Abgeordneten aus der Partei fordert.

Schumann ist gleichfalls mit den letzten Ausführungen des Referenten nicht einverstanden, wonach, wenn die Wadenfer ihren Fehler einsehen und sich entschuldigen, man dann wieder über die Angelegenheit hinweggehen will.

Stumpe meint, die praktischen Erfahrungen seien höher zu bewerten als die theoretischen. Er ist deshalb erfreut, daß die badische Angelegenheit gerade jetzt in den Vordergrund gedrängt worden ist, später würde sie uns vielmehr geschädigt haben.

Davidsohn findet es verständlich, daß sich nun der ganze Jörn der Parteigenossen gegen die Wadenfer Genossen richtet. Er gebühre ihnen aber nicht allein. Wir müssen uns fragen, ob wir nicht selbst auch Schuld daran tragen. Die Wadenfer Abgeordneten haben ihre Rückendeckung bei den organisierten Parteigenossen in Baden, wie es sich schon damals nach Nürnberg bei den vier süddeutschen Staaten gezeigt hat. Die süddeutschen Genossen stellen ein Schottel der Partei dar. Nach der Erklärung der 86. haben auch wir Norddeutschen nicht für nötig erachtet, von vornherein gegen den angekündigten Disziplinbruch Stellung zu nehmen und so sagen, wir billigen die Handlung nicht. Das war ein außerordentlicher Fehler. Die Prinzipienfrage müsse die Gesamtpartei reglementieren. Auch internationale Kongresse haben in wichtigeren Fragen schon reglementiert, als es die Budgetabstimmung ist. Der Verstoß der Wadenfer sei ein außerordentlicher Skandal, weil gerade ein süddeutscher Parteitag die Räuber Resolution verabschiedet hat. Redner verlangt die Möglichkeit der Urabstimmung und stellt einen dementsprechenden Antrag.

Büchner: Wenn die bürgerlichen Parteien die betreffenden Genossen lobhudeeln, so beweist das, daß sie sich auf einem falschen Wege befinden. Redner geht auf die Bedeutung der vorliegenden Resolution ein, und meint, es müßte genügen, wenn die betreffenden Genossen in ihre Schranken zurückgewiesen werden. Damit schafft man mehr, als mit der Annahme der schärferen Resolution und wir haben die badischen Wähler auf unserer Seite.

Wette weist darauf hin, daß auch die süddeutsche Parteipresse sich nicht voll auf die Seite der badischen Abgeordneten gestellt hat. Wenn sie auch die Angelegenheit milde behandelt, so hat sie sich doch gesagt, daß sie den Schritt nicht billigen kann. Es empfehle sich aus dieser Situation heraus die Resolution des Parteivorstandes.

In seinem Schlußwort geht Vorgan noch auf alle gemachten Einwendungen ein. Die Befürchtung, daß nach dem Parteitag alles beim alten bleibt, treffe nicht zu. Denn es wird unter allen Umständen Wert darauf gelegt, daß die Genossen ihren Fehler einsehen und erklären, daß eine Wiederholung der Sache nicht stattfinden wird. Sollte dies nicht der Fall sein, so wird der Parteitag auch ohne die verabschiedete Resolution zum Ausschluß der Betreffenden kommen müssen.

Daraufhin wird die Resolution des Parteivorstandes mit großer Mehrheit angenommen. Dergleichen der Antrag Davidsohn, Derselbe lautet:

„Im Hinblick auf die letzten Vorgänge in Baden wird der Parteivorstand beauftragt, nach den Richtlinien des Antrages 187 (Parteitag zu Leipzig 1909) Mittel und Wege zu suchen, um dem Organisationsstatut der Partei die Möglichkeit der Urabstimmung einzuverleihen.“

Die Delegierten zum Parteitag werden am 7. August mittels Urwahl gewählt. Vorgelegt sind 28 Kandidaten. Ueber einige derselben fand noch eine längere Diskussion statt.

Der Rest der Tagesordnung wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Fünfter Wahlkreis.

Die Versammlung des fünften Wahlkreises im Allen Schützenhause war ungewöhnlich stark besucht. Genosse Weiss, der das einleitende Referat hielt, erinnerte an einen Antrag des Kreises, der die Einführung einer Abendausgabe des „Vorwärts“ fordert und vom vorigen Parteitage dem Parteivorstand überwiesen worden ist, damit dieser die finanziellen Konsequenzen prüfe. Diese Prüfung habe inzwischen stattgefunden. Das Ergebnis sei, daß das Abendblatt allein an Botenlohn eine Mehrausgabe von 273 000 M. verursachen würde. Einschließlich der notwendigen Mehrausgaben für Druck, Papier (täglich 1/2 Bogen), Redaktion, Mitarbeiter, Expedition würde sich insgesamt eine Mehrausgabe von 414 250 M. ergeben. Der jährliche Ueberschuß im Durchschnitt der letzten vier Jahre betrage 188 000 M. Das Abendblatt würde also dem „Vorwärts“ ein Defizit von etwa 226 000 M. jährlich bringen. Bei einer etwaigen Erhöhung des Abonnements um 10 Pf. monatlich und unter Berücksichtigung des dadurch entstehenden Abonnentenrückganges würde immer noch ein Defizit von 188 000 M. bleiben, das nicht gedeckt werden könne. Unter diesen Umständen müßten die Genossen leider auf ein Abendblatt des „Vorwärts“ verzichten. Die Verfassungskommission habe auch diesen Antrag fallen lassen.

Nachdem der Referent die Tagesordnung des Parteitages sehr eingehend besprochen hatte, erörterte er die badische Angelegenheit. Er betonte zunächst, er stehe auf dem Standpunkt: Der Regierung des Klassenstaates dürfen Sozialdemokraten unter keinen Umständen durch Bewilligung des Budgets ein Vertrauensvotum erteilen. Dadurch sei gesagt, daß die badische Fraktion einen Verstoß gegen unsere prinzipielle Auffassung begangen habe. Der Redner besprach dann die Diskussionen früherer Parteitage in der Budgetfrage. Leider sei von Anfang an die notwendige klare Stellung in dieser Frage veräußert worden. Dem Frankfurter Parteitage habe eine Resolution Weiss vorgelegen, die den Parteigenossen die Zustimmung zum Budget untersagte, da diese als Vertrauensvotum der Regierung gilt. Diese klare Stellung habe Genosse Stadthagen abgelehnt durch ein Amendement des Inhalts, die Zu-

Stimmung zum Budget sei zu versagen, so wie es das Ver-
trauensvotum für die Regierung gilt. Dieses abgewandene
Amenement sei angenommen, dann aber die ganze Resolution ab-
gelehnt werden. Sieben Jahre lang habe dann kein bestimmter
Parteitagsbeschluss in der Budgetfrage bestanden. Ein solcher sei
erst aus Anlass der Budgetbewilligung in Baden durch den Baden-
er und später noch bestimmter durch den Nürnberger Parteitag gefasst
worden. Trotzdem habe jetzt die badische Fraktion der Regierung
ein Vertrauensvotum erteilt. Hätte sie sich vor der Abstimmung,
wie es ihre Pflicht war, an den Parteivorstand gewandt, so würde
dieser die Gründe dargelegt haben, die gerade in der gegenwärtigen
Situation besonders eindringlich für die Ablehnung des Budgets
sprachen. Es sei anzunehmen, dass dann die badischen Genossen die
Möglichkeit auf ihre besonderen Landesverhältnisse zurückgestellt und
so gestimmt haben würden, wie es das Interesse der gesamten
Partei fordert. Uns kommt es darauf an, dass das Grundprinzip
der Partei hochgehalten wird. Den badischen Genossen aber kam
es nur darauf an, einen Minister in seinem Amte zu erhalten.
Wir müssen verlangen, dass die Disziplin, dieser Grundpfeiler der
Macht der ganzen Arbeiterbewegung, nicht erschüttert wird. Ueber-
all, auch da, wo man mit den süddeutschen Genossen gemeinsam
fühlt, muß die Disziplinslosigkeit die schärfste Verurteilung finden.
Unterordnung unter die Beschlüsse des Parteitages fordern wir im
Interesse aller Zweige der Arbeiterbewegung. Die Erklärung der
SS in Nürnberg kann unter keinen Umständen so aufgeföhrt werden
und ist auch nicht so aufgeföhrt worden, als wollten sie sagen, sie
fühlten sich durch den Beschluss nicht gebunden. Die Minorität
kann gegen Beschlüsse, die ihr nicht gefallen, protestieren, aber sie
darf keinen Disziplinbruch begehen. Hoffentlich werden die jetzigen
Erörterungen die Folge haben, daß die Genossen in Bayern, die
demnächst über das Budget abzustimmen haben, dem Vorgehen der
badischen Genossen nicht folgen.

Der Redner empfiehlt die Resolution des Zentralvorstandes
und bemerkt, daß sie in Niederbarnim abgelehnt sei. Stad-
hagen, der schuld daran sei, daß der Frankfurter Parteitag keine
Macht in der Budgetfrage schaffen konnte, habe die Berliner
Resolution als nicht scharf genug bezeichnet. Diese Resolution sei
ausgearbeitet worden unter Mitwirkung von zwei Mitgliedern der
„Mandats“-Kommission. Wenn auch in unserer Resolution nicht
mit brutaler Schärfe gesagt wird, die badischen Genossen seien
unfähig, Vertrauensämter in der Partei zu bekleiden, so läßt sie
doch dem Parteitage freie Hand, noch schärfere Mittel anzuwenden,
wenn er es für nötig hält. Unsere Resolution kennzeichnet mit
aller notwendigen Schärfe die Haltung der badischen Fraktion, sie
kann deshalb ohne Bedenken angenommen werden. Die Situation
liegt jetzt so: Wie war die Möglichkeit einer Spaltung der Partei
näher gerückt als jetzt. Ich möchte nicht, daß, wenn es zum Bruch
kommen sollte, den Marxisten, uns, die auf dem linken Flügel der
Partei stehen, die Schuld dafür zugeschoben wird, daß wir den
Badensern Bundesgenossen zugeführt haben, die sonst nicht zu ihnen
stehen. Aus diesen Gründen ersuche ich, im Interesse der Einheit
unserer Partei für die Resolution zu stimmen. (Lebhafte Beifall.)

Genosse Wehl erklärte sich mit den Ausführungen des Re-
ferenten in der Budgetfrage und im allgemeinen auch mit der Re-
sultation einverstanden. Der Referent habe ja mit Rücksicht auf die
Gesamtpartei gesprochen. Aber man dürfe nicht außer Acht lassen,
daß die badischen Genossen die Gesamtpartei in der schändlichsten
Weise provoziert haben. Auf diese Provokation hätten wir zu antworten.
Mit Rücksicht darauf könne man wohl sagen, daß die Resolution
nicht scharf genug sei. Man könne auch die Stimmung derjenigen
begreifen, die den Ausschluß der badischen Genossen verlangen. Das
mindeste sei, daß man diese für unfähig erklärt, Vertrauensämter
zu bekleiden. (Sehr richtig!) Der Ausschluß würde nicht nur im
Interesse der Einheit und Geschlossenheit der Partei, sondern auch
aus tatsächlichen Gründen zu bedauern sein. Soweit
bekannt, stehen die badischen Parteigenossen in der
Budgetfrage hinter ihren Abgeordneten. Schon nach
der Erklärung der SS hätte man damit rechnen müssen, daß sich die
süddeutschen, besonders die badischen Abgeordneten dem Nürnberger
Beschluss nicht fügen würden. Man hätte deshalb unter der Fäße
der süddeutschen Parteigenossen eine Agitation entfalten müssen,
um ihnen die prinzipielle Bedeutung der Budgetabstimmung klar
zu machen. Diese Agitation müßte auch, um den höchsten Seiten-
sprüngen der Abgeordneten entgegenzuwirken, eine antimonarchische
und republikanische sein. Wenn die badischen Abgeordneten den
Anschein zu erwecken suchen, als habe die Sozialdemokratie ihren
antimonarchischen Standpunkt aufgegeben, dann müsse unsere Agi-
tation diesen Standpunkt mit aller Schärfe betonen. Wenn wir so
die Massen mit unseren Grundfäden vertraut machen, dann ständen
die nach entgegengesetzter Richtung verweidenden Abgeordneten
vereinzelt da. — Auf dem Parteitage müsse den badischen Abge-
ordneten wenigstens gesagt werden, daß sie sich entweder den Beschlüssen
zu fügen oder aus der Partei zu verjagen haben. (Beifall.)

Bauer bezeichnete die Resolution als zu schwach. Es gebe keine
Worte, die scharf genug wären, um den Badenern zu sagen, wie
wir über sie denken.

Wollmarhaus schloß eine längere Rede, die sich haupt-
sächlich in allgemeinen Ausdrücken des Mißtrauens gegen Partei-
angestellte und Akademiker erging, mit der Bemerkung: Eine Ein-
igung in der badischen Angelegenheit würde die Wiederholung solcher
Vorfallnisse nicht hindern. Die Partei müsse ein Rechtswort
sprechen und Schluss machen mit den revisionistischen Ideen. Diese
Leute müssen aus der Partei ausgeschlossen werden.

Dunskewitz verurteilte das Verhalten der badischen Ab-
geordneten. Zur Resolution sagte er, sie gehe nicht weit genug. Er
beantworte, daß der letzte Absatz dieser Resolution den letzten
Absatz der in Niederbarnim angenommenen Resolution Stadtthagen
zu seien.

Herrmann führte auf Grund eigener Kenntnis der süd-
deutschen Verhältnisse aus, daß es mit der Auffklärung der Massen
dort sehr schlecht bestellt sei. Alles werde von den führenden Ge-
nossen gemacht. Mit scharfen Resolutionen könne nichts erreicht
werden, es sei deshalb zu wünschen, daß eine Vermittelung zustande
kommen möge.

Dunskewitz sagte unter anderem: Wenn auch die meisten
Genossen der Meinung sein mögen, daß die badischen Abgeordneten
nicht mehr zur Partei gehören können, so zwingen uns doch in
diesem Falle die Verhältnisse, diese Konsequenz nicht zu ziehen.
(Auf: Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen!)
Mit einer befriedigenden Erklärung der badischen Abgeordneten
könne die Sache erledigt werden. Geben sie eine solche Erklärung
nicht ab, so stellen sie sich außerhalb der Partei.

Nachdem Wels im Schlusswort nochmals seinen Standpunkt
vertreten hatte, wurde der Antrag Dunskewitz abgelehnt und
die Resolution unverändert gegen etwa 10 Stimmen angenommen.

Es wurden gewählt als Delegierte zum Parteitag Joseph
Meier und Dunskewitz; zur Provinzialkonferenz Schwalla,
Holzapfel und Wirt.

Sechster Wahlkreis.

Saal nebst Galerien waren in den geräumigen Germania-
sälen außergewöhnlich dicht besetzt von Parteigenossen und Genos-
sinnen, die gekommen waren, um zum Parteitag Stellung zu
nehmen. Der starke Andrang machte es notwendig, daß auch auf
der Bühne Versammlungsbefucher Platz nehmen und ein großer
Teil derselben stehend dem Verlauf der Generalversammlung bei-
wohnen mußte. Trotzdem fanden Hunderte keinen Platz mehr.

Zum Magdeburger Parteitag führte Reichstagsabgeordneter
Debour ungefähr folgendes aus: Als wir uns vor einigen
Wochen mit dem Parteitag beschäftigten, herrschte die Ansicht vor,
der Magdeburger Parteitag werde einer der ruhigsten in der
Parteitagsgeschichte sein. Von nun an gab die Erwartung hin, daß
in Anbetracht der bevorstehenden Reichstagswahlen die Ausnutzung
der Einheitslichkeit unserer Partei die Grundlage der Parteitags-
verhandlungen bilden werde. Dies wurde allgemein vorausgesetzt,
doch haben wir uns darin arg getäuscht. Unerwartet kam es in
Baden zu einem Verstoß gegen die Parteidisziplin, eine Angelegen-
heit, die seitdem im Vordergrund des Parteilebens steht, deren

Lösung nun zu den wichtigsten Aufgaben des diesjährigen Partei-
tages gehöre. Redner behandelte zunächst die verschiedenen Tages-
ordnungspunkte des Parteitages. Dann geht er auf die badische
Angelegenheit ein. Die vom Redner verlesene, im badischen Land-
tag durch den Genossen Dr. Frank abgegebene Erklärung wird von
der Versammlung mit allgemeiner Heiterkeit aufgenommen. De-
bour schließt dann die bei der Budgetabstimmung vorhandene
gemeine Situation und fügt hinzu: er hätte es für korrekter
gehalten, wenn sich unsere drei in der Widerheit gebliebenen
Fraktionsgenossen nicht der Abstimmung enthalten, sondern direkt
gegen das Budget gestimmt haben würden. (Lebhafte Zustimmung.)
Wie sind die Genossen in Baden dazu gekommen, für das Budget
zu stimmen? Dazu lag auch nicht der leiseste Grund vor. Es
konnte damit kein schlechteres Budget verhindert werden. Die
badische Regierung ist nicht minder reaktionärer wie die jedes
anderen Landes, und doch handelt es sich bei dieser Zustimmung
um nichts anderes, als einer Vertrauensänderung dieser gegen-
über. Wir wissen doch auch wie Genosse Dr. Frank, daß man auch
in Baden unsere Partei nicht als gleichberechtigt behandelt. Als
bei der Anstellung der Bezirksräte die Partei ausgeschaltet wurde,
wollte man das Budget verweigern; nachdem aber später der Staats-
minister die Sozialdemokratie als „großartige Bewegung zur
Bekämpfung des vierten Standes“ bezeichnete, schlugen die Meinungen
um. (Heiterkeit.) Solche Ministerausprüche, vielleicht noch bessere,
sind im Reichstag oft genug gefallen, ohne irgend eine Wirkung
auf und auszuüben oder unsere Handlungen zu beeinflussen. Was
sind heutzutage Minister? Sie sind Lilien auf dem Felde, es
kann ein Sturm in der Sommerzeit und aus ist es mit ihnen!
Minister kann nur sein, wer das Herrschende, gegen das Proletariat
und seine Interessen gerichtete System unterstützt. Und gegen dieses
kämpfen wir an, gegen dieses hat sich die mächtigste Einheit
unserer Auffassung und Taktik zu wenden. Freilich wird gelegent-
lich versucht, dieses System zu verschleiern, es weniger brutal er-
scheinen zu lassen. Da wird, wie Münchenhausen es tat, die Wagen-
deichsel mit Honig beschmiert, um den Varen zu fangen und auf
dieser honigbeschmierten Deichsel lassen sich unsere badischen Land-
tagsgenossen hinaufklettern! (Beifall und Heiterkeit.) Das hätte man
nicht erwarten dürfen. Heute allerdings weiß man, daß in
Baden schon längst die Absicht bestand, für das
Budget zu stimmen, und damit fällt alles, was jetzt zur
Entschuldigung für die Zustimmung vorgebracht wird. Nachdem
der letzte Parteitag gesprochen hatte, mußte die Widerheit in
Anbetracht des großen Interesses der Partei, im Interesse der
Parteiinheit und Geschlossenheit den Beschluss unter allen
Umständen hochhalten. Hier mußten die Genossen handeln, wie es
selbst bürgerliche Parlamentarier tun, und wie z. B. in England
das Haus der Lords es tat, dem Budget die Zustimmung versagen,
statt im Staatsinteresse — ein anderes Interesse kommt nicht in
Frage — für dasselbe zu stimmen. Als es sich im November 03
im Reichstag darum handelte, gegen das persönliche Regiment Front
zu machen, konnte Redner im Auftrage der Partei die Stellung
dieselben zum demokratischen Parlamentarismus mit allem Nach-
druck darlegen. Damals ist dem ihm (Debour) an die bürgerlichen
Parteien die Aufforderung gerichtet worden, eventuell das Budget
des Reiches zu verweigern. Wenn wir jetzt diese Forderungen bei
irgend einer Gelegenheit wieder erheben, dann wird man auf Baden
und sonst wohl verweisen, und sagen: was wollt ihr denn, eure
Genossen machen ja selbst keinen Gebrauch von dem Rechtmittel
der Budgetverweigerung. So also schlägt man der Partei mitten
ins Gesicht und dies darf nicht ungesühnt bleiben. Es muß er-
klärt werden, daß, wer so handelt, aufhört, Partei-
genosse zu sein. (Stürmischer Beifall.) Der Parteitag muß
in entschiedener Weise auftreten. Der Parteitag muß erklären,
daß ein solches Verhalten untragbar ist mit der Parteizugehörig-
keit. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Möglich, daß die Genossen
ihren Fehler einsehen, daß der Entrüstungssturm, wie er seit
Wochen ob ihres Disziplinbruchs durch ganz Deutschland braust,
sie eines Besseren belehrt. Geben diese Genossen nicht die sichere
Gewähr, daß so etwas nie wieder geschieht, dann sind sie zu be-
handeln, wie jeder Disziplinbrecher, wie jeder Streikbrecher be-
handelt wird. Mit der Möglichkeit, daß die badischen Genossen ihren
Fehler, der nie wieder gutgemacht ist, einsehen, ist vorläufig zu
rechnen; wenn nicht, dann muß mit aller Schärfe vorgegangen
werden, ganz gleich, ob es sich um Abgeordnete oder sonst jemanden
handelt. Mehrfach werden schon jetzt energische Maßnahmen ge-
fordert, aber es soll dem Parteitag nicht vorgegriffen und ver-
mieden werden, daß man uns vorwerfen kann, wir seien es, die
durch vorschnelle Beschlüsse die Parteiinheit zertrümmerten, jetzt
wo die Reichstagswahlen vor der Tür stehen. Unangenehm ist es
auch, sich mit einer Wiederholung der Nürnberger Resolution zu
begnügen und etwa abzuwarten, was dann die fraglichen Partei-
genossen tun werden. Das geht nicht an, denn die Partei sei kein
Wadeltopf, in ihr müsse volle Klarheit vorhanden sein. Wie immer
die Sache ausgehe, dem Einsehen der Partei sei schwer gekabelt
worden, größer aber würde der Schaden noch sein, falls durch Nach-
giebigkeit die Einheit unserer Partei gefährdet werde, die sich die
Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft, die Befreiung des
Proletariats zum Ziel gesetzt hat. (Langandauernder stürmischer
Beifall.)

Vom Vorsitzenden wird hierauf bekannt gegeben, daß außer
der vom Zentralvorstand eingehenden, noch vom Genossen Hal-
ster die Resolution des Niederbarnimer Kreises, und außerdem
vom Genossen Karzer folgender Antrag gestellt sei:

„Die außerordentliche Generalversammlung des 6. Berliner
Reichstagswahlkreises beauftragt bei dem Parteitag, daß die
Genossen des Badischen Landtags, welche die Beschlüsse des Partei-
tags derartig mißachtet haben, aus der Partei ausgeschlossen
werden müssen.“

In der Diskussion führt Schmidt aus: Was diesmal in
Baden geschehen sei, übersteige alles bisher Dagewesene. Was
würde wohl geschehen, wenn ein einfacher Parteigenosse sich eines
derartigen Parteivergehens schuldig mache? Man müsse sich
wundern, daß nicht schon andere Maßnahmen ergriffen sind. Mit
Resolutionen lasse sich nichts ausrichten. Zu bestreiten ist, daß die
badische Regierung anders oder besser wie die preussische sei.
Redner beurteilt die Hofgänger; wenn das so fortgehe, kommen
wir noch dahin, wo der heutige Liberalismus steht. So sehr uns
an der Einheit der Partei liegt, die Disziplin darf nicht mit Füßen
getreten werden, im Wiederholungsfall habe die Scheidung zu
erfolgen.

Raffenschläger rät, dafür zu sorgen, daß den Genossen
künftig keine Gelegenheit gegeben ist, sich auf eine ähnliche
Erklärung wie die der Sechswahlkreis in Nürnberg berufen zu
können. Seine übrigen Ausführungen beden sich mit denen des
Vorsitzenden. Im gleichen Sinne spricht

Wadegaß, der erklärt, alles was Debour darlegt, zu unter-
schreiben. Aus der Parteigeschichte weist Redner nach, wie früher
der Disziplinbruch unumkehrlich geahndet wurde. Die Versamm-
lung sollte aussprechen, daß es für die badischen Budgetbewilliger
weder Rücksicht noch Entschuldigung gebe. Er ersucht dann, die
Resolution Halster anzunehmen, sie sei die entscheidendere.

Schroder bezeichnet die Budgetbewilligung als Verrat an
der Partei. Die Resolution des Zentralvorstandes sei viel zu
wilde, und man werde sich wundern, daß aus dem so „radikalen“
Berlin eine derartige Resolution komme. Der Parteitag müsse
mit Ausschluß vorgehen, nachdem sich die Badenenser selbst außer-
halb der Partei stellten.

Wangemann: Es handelt sich nun Protest zu erheben und
diesem zu führen, solange unsere physische Kraft ausreicht. Debour
habe gemeint, man müsse den Leuten Gelegenheit geben, sich zu
bessern, aber das sei ausgeschlossen. Man müsse sich fragen, wie
solche Genossen wie die Budgetbewilliger auf ihren Voten kamen.
Sieht man sich das Verhalten der Badenenser näher an, so ist diesen
abzusprechen, im guten Glauben gehandelt zu haben. Vorläufig
sind die Budgetbewilliger bei den bürgerlichen Parteien gut an-
gesehen. Dies werde sich mit der Zeit ändern, denn dort liegt
man zwar den Verrat, nicht aber den Verräter.

Frank giebt seiner Freude Ausdruck, daß die Genossen-
schaftsfrage dem Parteitag beschäftigt werde. Nach einigen Be-
merkungen zum politischen Massentritt geht Redner auf die Budget-
bewilligung ein. Die Partei werde dadurch belastet, wir dürfen
uns das auf keinen Fall bieten lassen. Debour habe sich sehr
vorsichtig ausgedrückt, er sollte jedoch besser herausgehen, wie er
dies sonst immer getan habe. In Magdeburg ist mit aller Deut-
lichkeit zu sehen. Die Resolution des Zentralvorstandes sei wie
ein Hummelfuß, das man von Baden bis nach Berlin ziehen kann.
Ein scharferer Beschluss werde weit eher die von Debour gewünschte
Einsicht bewirken. Die Generalversammlung möge die von Halster
eingebachte Niederbarnimer Resolution annehmen. Legen die
Badenser ihr Mandat, wie in Aussicht gestellt, wirklich nieder,
so ist durch die Neuwahl festzustellen, wie sich die badische Arbeiter-
schaft zur Budgetbewilligung stellt. Durch unseren heutigen Be-
schluss muß zum Ausdruck gebracht werden, daß wir hiergegen mit
aller Energie protestieren und den Disziplinbruch verwerfen.

Karzer: Einzelne der Korredner haben zwar ihre Miß-
billigung ausgesprochen, lenkten aber zum Schluss ihrer Aus-
führungen wieder ein. Redner empfiehlt seinen, den Ausschluß
fordernden Antrag und bestreitet aus eigener Kenntnis, daß in
Süddeutschland die Verhältnisse besser und die Arbeiterbestrebungen
seitens der Regierungen entgegenkommender wie in Norddeutschland
behandelt werden.

Schiller behandelt in längeren Ausführungen die Genossen-
schaften und empfiehlt den Beitritt zu denselben. Die Ausführungen
der sämtlichen Diskussionsredner werden beifällig aufgenommen.
Gegen einen von Rathow befristeten Schlussantrag
wendet sich Weber, um dem Genossen Ernst Gelegenheit zu geben,
die mehrfach angegriffene Resolution des Zentralvorstandes zu
begründen. Der Schlussantrag wird jedoch mit einer Zweidrittel-
mehrheit angenommen.

Unter Widerspruch der Versammlung bemerkt Genosse
Ernst, der Zentralvorstand stehe in der Budgetfrage genau
auf dem von der Versammlung geäußerten Standpunkt; er ver-
urteile ebenso entschieden den Disziplinbruch der Badenenser und
wolle seinen Tisch machen. Es liege dem Zentralvorstand nichts
fern, als den sich aus der Budgetbewilligung ergebenden Konse-
quenzen aus dem Wege gehen zu lassen. Dabei sei in seiner
Resolution keine Rede. Erscheine die Resolution milder, dann
nur deshalb, weil sie es vermeide, durch vorzeitige Ausschluß-
androhung dem Parteitag vorzugreifen.

Debour verwehrt sich im Schlusswort, seine Ausführungen
abfälliger milder gefast zu haben oder irgend jemandem in der
Partei Vorwürfe einzuräumen; er habe das genaue Gegenteil von
dem gesagt. Die Versammlung habe gezeigt, daß man sich in der
Budgetfrage vollständig einig sei. Er wiederhole: der Parteitag
müsse eine endgültige Entscheidung treffen und dürfe nicht sagen,
was eine endgültige Entscheidung sei, und jenes. Mit
no, wenn ihr das wieder tut, geschieht euch dies und jenes. Mit
dem Ausschluß geht zu kommen, geht nicht an, weil für diese
Frage nun einmal der Parteitag zuständig und sie ihm vom Partei-
vorstand überwiesen worden ist. Dort haben sich die Badenenser zu
erklären und dementsprechend wird in Magdeburg auch entschieden
werden. Diese Entscheidung muß so getroffen werden, daß wenn
die Genossen ihr Verhalten nicht ändern und jede Wiederholung
für ausgeschlossen erklären, mit ihnen wie mit jedem sonstigen
Disziplinbrecher in der Partei verfahren wird. Wenn Genosse
Ernst mit dieser Interpretation der Resolution des Zentral-
vorstandes einverstanden ist, könne auch er ihr zustimmen, obwohl
deren Fassung in einer Hinsicht verbesserungsbedürftig sei. Redner
schließt, indem er der Hoffnung Ausdruck gibt, es möge in Berlin
eine möglichst einmütige Kundgebung zustande kommen. Die Partei
wird dieses unerquickliche Vorkommnis überwinden und aus ihm
mit einer impulsiven Kundgebung für den Emanzipationskampf des
Proletariats hervorgehen. (Lebhafte Beifall.)

Das Abstimmungsergebnis über die Resolution des Zentral-
vorstandes ist zunächst zweifelhaft. Die Wiederholung der Ab-
stimmung ergibt aber dann die Ablehnung gegen eine starke Wider-
heit. Angenommen wird hierauf die Niederbarnimer von Halster
eingebachte Resolution:

„Die Zustimmung der Mehrheit der badischen sozialdemo-
kratischen Landtagsfraktion zum Budget und die Motivierung
dieser Zustimmung ist ein schwerer Verstoß gegen den auf dem
Parteitag zu Nürnberg gefassten Parteitagbeschluss. Die Teil-
nahme eines Teils der sozialdemokratischen Landtagsabgeord-
neten an bösslichen Kundgebungen ist geeignet, den republikan-
ischen Charakter der Partei zu verballen und das demokratische
Gefühl der Genossen zu empören.“

Die Generalversammlung beauftragt deshalb bei dem
Parteitag:

zum Ausdruck zu bringen, daß der die Parteibewegung schwer
schädigende Disziplinbruch und die offenen Provokationen der
Gesamtpartei durch die Mehrheit der badischen Landtags-
fraktion insbesondere mit der Verweigerung der höchsten Ver-
trauensämter in der Partei unvereinbar ist.“

Das Abstimmungsergebnis wird äußerst lebhaft applaudiert
und nachdem zum deutschen Parteitag die Genossen Paul
Dobrowolski, Otto Frank, Johann Hahnisch, Karl
Leid, Dr. Kurt Rosenfeld, Frau Rosa Schmidt und
zur Provinzialkonferenz die Genossen Wilhelm Dams, Wil-
helm Hoffmann und Joseph Warr gewählt wurden,
mit einem begeisterten Hoch auf die internationale Sozialdemo-
kratie die Versammlung geschlossen.

Nizdorf.

Der große Saal von Hoppe war überfüllt. Auf den Galerien
und in den Gängen saßen die Massen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhebt die Versammlung das
Andenken von 28 verstorbenen Genossen und Genossinnen.

Genosse Heinrich hielt das einleitende Referat zum
Magdeburger Parteitag. Nach Besprechung der ein-
zelnen Tagesordnungspunkte gelangte auch dieser Redner zur Er-
örterung der Budgetfrage. Die Hoffnung auf einen fried-
lichen Verlauf des Parteitages sei durch das Verhalten der badischen
Landtagsfraktion schmählich enttäuscht worden, deren Handlungs-
weise ein Disziplinbruch sei, wie er schlimmer in der ganzen deut-
schen Arbeiterbewegung nicht zu verzeichnen ist. Es sei Pflicht
der gesamten organisierten Arbeiterkraft, hiergegen Front zu
machen. Die Begründung, die die badischen Genossen für ihr Ver-
halten ins Feld führten, entbehren jeder überzeugenden Kraft.
Redner behauptet, daß die außerordentlich günstige Situation, in der
sich die Partei zurzeit befindet, durch diesen Vorfall sich bedeutend
verschlechtert habe. Sind wir doch gezwungen, zunächst den Kampf
in unseren eigenen Reihen zu führen, während unsere Gegner dabei
die laufenden Dritten sind. Der Parteitag muß entscheiden dafür
Vorsorge treffen, daß in Zukunft solche Dinge unmöglich sind. Zum
Schluss ersucht der Redner um möglichst einstimmige Annahme der
vorgelegten Resolution des Zentralvorstandes. Lebhafter Beifall
folgte den Ausführungen des Referenten.

Genosse Franke wünscht, daß der Parteivorstand Redner
aus Norddeutschland nach Baden entsandt hätte, um den badischen
Genossen unsere Anschauungen zu übermitteln. Dann wäre es
sicher nicht möglich geworden, daß die Mehrheit der sogenannten
Landtagsfraktion noch Vertrauensvoten oder gar noch besonderen
Dank für ihr Vorgehen erhalten hätte. Im übrigen empfiehlt er
als das mindeste dessen, was heute beschlossen werden muß, die
Annahme der Resolution des Zentralvorstandes.

Genosse Meyer erklärte, daß nach den Darlegungen der
badischen Landtagsfraktion „die besonderen politischen Verhältnisse“
schließlich auch dazu führen könnten, Militärforderungen zu be-
willigen. Im übrigen sollte doch jeder Sozialdemokrat sich jederzeit
bewußt sein, daß wir prinzipielle Republikaner sind, dann können
solche Disziplinverletzungen, wie sie die sozialdemokratischen Land-
tagsabgeordneten in Baden begangen haben, einfach nicht möglich
sein. Die Regierung wird unsere Mitarbeit annehmen, solange sie
uns für ihre Zwecke braucht. Das beste Beispiel dafür bietet der
preussische Liberalismus in der Willowschen Kloßara. Von jedem

Sozialdemokraten muß man es für selbstverständlich halten, daß er sich den Beschlüssen der Mehrheit der Parteigenossen unterordnet. Es muß ein Weg gefunden werden, der solche Disziplinlosigkeiten unmöglich macht. (Weißl.)

Genosse Raab nimmt in temperamentvoller Weise Stellung gegen die bisherigen Ausführungen. Er erklärt, daß die preussischen Parteigenossen wohl die diszipliniertesten seien, jedoch sind sie über die badischen Verhältnisse in keiner Weise informiert. Er halte es für seine Pflicht als Baden- und als Parteigenosse, die vielen Irrtümer zu berichtigen, dann werden hoffentlich auch die preussischen Parteigenossen über das Vorgehen der badischen Fraktion anders urteilen. Die Schuld an den Vorkommnissen trägt lediglich die Rürnberger Resolution, resp. die Mehrheit des Rürnberger Parteitag. Die Machtvollkommenheit, die diese sich mit ihrem Beschluß anmaßt, ist nicht Demokratie, sondern Autokratie. Unter allen Umständen hätte man die Erklärung der Sechsstädte anders respektieren müssen, wie es geschehen sei. Die Mehrheit des Rürnberger Parteitag hat gefühlt, daß hinter dieser Erklärung ein erster Wille stehe. Im übrigen ist die Abstimmung über das Budget keine Frage des Prinzips, sondern der Zweckmäßigkeit. 1903 zum Beispiel wurde in unserer Partei die eventuelle Übernahme eines Postens im Präsidium des Reichstages seitens der Fraktion auch zu einer prinzipiellen gemacht, heute denkt kein Mensch mehr daran. Für uns gibt es nur ein Prinzip: Wir alle wollen an Stelle der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine bessere, die sozialistische sein. Den Weg dürfen wir nicht schematisieren. Die Marxisten, die sonst immer mit dem Marxismus den Mund so voll nehmen, täten gut, ihre Nase mehr in die Schriften von Marx zu stecken, dann wüßten sie, daß die Entwicklung keine Sprunghafte ist, sondern sich allmählich in gewöhnlichen Bahnen bewegt. Mit dem ewigen Regieren der Radikalen kommen wir keinen Schritt vorwärts, sondern nur durch praktische Mitarbeit. Die badische Partei hätte die Bedeutung nicht, die sie heute hat, wenn nicht die Genossen Kals und Frank in so hervorragendem Maße tätig wären. Durch das Verhalten der badischen Landtagsfraktion hat die deutsche Partei keinen Schaden erlitten, vielmehr trifft es umgekehrt zu. Die badische Partei hätte großen Schaden erlitten, wenn sie anders gehandelt hätte, als sie gehandelt hat. Die sogenannte Hofgängererei ist auch anders aufzufassen, wie sie bei den norddeutschen Genossen aufgefaßt wird und wie sie deren Parteipresse darstellt. Die höfischen Akte, die die badischen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten mitgemacht haben, sind in der Verfassung begründet. Das können nicht mal einige rabuläre Genossen für sich zur Entschuldigung anführen, die sich an ähnlichen Zeremonien beteiligt haben. Bei der behandelten Großhändlererei ist es Pflicht der Parteigenossen, alles aufzubieten, um zu verhindern, daß der schwarze Blad wieder ans Ruder kommt. Redner erhebt um Ablehnung der Resolution des Zentralvorstandes und bittet, das Urteil dem Magdeburger Parteitag zu überlassen. (Beizeigter Beifall.)

Genosse Walther beantragt, die letzten beiden Absätze der Resolution des Zentralvorstandes zu streichen und an dessen Stelle die beiden letzten Absätze der Resolution Stadtkapen zu setzen. Genosse Kunge verspricht sich von Entscheidung norddeutscher Redner nach Baden keinen Erfolg. Das proletarische Empfinden der süddeutschen Genossen sei ein anderes als das der norddeutschen. Die Führer müßten vor allem dafür sorgen, daß die partikularen Gegenstände beseitigt werden. Die Haltung der badischen Landtagsfraktion verdiene die schärfste Verurteilung.

Genosse Wupf begründet es, daß endlich ein Parteitag Veranstaltung nimmt, das Genossenschaftswesen zu fördern. Die Argumente, die Genosse Raab für die Annahme des Budgets in Baden ins Feld geführt hat, sowie er auch die Notwendigkeit der Hofgängererei zu begründen versuchte, hätten keineswegs überzeugend gewirkt, sondern trifft vielmehr das ganze Gegenteil zu. Dennoch müsse er sich gegen die Annahme der Resolution aussprechen, ihn schreien die Spuren von Dresden. Es ist zu wünschen, daß der Magdeburger Parteitag einen Zustand herbeiführt, der verhindert, daß solche Dummheiten wieder vorkommen.

Uzo wendet sich gegen die Behauptung vom Genossen Raab, daß die Rürnberger Resolution an dem Vorgehen der badischen Genossen schuld sei; auch die Genossen in Baden haben Disziplin zu üben wie jeder andere. Wunderbar sei es, wenn ein Gewerkschafter wie Raab den Disziplinbruch noch verteidigt. Zum mindesten hätte erwartet werden müssen, daß die badische Landtagsfraktion nach der Resolution frohne verfahren wäre, der doch Kolb und Genossen ihre Zustimmung geben wollten. Die Notwendigkeit der Hofgängererei ist nach den Ausführungen des Genossen Raab beim besten Willen nicht ersichtlich. Ganz und gar ist die Behauptung nicht zu verstehen, daß die Hofgängererei in der Verfassung bedingt sei. Derartige Konzeptionen darf ein Sozialdemokrat nie und nimmer machen. Nicht die Rationalisten haben ihren Standpunkt verändert, sondern die badische Partei ist nach rechts gerückt. Dagegen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden. (Beifall.)

Genosse Neumann ist dafür, daß höchstens die Resolution des Zentralvorstandes angenommen wird. Die Genossen in Norddeutschland halten die Beschlüsse des Parteitag auch nicht so strikte inne. Das sehe man beim Schnapsbott.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen. Genosse Heinrich ersucht in seinem Schlusswort nochmals um möglichst einstimmige Annahme der Resolution des Zentralvorstandes.

Der Antrag des Genossen Walther wird abgelehnt, dagegen die Resolution des Zentralvorstandes gegen einige Stimmen angenommen.

Der am 7. August stattfindenden Kreisgeneralversammlung sollen der Genosse Heinrichs und die Genossin Schulte als Delegierte zum Parteitag vorgeschlagen werden, desgleichen zur Provinzialkonferenz der Genosse Alcher.

Für den Kreisvorstand sollen der Kreisgeneralversammlung folgende Vorschläge unterbreitet werden: 2. Vorsitzender Wasse, Kassierer Pagsel, Sekretär Groger, Revisor Thurow, Presidiumkommission Heinrichs, Lokalkommission Nohr.

Ein Antrag des Kreisvorstandes auf Einführung eines wöchentlichen Beitrages von 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder wurde angenommen, jedoch mit der Maßgabe, daß Bonds und Listen abgeschafft werden sollen.

Charlottenburg.

Die außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins, die am 26. Juli im Volkshaus stattfand, beschäftigte sich ausschließlich mit dem kommenden Magdeburger Parteitag. Der Referent, Genosse Friedrich Zubeil, gab in kurzen Strichen eine Uebersicht über die einzelnen Punkte der Tagesordnung und wandte sich dann der Frage der Budgetbewilligung der badischen Landtagsfraktion zu. Hierzu vertrat der Genosse Zubeil den Standpunkt, daß ein so großer Verstoß gegen die Parteidisziplin noch nie vorgekommen sei. Nachdem der Rürnberger Parteitag eine ganz unabweisliche Stellung in der Budgetfrage eingenommen habe, müßten auch die Baden-Genossen wissen, daß sie einen Parteistand ohne gleichen provozieren, wenn sie für das Budget stimmten. Er glaube aber, die ganze Frage gehe nicht lediglich von Baden aus, sondern es stehen auch noch andere Leute dahinter, die in Norddeutschland ihren Sitz haben. Man brauche sich nur einmal die „Sozialistischen Monatshefte“ durchzusehen, dann wisse man schon, wohin die Fahrt gehe. Zubeil empfiehlt offiziell die Resolution des Zentralvorstandes von Groß-Berlin, ist jedoch persönlich der Meinung, daß endlich mit den Quertreibern in der Partei Fraktur geredet werden müsse: Wollen diese sich den Parteibeschlüssen nicht fügen, so werden sie denselben Weg gehen müssen, den die Lokallisten gegangen sind. — In der Diskussion, die sich nur um die Frage der Budgetbewilligung dreht, vertreten die Genossen May, Doase, Schobert, Wirtowski und Kerpert den Standpunkt, daß die Resolution des Zentralvorstandes bei weitem nicht scharf genug sei.

es sei unbedingt der Ausschluß der disziplinlosen Genossen zu verlangen. Demgegenüber betonen die Genossen Brunner, Gerlach, Schiller und Schneider, daß die Resolution voll genüge, sie sage alles, was gesagt werden müsse, jedoch ohne verletzende persönliche Schärfe. Ein Ausschluß der Baden-Genossen empfehle sich nicht, denn ein so auf die Spitze getriebener Parteistand nüge nur den Gegnern, außerdem aber sei dann die Spaltung der Partei Tatsache und damit die Schlagfertigkeit derselben dahin. — Ein Antrag, dem Parteitag zu empfehlen, die Baden-Genossen auszuschließen, wurde gegen eine starke Minorität abgelehnt, dagegen die Resolution des Zentralvorstandes gegen zwanzig Stimmen angenommen.

Treptow-Baumshulenkweg.

Die am 26. Juli im Lokal „Konfordiale“, Am Treptower Park 69, tagende außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Treptow-Baumshulenkweg, welche von circa 200 Personen besucht war, beschäftigte sich nach einem Referat des Genossen Emil Voeste eingehend mit dem Magdeburger Parteitag. Der Referent erläuterte die Resolution des Zentralvorstandes über die Budgetbewilligung der badischen Landtagsfraktion. Nachdem die Mehrzahl der Diskussionsredner die Annahme der vom Zentralvorstand vorgeschlagenen Resolution empfohlen, wird von verschiedenen Rednern eine verschärfte Resolution verlangt. Die Genossen können sich nicht über den Disziplinbruch der badischen Landtagsfraktion hinwegsetzen. Jedoch wird die vom Zentralvorstand vorgeschlagene Resolution ohne Änderung gegen zwei Stimmen angenommen. Zum Schluß wurde der Delegierte zur Kreisgeneralversammlung des Ostpreussischen Wahlvereins gewählt und fiel die Wahl auf Genossen Rogel.

Gerichts-Zeitung.

Ein kleiner „Klub der Harmlosen“.

der sich in einem Café, welches den eigenartigen Namen „Café X Y Z“ führt, etabliert hatte, hat zu einem gerichtlichen Nachspiel geführt, welches gestern vor der 1. Ferienkammer des Landgerichts I zur Verhandlung kam. Angeklagt wegen Duldens von Glücksspielen und gewerbsmäßigen Glücksspielen war der Caféier Karl Treumann, während sich der Agent Julius May wegen gewerbsmäßigen Glücksspielen zu verantworten hatte. — Der Angeklagte Treumann betreibt in der Frankfurter Straße 121 das „Café X Y Z“, in welchem es mitunter sehr harmlos zugeht. Es trafen hier allabendlich mehrere Leute zusammen, die sich in ein Spielchen zurückzogen und hier bis zum frühen Morgen dem edlen „Poker“ und anderen Spielen huldigten. Nach Behauptung der Anklage sollen dabei Umsätze von mehreren hundert Mark stattgefunden haben. Dieser Betrieb dauerte längere Zeit, bis eines Abends die Kriminalpolizei auf die Anzeige eines „Geruppel“ hin in dem Café erschien und das Spielchen ausübte. — Der Staatsanwalt beantragte gegen Treumann nur wegen Duldens von Glücksspielen eine Geldstrafe von 150 M. und gegen May wegen gewerbsmäßigen Spielens 1 Monat Gefängnis und 300 M. Geldstrafe. Das Gericht hielt nicht für genügend festgestellt, daß May einen Teil seines Erwerbes aus dem Glücksspiel gezogen hatte und erkannte gegen ihn auf Freisprechung. Dagegen wurde Treumann wegen Duldens von Glücksspielen zu 500 M. Geldstrafe od. 100 Tagen Gefängnis verurteilt.

Der Säugling vor Gericht.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ teilt folgenden Gerichtsfall mit: „Aus dem Gerichtssaal wird uns von geschätzter Seite folgende kleine Geschichte mitgeteilt. Szene: Roabit, Kriminalgericht. Sitzungszimmer der 1. Ferienkammer des Landgerichts II. „Gerichtsdienere! Rufen Sie die Sache gegen Frau Schm...“ „aus“, sagt der Vorsitzende in geschäftsmäßigem Ton. Es erscheint auf der Untersuchungsbank vorgeführt, eine Frau mit abgemähten Gesichtszügen. Sie hält ein erst einige Wochen altes schlafendes Kind im Arm; durch eigentümlich wiegende Armbewegungen sucht sie das Kind im Schlafe zu erhalten. Angeklagt ist sie wegen verschiedener kleiner Betrügereien und eines Diebstahls, die sie, von ihrem Ehemann in trauriger Lage verlassen, begangen haben soll. Die Betrugsfälle gibt sie zu, auf den Diebstahl an einem Kleide will sie sich nicht besinnen und weist darauf hin, daß sie damals guter Hoffnung gewesen sei. Mit Achselzucken geht der Vorsitzende über diesen Einwand hinweg. Inzwischen ist das schlafende Kind aufgewacht und gibt leise klagende Töne von sich. Immer lebhafter werden die Armbewegungen der Mutter, um das Kind wieder in Schlaf zu versetzen. Der Vorsitzende wird bei den immer lauter werdenden Klageklängen des Kindes etwas nervös und fragt die Angeklagte, ob sie sich nicht wenigstens kurze Zeit von dem Kinde trennen könne. Diese, welche die geschäftsmäßigen Fragen des Vorsitzenden bisher trotz des Kindergeschreies zu beantworten gesucht hat, bittet um eine kleine Pause, um dem Kind die Brust gewähren zu können. Der Vorsitzende verkündet, daß die Sache auf kurze Zeit unterbrochen werde. Die Angeklagte wird aus dem Saal geführt. Nach kurzer Zeit erscheint sie wieder, diesmal ohne Kind. Die mitteilbare Frau eines Gerichtsdieners hat sich dieses angenommen. Es wird zur Vernehmung der Zeugen geschritten. Die Angeklagte ist ganz still geworden und sitzt wie leblos da. Ein Beisitzender macht den Vorsitzenden darauf aufmerksam. Es wird festgestellt, daß die Angeklagte in tiefen Schlaf verfallen ist. Erst durch Beipressungen mit mehreren Gläsern Wasser kann sie wieder in wachen Zustand versetzt werden. Die gegen sie erkannte Strafe von mehreren Monaten Gefängnis erlennt sie an, bittet nur, aus der Untersuchungsbank entlassen zu werden — ihres Kindes wegen. Der Vorsitzende verkündet die Aufhebung des Haftbefehls. Draußen nimmt das Weib das Kind wieder aus den Händen der Gerichtsdienerefrau in Empfang und verläßt das Gerichtsgebäude.“ Das traurige Bild ist für das schematische und unbarmherzige Wesen unserer Justizpflege kennzeichnend. Die Mutter begeht Vergehen aus Not und, wie es scheint, in einem wegen ihres Zustandes nicht zurechnungsfähigen Zustand. Sie und das Kind kommen in Untersuchungshaft. Ein Verteidiger steht der Unglücklichen nicht zur Seite. Trotz ist die Sterbensmüde, aus der Haft zu kommen. Und was dann? Wer kümmert sich um Mutter und Kind? Der Staat erst dann wenn etwa wieder die Not ein Eigentumsdelikt veranlaßt.

Wann ist „Gesundbeten“ Kurpfuscherei?

Durch Polizeiverordnungen ist in allen Provinzen vorgeschrieben worden, daß sich beim zuständigen Kreisarzt zu melden und gewisse Angaben über seine persönlichen Verhältnisse zu machen hat, wer, ohne approbiert zu sein, die Heilkunde gewerbsmäßig ausüben will. Frau Reinke, die das sogenannte Gesundbeten betreibt, war vom Landgericht Berlin III zu einer Geldstrafe wegen Uebertretung der Polizeiverordnung vom 21. August 1903 verurteilt worden, weil sie solche Anzeige beim Kreisarzt nicht gemacht hat. Das Landgericht nahm an, daß in dem von Frau Reinke betriebenen Gesundbeten eine gewerbsmäßige Ausübung der Heilkunde zu sehen sei.

Das Kammergericht verwarf jetzt die von der Angeklagten gegen das Urteil eingelegte Revision mit folgender Begründung: Aus der Entscheidung lasse sich nicht der allgemeine Grundsatz herleiten, daß das Kammergericht das Gesundbeten an sich für Kurpfuscherei erklären hätte. Das Gericht habe nicht allgemeine Fragen zu lösen, mögen sie auch so wichtig sein für die Psyche des Volkes. Das Fazit aus der Verhandlung der vorliegenden Sache sei, daß man sagen könne, das gewerbsmäßige Gesundbeten sei eine der Kur-

pfuscherei ähnliche Handlung. Der Zweck der angezogenen gültigen Verordnung sei, daß der Behörde die Ausübung der Heilkunde durch Nichtapprobierte nicht unbekannt bleiben solle. Die Angeklagte, die nach den Lehren einer amerikanischen Sekte, der sogenannten „Christlichen Wissenschaft“, verfahren, wolle zur Anzeige nicht verpflichtet sein, weil sie nicht gewerbsmäßig die Heilkunde ausübe. Wann aber nun jemand die Heilkunde gewerbsmäßig ausübe? Dann, wenn er gewerbsmäßig die Heilbehandlung bestimmter Personen übernehme, die wirklich oder angeblich an körperlichen Uebeln oder sonstigen Schäden litten oder wegen körperlicher Funktionen sachverständiger Unterstützung bedürften oder zu bedürfen glaubten. Diese Fälle lägen hier aber vor. Es habe sich hier nicht gehandelt um ein Beten allgemein für die sündige Welt, sondern für bestimmte Personen, die krank waren. Sie habe sich mit diesen Personen befähigt, um ihnen zu helfen, indem sie auf ihre Seele einzuwirken versuchte. Es gäbe auch in der ärztlichen Wissenschaft eine Behandlung der Kranken, wo nicht auf den Körper, sondern auf die Seele, auf die Psyche eingewirkt werde. Zum Beispiel auch bei allen Nervenkrankheiten. So sei auch die Angeklagte verfahren. Sie habe auf die Seele der bei ihrer Heilung Suchenden durch gemeinsames Beten mit ihnen einzuwirken gesucht, um sie freizumachen von Krankheiten. Jedenfalls habe sie auf sie eingewirkt, um sie gesund zu machen. Weide noch die Frage der Gewerbsmäßigkeit. Sie habe keinen Tarif gehabt, sondern sich mit dem begnügt, was sie erhielt. Es sei aber auch nicht nötig, daß man nach bestimmten Regeln Geld nehme. Wer auf das rechne, was ihm an Vorteil zugewendet werde, der handele gewerbsmäßig. Das sei hier der Fall gewesen, zumal festgestellt sei, daß Frau R. sich von jemandem, der sein Geld wieder haben wollte, verklagen ließ. Somit sei Frau R. mit Recht verurteilt.

Das Gift des Amtsgerichtsrats.

Der Amtsgerichtsrat Dr. Bergschmidt-Charlottenburg hatte sich vor der Neustädter Strafkammer wegen Sachbeschädigung zu verantworten. Der Angeklagte hatte bei Fürstberg (Mecklenburg-Strelitz) eine Jagd gepachtet. Zur Vertilgung von Raubzeug hatte er mit behördlicher Genehmigung Gift gelegt. Die dieses Gift dem Raubzeug bekommen ist, darüber liegen verlässliche Zeugnisse nicht vor. Dagegen steht fest, daß es unter den Hunden der Raubjagd tüchtig ausgeräumt hat. Die Anlieger Förster Schmidt und Fuhrleute Karl und Wilhelm Konrad bezogen, daß ihre Hunde an dem Gifte eingegangen sind. Ihrer Ansicht nach treffe die Schuld den Angeklagten, weil er das Gift entgegen den waidmännischen Gepflogenheiten unverdeckt gelegt habe. Ein anderer Zeuge bekundet, daß der Angeklagte bei der Sache waidmännisch vorgegangen sei. Darauf erfolgte Freisprechung.

Wegen Körperverletzung im Amt hatte sich der Polizeiergeant Paul Wilschke gestern unter Vorsitz des Landgerichtsrats Wasse vor der 3. Ferienkammer des Landgerichts III zu verantworten. Der Angeklagte ist seit längerer Zeit in Weihensee als Polizeiergeant angestellt. Am 21. Juli d. J. hatte er bei einer in der Langhausstraße 48 wohnhaften Frau Bernke eine Feststellung zu machen. Wie er schon erwartet hatte, war dieser Auszug nur unter großen Schwierigkeiten zu erledigen, da die W. an einer Art „Blautoller“ leiden soll. So soll die W. u. a. einem Polizeiergeanten Kaul ins Gesicht geschlagen und ihm beinahe einen Finger abgebrochen haben. Auf den Polizeiergeanten Kaul war sie mit einem Schrubber losgegangen, dem Polizeiergeanten Jach hatte sie mehrere Schriftstücke zerrissen und aufgeessen, die Polizeiergeanten Kaul und Schlegel hatte sie mit einem Beil bedroht usw. Wie der Vorsitzende weiter zur Sprache brachte, hatte sich die Frau W. auch sonst gegen Privatpersonen sehr gewalttätig gezeigt und u. a. einem Arbeiter Stodmar bald die Nase abgebrochen. — Bei der Ausführung seines Auftrages hatte der Angeklagte nach seiner Darstellung mit allen möglichen Schwierigkeiten zu kämpfen, da die W. offenbar darauf ausging, ihn zu schikanieren. Nach Behauptung der W. soll der Angeklagte plötzlich ohne jede Veranlassung auf sie eingeschlagen haben, so daß sie bewußtlos zu Boden stürzte und in Krämpfe verfiel. Der Angeklagte behauptete jedoch andererseits, daß ihm die W. in dem Hausflur in das Gesicht geschlagen habe und er sich lediglich der Schläge erwehrt habe. — Eine Frau Jakob, die von ihrer vis-à-vis gelegenen Wohnung aus den Vorfall beobachtet hatte, bekundete, daß der Angeklagte nach ihrer Meinung ohne Veranlassung auf die W. eingeschlagen habe. Sie habe dagegen nicht gesehen, daß der Angeklagte vorher von der W. geschlagen worden sei. — Der Vertreter der Anklage billigte dem Angeklagten mildernde Umstände zu, da der Beamte der offensichtlich gewalttätigen Zeugin W. gegenüber nach vorausgegangenem höhnischen Redensarten die Selbstbeherrschung verloren und auf sie eingeschlagen habe. Der Antrag des Staatsanwalts lautete deshalb auf nur 90 M. Geldstrafe. Das Gericht sah die Sache noch milder an und erkannte auf 10 M. Geldstrafe.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkronen Ander Lindenstraße Nr. 69, über die Treppen — A 8 7 1 1 —, wochentags von 4^{1/2} bis 7^{1/2} Uhr abends Sonnabends von 4^{1/2} bis 6 Uhr nachmittags hat. Jeder Auftrag ist an Buchstabe und eine Zahl als Briefkasten beizufügen. Persönliche Antworten wird nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Ehrenkronen vor.

Schumacher, Delmenhorst. Ra. 3000 M., wenn der Abgeordnete allen Sitzungen beikommt. — Sportfreunde, Schöneberg. Nicht bekannt. — Frieda, Rignersstraße. 1. Fragen Sie bei der Geschäftsstelle, Hallestraße 20, an. 2. Das Kuratorium für Altersheim, Rathau, ertheilt auf Anfrage Auskunft. — 1910 B. Der Wändung unterliegt 1/2, der 1900 M. jährlich übersteigenden Pension. Der Wändungsbescheid ist dem Kreisamtsrat zu unterbreiten. Der Außenhaltort des Schuldners ist nur für die Zuständigkeit des Vollstreckungsgerichts von Bedeutung. — P. R. 100. Sie können auf Beilegung des Angelegtes klagen. — P. R. 1. Ja, sofern die Erwerbsbeschränkung geringer wird. 2. In diesem Falle nicht. — M. B. 1879. Wiederholen Sie die Anfragen. — P. G. 15. 1. Ja. 2. Ein solches Rechtsgefäß unterliegt der Anfechtung. — P. G. 100. Ist der Uebelstand erheblich, so können Sie vom Vermögen Abhilfe verlangen. — C. 1000. Wenden Sie sich an die städtische Schuldeputation mit einem Gesuch um Aufnahme in die Leubstummenschule. — J. 48. Ersuchen Sie die Gerichtsstelle um Abrechnung und Rückzahlung des nicht verbrauchten Vorschusses. — P. R. Jans. 1. Die Verurteilung halten wir für ausstehend. Sie müßten Ihr Recht gerichtlich geltend machen. 2. Die Kinder haben den Erhaltungsanspruch an den Verkäufer. — P. R. 108. Sie sind an den Vertrag gebunden. — W. R. 100. Ihre Mutter hält nicht für die Schulden. Dagegen kann der Vater in Anspruch genommen und die ihm gehörigen Sachen können gepfändet werden. — P. G. 100. 1. und 2. Nein. — C. P. 116. Das müssen wir Ihrem eigenen Urteil überlassen. — C. R. 8. Wenden Sie sich an die Vereinigung der Wohlhabenden und Wohlthätigkeitseinrichtungen, Kloppe-Paulus-Str. 6 (Ehrenkronen wochentags abends 11—1 Uhr).

P. G. 112. Die bezüglichen Sachen unterliegen nicht dem Vordrecht des Vermächtigten. Stellen Sie bei dem Amtsgericht Berlin-Mitte einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung. — W. R. 1. 5 Pf. nach der Vorlage, die sich noch in der Kommission befindet. — M. S. 38. Ein solches Institut kann Ihnen vielleicht der Bund der technisch-industriellen Beamten, Geschäftsstelle Berlin 7, empfehlen. Dort wenden Sie sich bitte hin. — M. 107. Fragen Sie bei Bernhard Kampfmeyer, Reicheide bei Berlin, an. — W. R. 99. Das Buch ist als Nachschlagewerk zu empfehlen. — M. R. 100. Auf Anfrage erhalten Sie von der Zentral-Auskunftsstelle für Auswanderer, Schellingstr. 4, zureichende Auskunft. — Alter Abonnent 100. Wenn der Bescheid vor Vollendung des achtzehnten Lebensjahres rechtskräftig geworden ist, ja. — Winter 17. Nein. — Nr. 40 D. R. 1. In 30 Jahren. 2. Ja. 3. Ihre Frau muß für den Fall der Wändung intervenieren. — W. R. 16. Den Beitritt zu der Kaffe können wir nicht empfehlen. Ein bester Vertreter ist und nicht bekannt. — G. R. 99. Legen Sie Verurteilung ein. — Fr. P., Steinhilberstraße 58. Ersuchen Sie das Gericht um Anberaumung eines neuen Termins. In demselben beantragen Sie, den Gegner mit dem Beweis-mittel auszuschließen.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Berliner Nachrichten.

Maniküre.

Ich habe mit Chemikalien gearbeitet, mit ätzenden Säuren; meine Hände sehen schlimm aus. Die Haut ist stellenweise zerfressen, stellenweise blau, ja selbst die Nägel haben ihr Teil weg; sie zeigen Sprünge, Risse und merkwürdige Punkte. Ich stecke meine Hände in Seifenwasser — es hilft nicht; in Soda — es hilft nicht; Terpentin, Benzol, Glycerin — sie alle helfen nicht. Der einzige Erfolg ist, daß ich noch mehr Haut verliere, ich kann sie richtig abschälen; meine Hände aber sind nach wie vor — blau.

Ja, was nun? Vor Jahren habe ich einen Freund gehabt, einen Engländer, der pflegte in bezug auf gewisse Leute zu sagen: „Ich finde, man kann ein tüchtiger Arbeiter und guter Demokrat sein, und doch — nach Möglichkeit — gepflegte Hände haben...“ Der Meinung bin auch ich. Und da ich selbst nicht vom Fleck komme, ja nicht einmal den beißenden Geruch los werde, der mich stört, beschließe ich, nach fremder Hilfe auszusuchen.

Ich frage diesen, ich frage jenen. „Was tut man für angegriffene Hände?“ „Von was angegriffen —?“ „Von Säuren.“ „Von Säuren? Ja, das wußte niemand so recht; oder doch, halt — Terpentin, Glycerin... Nun, so klug war ich auch.“

Da, wie ich so nachsinne, fällt es mir ein! Eine Erleuchtung! Mir ist geholfen! Ich weiß mir Rat! Und ich nehme das Blatt zur Hand, den lokalen Anzeiger, dem nichts auf dieser Welt verborgen bleibt, der alles weiß, alles erschauert, in allem bewandert ist, vom Bauchgrimmigen des jüngsten Prinzen bis zum Nacht-hemd der Gräfin X., ich blättere, ich lese: „Sittlichkeit“ — „Christentum“ — „Bekämpfung des Mädchenhandels“ — alle möglichen Aufsätze; aber das ist es nicht, was ich suche, nein, ich habe ja zerfressene Hände; da — halt, da ist es: Vermissenes. Bekanntheit — Abel — Kavaller — Hebamme — Nun, die brauche ich nicht. In vorkommenden Fällen — Bei Erkältung — Massage. — Maniküre — Maniküre — Schilde Maniküre. — Endlich! Na, denke ich, wenn schon, denn schon; ich nehme ein Blatt Papier und notiere: „Schilde Maniküre.“ Es ist gegen drei; ich greife nach Hut und Stod und verlasse das Haus.

Die „Schilde Maniküre“ wohnt in der Potsdamerstraße. Ich komme hin und sehe mich um: ein Schild ist allerdings nicht am Hause, aber das ist wohl auch nicht nötig; der lokale Anzeiger weist ja den Weg — klipp und klar —: vorn zwei Treppen links. Ich steige hinauf und klingel.

Die Tür geht. „Sie wünschen?“ „Ich sehe im Dunkel des Korridors eine Frau, die mich mustert.“ „Gibt es hier Maniküre?“ frage ich. „Wat —? Wat gibt et —?“ „Maniküre...“ „Einen Moment...“ sagt sie und verschwindet. Ich höre sie irgendwo leise klopfen und „Ela“ rufen. Dann kommt sie zurück. „Bitte schön...“

Da sitze ich nun in dem kleinen Zimmer und warte und danke im Herzen dem lokalen Anzeiger, der mich hierher gebracht; ich leide ein wenig unter dem starken Moschusduft, der mich umweht — ja —; aber sonst geht es mir gut hier und was nimmt man nicht mit in den Kauf, wenn man zerfressene Hände hat?

Die Tür geht und ein Mädchen tritt ein, faßt ein Kind. Sie sieht mich an und nickt. „Sie wünschen?“ „Maniküre,“ sage ich. Sie setzt sich dicht neben mich. „Maniküre...“ sagt sie leise und lächelt... Und plötzlich sieht sie mir scharf in die Augen.

„Ja“, sage ich. „Es wird still; ganz still.“ Sie denkt nach, eine ganze Weile; dann rückt sie ein Stückchen ab, noch ein Stückchen, — noch ein Stückchen —; endlich seufzt sie, sieht mich gequält an und sagt: „Maniküre...“ Ich Gott... es war ja schon mal einer hier... schon einmal... der wollte auch Maniküre der wollte auch wirklich...“

Sie sieht sich furchtbar um. „... und ich... kann ja gar nicht, ich... Nein, nein! — ich lüge, ich lüge! — ich...“ Da plötzlich — ich weiß nicht, warum — werde ich traurig. Ich denke nicht mehr an die Säuren, nicht an meine Hände... „Es tut nichts“, sage ich mechanisch. „das tut nichts...“

Rein, das tut nichts... Nun, adieu denn; ich danke Ihnen... — Diesen ganzen Nachmittag hatte ich ein Gefühl tiefer Trauer; ich weiß eigentlich nicht recht, warum; es ist vielleicht, daß meine Hände so zerfressen sind und niemand mir helfen kann; — ach, da habe ich nun auch den lokalen Anzeiger verloren, schade! — es war da etwas über „Christentum“ und „Bekämpfung des Mädchenhandels“ — über „Sittlichkeit“ —, das wollte ich noch lesen...“

Fort mit der Schundliteratur.

Schweren Schaden hat schon die Schundliteratur angerichtet. Besonders die von Kolporturen vertriebenen Behauptungsgeschichte mit Räuberromanen und Detektivgeschichten haben schon großes Unheil über viele Familien gebracht. Besonders ist es die Jugend, die diese Mid Carter-Geschichten mit Begierde verschlingt. Die Folgen dieses schlechten Lesestoffes sind oft unabwehrbar. Das zeigt sich wieder einmal in einem Falle des wegen Postbedräuberei verhafteten fünfzehnjährigen Fürsorgezöglings Conrad. Bei diesem jungen Menschen wurden eine ganze Reihe von Räuberromanen gefunden. Wenn man sich die raffiniert ausgedachten Räuberereien des Burschen vergegenwärtigt, wird man sehr leicht einen Zusammenhang zwischen dem Lesen der Räuber-geschichten und den schweren Vergehen, die sich C. hat zu-

schulden kommen lassen, konstruieren können. Wir müssen deshalb unsere Leser darauf aufmerksam machen, daß die Buchhandlung Vorwärts durch Herausgabe einer guten Wochenschrift es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Schundliteratur durch gute Unterhaltungsliteratur zu ersetzen. In neuerer Zeit ist eine dankenswerte Einrichtung getroffen worden, die von allen Arbeitern beachtet werden sollte. Mit dem Schluß des jetzt beginnenden neuen Halbjahrganges soll den Abonnenten der Wochenschrift „In Freien Stunden“ als Gratisbeilage überreicht werden: ein gut ausgeführter Zweifarben-Druck des klassischen Gemäldes „Flußlandschaft mit Windmühle“ von J. Ruissdael.

„In Freien Stunden“ hat ja die Aufgabe, durch den Abdruck guter Romane die Schundliteratur zu bekämpfen. Mit der neuen Einrichtung hat dieses Programm eine wesentliche Erweiterung erfahren. Der Verlag will damit auch die schlechten Delbilder aus den Arbeiterwohnungen drängen, wie sie noch so vielfach anzutreffen sind, und durch gute Bilder das künstlerische Verständnis in der Arbeiterfamilie beleben. Neben den Schundheften sollen auch die schlechten Bilder aus den Wohnungen der Arbeiter verschwinden.

Wir empfehlen unseren Lesern, auf „In Freien Stunden“ zu abonnieren. In jeder Woche erscheint ein illustriertes Heft mit reichhaltigem Inhalt für 10 Pf., das durch jede Buchhandlung und jeden Kolporteur zu beziehen ist. Die Austräger unserer Zeitung besorgen gleichfalls die Hefte.

Der Findexlohn.

Mit dem Finden verlorener Wertgegenstände und dem Zurückgeben an den rechtmäßigen Eigentümer oder der Deponierung an amtlicher Stelle ist das von jeher bei uns zu Lande eine eigene Sache gewesen. Die Ehrlichkeit ist glücklicherweise noch lange nicht ausgestorben, trotzdem werden ungeheuer viele gefundene Sachen von dem Finder ohne weiteres behalten, auf gut deutsch: unterschlagen. Seitdem der gesetzliche Findexlohn so bedeutend beschränkt worden ist, daß die Belohnung für die Ehrlichkeit kaum mehr im richtigen Verhältnis zum Werte der Fundstücke steht, haben sich diese Verhältnisse noch ungünstiger gestaltet. Für jeden grundehrlichen Menschen wird ja die Belohnung ohne Einfluß darauf sein, ob er den Fund zurückgeben soll. Es gibt Leute, die sogar den gesetzlichen Findexlohn verschmähen und sich schon begnügen mit der moralischen Pflichterfüllung. Andererseits liegt in der verringerten Fundgebühr zweifellos eine starke Verlockung zur Unehrlichkeit, natürlich auch wieder nur für nicht gefestigte Charaktere. Dazu kommen die notorischen Scherereien bei der Funddeponierung, die die Ehrlichkeit zu einer Selbstbestätigung machen können. Schließlich stellen sich auch sehr, sehr viele Menschen auf den Standpunkt eines ungefährdeten Vergeltungsrechtes und beschwichtigen ihre Bedenken mit der Konstruktionsmoral: „Wenn ich etwas verliere, bekomme ich es auch nie wieder zu sehen!“ Das ist nun auch nicht recht. Man soll das Gefundene, sobald es nur einigermaßen erheblichen Wert hat, dem Verlierer zurückzugeben suchen.

Sehr beunruhigt werden Fundunterschlagungen von der Fälligkeit gutstulierter Verlierer, die sich nur zu oft sogar um den gesetzlichen Findexlohn herumdrücken möchten. Das klassischste Beispiel aus neuerer Zeit hierfür ist der Fund von Wertpapieren im Betrage von mehreren hunderttausend Mark, der einem Chauffeurarbeiter mit — sage und schreibe — acht Mark belohnt wurde. Gesehenswerte Leute, die von dieser Unterschlagung des Findexlohns hörten, haben dafür gefordert, daß dem Verlierer abgeträpelt wurde, was er dem Finder mindestens schuldig war. Ähnliche betrügerische Fälle postieren massenhaft, nur dringen sie meist nicht in die Öffentlichkeit. Dabei wird es ja natürlich immer stark darauf ankommen, wer der Verlierer und wer der Finder ist. Wenn ein reicher Verlierer einen ehrlichen Armen noch obendrein pressen will, so ist das einfach eine Gemeinheit. Ist der Verlierer selbst arm und hilflos für den Verlust, so soll man entweder auf den Findexlohn überhaupt verzichten oder sich begnügen mit einer Kleinigkeit, die dem Verlierer als „Schmerzengeld“ und zur besseren Vorsicht angerechnet wird. Eigentümlich ist es allerdings, daß so sehr viele Verlierer, die ihren Verlust beispielsweise in „Berliner Lokal-Anzeiger“ bekannt machen, sich stets als „arm“ bezeichnen. Man hat alle Ursache, dieser Armut näher auf den Grund zu gehen.

Recht zweipächtig ist die Bestimmung, daß beamtete Personen, die während ihres Dienstes an öffentlichen Stellen etwas finden, keinen Anspruch auf Findexlohn haben. Der Post- oder Eisenbahnbeamte muß alles abliefern, und so mag manchmal in ihm die Versuchung aufsteigen, ein wohlgefülltes Portemonaie zu behalten, wenn er das ohne Gefahr riskieren kann. Erfreulicherweise gehören solche Fälle zu den Seltenheiten. Wird aus freien Stücken dann doch ein Extrafindexlohn gezahlt, so schiebt dieser nicht in die Tasche des Finders, sondern in die Pensions- oder Unterstützungskasse der betreffenden Beamtenkategorie. In krassem Gegensatz dazu steht die Praxis, an Kriminalisten bei Ermittlung von Verbrechen hohe Belohnungen auszusprechen. Das ist doch auch wieder nichts als ein im amtlichen Dienst und noch dazu mit amtlichen Hilfsmitteln erreichte „Findexlohn“. Welche Scherereien Droschkensfahrer mit Fundgegenständen haben, ist ungläublich. Sie müssen sich vorsehen, für ihre Ehrlichkeit nicht noch bestraft zu werden. Bezeichnend ist der folgende, ein paar Wochen zurückliegende Vorfall: Der Chauffeur eines großen Berliner Kaufhauses verlor aus dem nicht fest genug verschlossenen Wagen ein Paket im Werte von 75 M. Der Finder war ein Berliner Hausbesitzer, der sich bei der Firma meldete. Als der Chauffeur das Paket abholen wollte, verlangte der Finder 5 M. Findexlohn, also mehr als die gesetzlichen 5 Proz. Es bedurfte erst der Inanspruchnahme der Polizei, die die Herausgabe des Fundstückes gegen 3,80 M. Findexlohn versagte. Das Geld mußte selbstredend der Chauffeur aus der eigenen Tasche zahlen, und der wohlhabende Hausagrarier konnte dafür einer Pulle Postpon mehr als sonst den Hals brechen.

Aus der städtischen Verwaltung.

Die Tiefbaudeputation des Magistrats hielt gestern trotz der Ferien eine Sitzung ab, da dringende Arbeiten für den Osthafen zu vergeben waren. Die Fundierungsarbeiten für den Osthafen erhielt die Tiefbaufirma Ribbus & Co. m. b. H. zugesprochen. Die Firma Feld u. Franke hatte zwar ein etwas geringeres Gebot abgegeben, entsprach aber den übrigen Anforderungen nicht. Für 300 000 M. erhielt die Firma Steffens u. Rölle gemeinsam mit der Koniergesellschaft den Zuschlag für den Speicherbau. Die Arbeiten sollen sofort in Angriff genommen werden.

An der Brücke über die Hamburger Bahn, im Zuge der Pultstraße waren für den Fußgängerverkehr zwei rampenartige Treppenaufgänge vorgesehen.

Diese steile, ungünstige Anlage soll fallen gelassen und dafür zwei Treppenhäuschen errichtet werden, die bequemer zu begehen

sind und sich vorteilhafter in das Straßenbild einfügen. Eine Reihe Grundbesitzer im Scheunenviertel sollen auf Grund des § 9 des Kommunalabgabengesetzes zu den Straßenbaukosten herangezogen werden. Ob das genügt, dürfte sehr fraglich sein, denn für das Terrain hat sich bis jetzt noch kein Käufer gefunden, die Gegend ist vorläufig noch sehr entwertet. Das wird wohl nicht wohl so bleiben, wenn sich die Stadt nicht dazu entschließt, die Grundstücke selbst zu bebauen. Das Kaufangebot für acht Millionen ist seinerzeit abgelehnt worden. Bleiben die Grundstücke noch längere Zeit unbebaut liegen, so fressen die Zinsen und die verloren gegangenen Grund- und sonstigen Steuern das ganze Kapital auf. Das ist eine Verschleuderung von öffentlichen Mitteln, die ganz unverantwortlich ist!

Für die Ueberbrückung des Nordrings im Zuge der Schönfließer Straße sind bereits im vergangenen Jahre die Mittel in den Etat eingelegt worden. Obwohl bezüglich der technischen Ausführung zwischen Stadt und Eisenbahnverwaltung völliges Einvernehmen herrscht, ist die Genehmigung zum Bau seitens des Eisenbahnministers nicht zu erlangen. Die in Frage kommenden Stadtteile sind vollständig ausgebaut, die Interessen der Anwohner sowie der öffentliche Verkehr werden durch die mangelnde Verbindung aufs schwerste geschädigt, trotzdem wird die Genehmigung nicht erteilt. Das nennt man in Preußen Verkehrsminister! Verkehrsministerium würde richtiger sein! Die Erwerbung eines Grundstücks zur Anlage der Kunkelstraße wurde als nicht im öffentlichen Interesse liegend abgelehnt.

Bezüglich der Fluchtlinienfestsetzung in der Vellebuestraße wurde mitgeteilt, daß der Magistrat dem von der Deputation vor zwei Jahren gefaßten Beschluß beigetreten sei. Geh. Baurat Krause fügte aus, daß diese Fluchtlinienfestsetzung nur eine notwendige vorbereitende Tätigkeit sei und mit der Durchlegung der Vohstraße gar nichts zu tun habe. Die Festsetzung mußte jetzt zur Entscheidung kommen, da die Aktiengesellschaft um Genehmigung zur Ausführung eines Zeldaches für ihre Kasse am Grundstück Rheingold nachgesucht, ferner das Eplanado-Hotel das benachbarte Grundstück zu einem Erweiterungsbau angekauft habe und beiden auferlegt worden sei, das zur Verbreiterung notwendige Vorgartenland an ihren Grundstücken entlang abzugeben, falls der Stadt kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die Straße jetzt zu verbreitern und die Bäume niederzuschlagen, daran denke niemand, er am allerwenigsten. Geheimrat Rühlmann fügte aus, daß bei Straßenverbreiterungen in erster Linie die Interessen des Verkehrs zu berücksichtigen sind. Als vor mehreren Jahren zur Verbreiterung der Potsdamer Straße die Bäume geopfert werden mußten, sei in gleicher Weise gellagt worden, heute wird kein Mensch mehr bestreiten, daß es notwendig war. Die neue Baumreihe besänftigt sich in der besten Entwicklung. Die Deputation trat diesen Ausführungen einhellig bei.

Nach den Ferien wird sich die Stadtverordnetenversammlung damit zu beschäftigen haben.

Ein Verbot der Ringläufe in Berlin und Umgebung ist aus Anlaß der skandalösen Vorgänge im Rittenmacherschen Lokale vom Polizeipräsidenten erlassen worden.

In der königlich preussischen Postsammlung spioniert schon seit Wochen eine meist aus hohen Beamten bestehende chinesische Studienkommission umher. Die Herren besichtigten bereits alle möglichen behördlichen Einrichtungen. Im Polizeipalast am Alexanderplatz sollen sie sehr enttäuscht gewesen sein, vieles noch zopfiger wiederzufinden, als es ihnen aus dem himmlischen Reich bekannt ist. Nur die Polizeihunde nötigten den Chinesen, die bekanntlich ihre Verdreher nicht mit Glacéhandschuhen anfassien, einiges höhere Interesse ab. Für die lebenswürdigen Bemühungen preussischer Mandarinen während ein paar Bureaustunden ist bereits eine neue Kollektion chinesischer Drachen, die um den Hals gehängt werden, unterwegs.

Verhaftung einer Berliner Lebendame in Danzig. In der Nacht zum Sonntag hatte in Berlin eine Lebendame einem Herrn, der sie in seine Wohnung mitgenommen hatte, 280 M. gestohlen. Die „Dame“ kleidete sich von dem Gelde neu ein und begab sich auf Reisen. Die Berliner Kriminalpolizei ermittelte, daß sich die Demimondaine nach Danzig begeben habe, und der Polizei in Danzig gelang es, sie gestern dort zu verhaften. Es handelte sich um die neunzehnjährige Artistin Emma Zeldner aus Charlottenburg. Von der gestohlenen Summe wurden bei dem Mädchen noch 280 M. vorgefunden. Die Verhaftete ist geständig; sie wurde in das Danziger Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß des Offizierautomobils Nr. 2851 der Verkehrsabteilung der Verkehrstruppen mit einem Straßenbahnwagen der Linie 25 ereignete sich gestern vormittag um 11 Uhr an der Ecke der Aniebed- und Hermannstraße in Nizdorf. Das Auto fuhr dem Straßenbahnwagen mit voller Wucht in die Seite. Der Zusammenstoß war so heftig, daß der Maler-Paul Schmidt aus der Reuen Orangerie 13 zu Orly vom Hinterrad des Straßenbahnwagens herab auf das Pflaster stürzte und schwere Kopf- und Beinverletzungen davontrug. Er wurde in ein Krankenhaus gebracht. Das Auto wurde bei dem Zusammenstoß umgeworfen, wobei ihm die Vorderräder abgerissen wurden. Auf telefonisches Ersuchen kam ein Wäsingwagen der Verkehrsabteilung der Verkehrstruppen herbei und schaffte die Trümmer des Offizierautomobils fort. Von den Insassen des Autos wurde niemand verletzt.

Das verwerfliche Treiben jener Burschen, die, angeregt durch das Lichteroder Bombenattentat, durch Drohbriefe zahlreiche Familien in Angst und Schrecken versetzen, nimmt überhand. Soeben ist es erst gelungen, den Friedrichshagener Expresseur in der Person eines vielfach vorbestraften Installateurs J. aus Lichtenberg festzunehmen, so wird ein anderer Fall aus Ober-Schöneeweide gemeldet. Eine dort in dem Hause Haffelwerder Str. 13 wohnende Familie erhielt dieser Tage einen Brief, der die Aufforderung enthielt, in der Nacht um 12 Uhr eine Wäschbüchse mit 100 Mark an einem bestimmten Plage niederzulegen. Im Weigerungsfalle war angedroht, daß sämtliche Mitglieder der Familie „zu Krüppel geschlagen“ werden würden. Unterzeichnet war der Brief „Komitee der Einbrecher und Expresseur G. m. b. H.“ — Auch in Wickenwerder sind Expresseur an der Arbeit. Eine dort wohnende Witwe Görs erhielt die Aufforderung am Eingang ihrer Villa 20 M. einzulegen, andernfalls das Wohnhaus in die Luft gesprengt werden sollte. Der Drohbrief ist der Polizei übergeben worden, die infolge der unter der Bevölkerung entstandenen Unruhe eine Belohnung von 100 M. für die Ermittlung des Täters ausgesetzt hat. In Betracht kommt in diesem Falle ein etwa 22-jähriger Mann von mittlerer Größe mit dunkelblondem Kopf- und Schnurrbarthaar und bläulich-schmalen Gesicht, der mit einer grauorientierten Hose, schwarzem Jackett und schwarzem steifen Hut bekleidet war.

Vom Wagen des Baters überfahren und schwer verletzt wurde der neunjährige Sohn Max des Kaufmanns Herber. Er passierte mit einem Fuhrwerk der Firma Gebrüder Rothemann aus der Alten Schönhauser Straße 7 diesen Strahenzug. Als er einem ihm entgegenkommenden Gefährt ausweichen mußte, stieß der Wagen heftig gegen die Vorderräder des Bürgerfestes. Infolge des Anpralles stürzte der ebenfalls auf dem Ausfahrbod sitzende Sohn des Herber kopfüber herab und geriet unter den Wagen, dessen Vorderräder ihm über das rechte Bein hinweggingen. Der Knabe erlitt einen komplizierten Oberschenkelbruch, eine blutende Kopfwunde und anscheinend auch innere Verletzungen und wurde mittels Autos nach dem Krankenhaus am Friedrichshain transportiert.

